

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnementspreis 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgebrachte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengelände und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. **Donnerstag, den 28. November 1907.** Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Kohlenpreisinterpellation im Reichstage.

Die Debatte ist so ausgelaufen, wie voraus zu sehen: Eine Regierung, die am Montag das enorme Steigen der Nahrungsmittelpreise als eine „vorübergehende Erscheinung“ entschuldigend und bestimmend erklärt, sie werde an ihrer, die Nahrungsmittelvermehrung stark beeinflussenden Wirtschaftspolitik festhalten, kann am Dienstag nicht Front machen gegen die industriellen Nutznieher ihrer Politik. Daher ist es kein Wunder, daß sich Regierung und bürgerliche Parteien an der Kernfrage: „Sind die jetzigen Kohlenpreise normal?“ vorbeidrücken.

Man muß sich, um diese Frage richtig beantworten zu können, daran halten, daß die Gesehungskosten der Kohle aus ganz natürlichen Gründen nicht billiger werden, sondern daß, auch wenn die Arbeiterlöhne heute noch auf dem Stande von 1896 ständen, die Selbstkosten pro Tonne doch gestiegen wären. Die mit verhältnismäßig geringen Anlagekosten zu gewinnenden Flöße nämlich sind so gut wie alle längst abgebaut. Der Bergbau muß in größerer Tiefe betrieben werden — das erfordert bedeutend höhere Ausgaben für die Schachtanlagen, Maschinen, unterirdischen Betriebe usw. Das drückt auch die Arbeiterleistung der Gesamtbelegschaft herab, weil immer mehr Mannschaften zu nur indirekt produktiven Arbeiten verwandt werden müssen. Wenn auch auf vielen Gruben keine Leistungsverminderung pro Arbeiter eintrat, so trifft doch das Gesagte auf den Gesamtbergbau zu.

Es kann selbstverständlich keine Rede von einer „Faulheit der Arbeiter“ sein, auch wenn gewisse Blätter diese Behauptung immer wiederholen. Der eigentliche Bergarbeiter, d. h. der direkt an der Kohlegewinnung beteiligte, hat im allgemeinen eine Leistungssteigerung aufzuweisen. Wie falsch es ist, nach der üblichen Methode die ganze Belegschaft auf die Förderung zu berechnen, statt der direkt beteiligten, ergeben folgende Zahlen aus dem Ruhrbergbau:

Arbeitsleistung berechnet auf die Gesamtbelegschaft		Arbeitsleistung berechnet auf die eigentlichen Vergleute	
1887	908 Tonnen	1887	551 Tonnen
1906	275,8	1906	569

Das Leistungsbild ändert sich also wesentlich, wenn man die eigentlichen Vergleute (im Ruhrgebiet 50 Proz. der Gesamtheit) speziell berücksichtigt. Natürlich können die eigentlichen Vergleute ohne die sonstigen unterirdischen und die oberirdischen Hilfsmannschaften nicht bestehen; es liegt in der Natur des Bergbaues, daß er mit fortschreitender Tiefe und Ausdehnung immer mehr nur indirekt produktive Arbeiter braucht, was natürlich die Selbstkosten auch erhöht. Aber es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, nicht den Arbeitern ein Nachlassen des Fleißes anzudichten, wo ganz andere, natürliche Gründe den Leistungseffekt pro Kopf der Gesamtbelegschaft herabdrücken. Im Jahresbericht des Bergbauvereins für das Ruhrgebiet für 1905 heißt es übrigens:

Seit 1901 beginn, 1902 zeigt die Dauerleistung in der Schicht in allen drei Bezirken (Ruhrgebiet, Oberschlesien, Saarbezirk) wieder ein Aufsteigen, das im Ruhrgebiet mit fast 1/10 Tonne am beträchtlichsten ist.“

Das hätte Herr Minister Delbrück sagen sollen! Statt dessen sprach er von einer „Verminderung der Leistungen“! 1906 ist in allen Hauptbezirken die Leistung, auch wenn man die Gesamtbelegschaft aufrechnet, weiter gestiegen! Herr Delbrück hätte auch mitteilen sollen, daß im fiskalischen Saarbergbau die Leistung pro Kopf betrug bei

den eigentlichen Vergleuten		der Gesamtbelegschaft	
1898	307,4 Tonnen	1898	234,7 Tonnen
1905	314,4	1905	234,4

Wir sehen hier dieselbe Erscheinung wie im Ruhrgebiet: Die Leistung der Gesamtbelegschaft ging zurück, aber die eigentlichen Vergleute leisten mehr! Die Arbeiter und die Volksvertreter dürfen von dem Ressortminister verlangen, daß er dem Parlament keine ungenaue oder gar unrichtige Darstellung der Grubenverhältnisse gibt. Der Minister hat sich die Argumente der Werkspresse zu eigen gemacht, er hat durch seine nachträgliche Behauptung, die Leistung ginge zurück, den Arbeitern sehr unrecht getan.

In einer objektiven Darstellung der fraglichen Verhältnisse muß außerdem auch hingewiesen werden auf die enorme Vermehrung der Arbeiterkategorien, die gar nichts mit der Kohlenförderung zu tun haben, trotzdem aber zur „Gesamtbelegschaft“ gerechnet zu werden pflegen. — Die Zahl der oberwärts beschäftigten, erwachsenen Arbeiter (Klasse C) in der Ruhrkohlenindustrie ist von 21 438 im Jahre 1890 auf 50 838 im Jahre 1906 gestiegen, d. h. weit mehr als verdoppelt worden; dagegen vermehrte sich die Zahl der eigentlichen Vergleute (Klasse A) nur von 78 226 auf 135 128, um knapp 72 Proz. Unter der Klasse C befinden sich in stark steigendem Maße solche Arbeiter, die nur in den Kokerereien, Nebenproduktfabriken, Ziegeleien usw. tätig sind. Die Koksfabrikation im Ruhrgebiet stieg 1903 bis 1906 von 10,1 auf 15,5 Millionen Tonnen gleich über 50 Proz., die Kohlenförderung stieg nur um 19 Proz. Die

in den Nebenbetrieben erzeugten Mengen Ammoniak, Teer und Benzol repräsentierten 1896 einen Wert von vier, 1906 von 40 Millionen Mark! Diese kolossale Vermehrung der Nebenbetriebe entzog nicht nur dem eigentlichen Grubenbetriebe eine Unmasse Arbeiter, sondern auch dem Marke viele Millionen Tonnen Kohlen!!

Das letztere ist doppelt zu unterstreichen, da in der ungeheuren Vermehrung des Selbstverbrauches zum Zweck der Gewinnung von hochwertigen Nebenprodukten wohl die Hauptursache der Kohlenknappheit und der hierdurch auch begünstigten Preisschrauberei zu erblicken ist.

Hierfür einige sprechende Beispiele:
 Zeche Dorstfeld hatte Kohlenförderung 1905: 619 000, 1906: 545 000 Tonnen, aber Kokszerzeugung 1905: 133 000, 1906: 149 000 Tonnen. — Zeche König Ludwig förderte 1906 zirka 200 000 Tonnen mehr als 1905, blieb aber doch mit 59 616 Tonnen Lieferung an das Syndikat im Rückstande, weil sie von der Gesamtförderung nahezu 50 Proz. ihren Nebenbetriebe zuführte! Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 4. Juli 1907 schrieb selbst, die vielfachen Erzeugnisse der Koksindustrie, als Teer, Ammoniak, Benzol, Toluol, Naphthalin, Anthrazenöl, Kreosotöl, Leerpich, Salpetersäure usw., „bringen den Zechen einen höheren Gewinn als die alleinigen Kohlen- und Koks-gewinnung“.

Damit ist der „Kohlenmangel“, der nach Herrn Delbrück „naturgemäß“ die Preise wegen geringen Angebots steigern muß, schon wesentlich erklärt. Wenn große Zechen bis fast 50 Proz. ihrer Kohlenförderung zur Gewinnung chemischer Roh- und Halbfabrikate verbrauchen, dann muß allerdings Kohlenmangel eintreten, und neben den hochwertigen Nebenprodukten erzielen die Werksherren dabei auch noch die profitablen Angstreife für Kohlen.

Will man nun unter den derzeitigen Umständen die Frage nach den normalen Kohlenpreisen erörtern, so steht man vor unentbehrlichen Geheimnissen. Wieviel die einzelnen Zechen von ihrer Förderung nicht an den Markt bringen, welche Preise sie sich für den enormen Selbstverbrauch anrechnen, ob die angegebenen Selbstkosten sich nur auf die Kohlenförderung oder auch auf die Kokerie, chemische Fabrik usw. beziehen, welche Sorten selbst verbraucht oder verkauft werden usw. usw., alles das ist heute verschleiert. Eine Zeche rechnet sämtliche Betriebskosten inklusive Kokerie, chemische Fabrik usw. lediglich auf die Kohlenförderung an; kein Wunder, daß da enorme „Selbstkosten“ pro Tonne herauskommen, aber die Rechnung ist total falsch. Zum Beispiel hatte die Zeche Eintracht Tiefbau 1906 an Ueberisch pro Tonne Kohle 0,83 M., Koks nur 0,54 M.; sehr mäßig, nicht wahr? Aber dieselbe Zeche erübrigte pro Tonne Ammoniak 177 M. — Nach außen hin kann man da mit hohen Selbstkosten und mäßigem Gewinn für Kohlen und Koks paradien, aber daß die von der Öffentlichkeit nicht kontrollierten Nebenanlagen solche Gewinne abwerfen, das bleibt den meisten unbekannt. Zeche König Ludwig bezog aus der Kokerie nur 69 135 M. Ueberisch, auch sehr mäßig. Aber die Benzol- und Ammoniakfabrik brachte 1 321 335 M. Gewinn!!

In Anbetracht dieser Verhältnisse wird jedermann zugeben müssen, daß es nachgerade unzulässig geworden ist, die Finanzlage der Zechen nach den „Selbstkosten pro Tonne“ zu beurteilen. Es kann Zechen geben, die pro Tonne Kohlen Zubuße leisten infolge der beliebigen Selbstkostenberechnung und doch sehr gute Ueberichüsse machen im Gesamtbetrieb. Solange diese Art Selbstkostenberechnung nicht grundsätzlich geändert ist, muß es die Öffentlichkeit entschieden ablehnen, die Kohlen- und Kokspreisgestaltung auf Grund der zehenseitigen Selbstkostenrechnung zu beurteilen. Unter den jetzigen Umständen ist es einfach unmöglich, die Frage nach den normalen Kohlenpreisen auf Grund einwandfreier Unterlagen zu beantworten. Die ganze Zechenwirtschaft hat sich verschoben. Aber die Selbstkostenberechnung aus der Zeit der „reinen“ Kohlengruben ist vielfach beibehalten worden! Nur wer im Kalkulationsbureau der Zechengesellschaft sitzt, weiß, was der Zeche die Tonne Kohle wirklich kostet. Die Revolutionierung der Grubenwirtschaft hat vornehmlich 1900 eingeleitet. Aber trotz tagelanger Erörterung über die Kohlenpreisfragen hat selbst die reichsamliche Kartellkommission keine Aufklärung schaffen können. Auf die entscheidenden Fragen verweigerten die Interessenten die Antwort. Wenn das dem Herrn Minister Delbrück bekannt ist, so hätte er den Reichstag mit seiner Rede über die sogenannten „Selbstkosten“ veräppeln sollen.

Man beachte doch bloß: Die Zechenbesitzer erklären, sie hätten die Preise nur mäßig gesteigert, und sie verweisen dabei auf die „Selbstkosten“, die nur „mäßigen Gewinn“ zuließen. Aber das Publikum muß wahrhafte Notstandspreise zahlen: 30 Proz. mehr als vor wenigen Jahren! Die Händler sind gebunden an feste Preise seitens der Zechenbesitzer, können nicht einen beliebigen Aufschlag nehmen. Dabei sind auch in unmittelbarer Nähe der Zechen die Hausbrandkohlen brauchbarer Qualität mit 90—100 Pf. pro Zentner zu zahlen! Billiger als 60 Pf. gibt's keine, das ist schlechtes Feug; der billigste Preis pro Tonne wäre demnach 12 M. Aber in der „Selbstkostenrechnung“ der betreffenden Zechen erscheinen die „Erlöse“ viel geringer, eben wegen der besprochenen Umpfänger der Grubenwirtschaft.

Wir sind den Monopolisten ausgeliefert. Der Minister hat es gar nicht einmal gewagt, die Preisfestsetzung des Kohlenyndikats zu bemängeln. Die Monopolisten triumphierten, das Volk muß bluten.

Der erste Appell zum Wahlrechtskampf.

Der großartigen, eindrucksvollen Demonstration der Hauptstadt haben sich die preussischen Provinzen würdig angeschlossen. Der Tag, da Dreiklassenhaus und Herrenhaus zusammentraten, hat Preussens Klassenbewußtes Proletariat in allen Teilen des Proletariats zur ersten, tüchtigen Kundgebung vereinigt gesehen. Soweit die Fahne der Sozialdemokratie in Preußen weht, gab sich Dienstag abend überall dieselbe heiße Empörung wider die Dreiklassen-schmach, überall derselbe feste Wille, sie abzuschütteln, zu erkennen. Ein mächtiger Durchblick der massenhaft herinkommenden Einzelberichte zeigt uns, daß überall derselbe starke Andrang der Arbeitermassen zu den Versammlungen war, daß überall dieselbe Kampfbegierde die Versammelten besetzte. Der erste Appell im Wahlrechtskampf hat ein Heer entschlossener Kämpfer gemustert, ein Heer, das werdend hinausziehen wird in die Reihen der Indifferenten, der Stumpfen, das das Feuer der Empörung schüren und wachhalten wird, das bestrebt sein wird, sich zu verdoppeln und zu verdreifachen, das den Willen in sich hat, zur unwiderstehlichen Macht zu werden, zum reißenden Strom, dem die Mauern der preussischen Junkerzwingburg weichen müssen. Blick auf! zu dieser Arbeit.

Schier unmöglich ist es, alle die Berichte zu veröffentlichen. Wir müssen uns mit einem summarischen Ueberblick über die einzelnen Landesteile begnügen.

Aus Brandenburg liegen uns bis jetzt Berichte vor über Versammlungen in Vornstedt-Vornim, Finsterwalde, Frankfurt a. d. O. (zwei Versammlungen mit über 1000 Besuchern), Guben (drei sehr stark besuchte Versammlungen), Hennigsdorf a. Havel, Kirchhain, Landsberg, Lindow i. M., Rudenwalde (2000 Männer und Frauen in zwei Versammlungen), Neu-Müppin, Rathenow (1300 Personen), Senftenberg, Sommerfeld, Velten und Werder a. d. Havel.

In Pommern sahen Stettin und Borowie fünf große Versammlungen mit über 4000 Besuchern; aus dem benachbarten Wahlkreis Randow-Griffenhagen werden drei Versammlungen mit 2000 Besuchern gemeldet; außerdem melden uns die Berichte stark besuchte Versammlungen in Anklam, Barch a. d. Döbise, Greifswald, Kolberg, Stolz, Stralsund, Torgelow und Wolgast.

In der Hauptstadt Schlesiens, in Breslau, ein über alles Erwarten großartiger Verlauf. Von 40 Versammlungen in und um Breslau waren, soweit Meldungen beim Abgang des Berichts vorlagen, über 20 polizeilich abgesperrt, teilweise schon stundenlang vor Beginn der Versammlung. In Breslau tagten 11 Versammlungen, die insgesamt 13 500 Demonstranten vereinigten. Weitere Kundgebungen fanden statt in Legnitz, Gagnau, Dabitz, Leipe, Marienhöfen, Gräbchen, Aischau, Gottesberg, Striegau, Muskau, Altwasser, Weißwasser, Zschammer, Landesgut, Neulak, Langenbielau, Oberlangenbielau, Reichenbach, Peterswaldau (dem Schauptag von Gerhard Hauptmanns „Weber“), Landau, Görlitz (1800 Personen), Penzig, Marklissa, Langenöls, Neusalzbrunn, Kofel, Kletendorf, Neumarkt, Goldberg, Parahy, Ohlau, Rüsse, Schwiebus und Ziegenhals.

Sieben Rieserversammlungen tagten in Hannover, deren Besucher auf 15 000 zu schätzen sind. Aus der Provinz werden Kundgebungen aus Emden (600 Personen), Göttingen, Harburg und Wilhelmshagen (je zwei Versammlungen mit 4000 Besuchern), Limmer, Münden, Denaablick (800 Demonstranten), Seeze gemeldet.

In der Provinz Sachsen geht Magdeburg mit sechs glänzenden Kundgebungen, zum Teil polizeilich abgesperrten Versammlungen voran; 10 000 Menschen sind unter Einrechnung derer, die nicht Einlaß fanden, auf den Weinen gewesen. Auch die Versammlungen in den ländlichen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Magdeburg waren ebenfalls alle gut, zum Teil sogar glänzend besucht. Nur im Kreise Salzwedel-Gardelegen, der Residenz des Rufers nach dem „starken Mann“, des Präsidenten des Dreiklassenparlaments, Junker v. Kröcher, konnte das Proletariat keinen Protest erheben, weil ihm nicht ein einziges Lokal zu Versammlungen zur Verfügung steht. Im Wahlkreis Banzleben fanden in den Orten Diesdorf, Gein, Fernerleben, Groß-Otterleben, Bennedebes, Klein-Otterleben, Langenweddingen, Lemsdorf und Salbke-Weierhagen Versammlungen statt. Für den Wahlkreis Waimitz-Redt-Neuhaldensleben waren in Barleben, Eberndorf, Lützenstedt, Kohnsee, Neuhaldensleben und Althaldensleben Versammlungen veranstaltet. Im Wahlkreis Jerichow I und II zu Burg, (800 Personen) Gommern und Cracau; für den Wahlkreis Stendal-Osterburg zu Tagermünde; für den Wahlkreis Calbe-Ascherleben zu Achersleben, Schönebeck, Quecklinburg, Löderburg und Stahfurt; für den Wahlkreis Halberstadt-Bernigerode in Halberstadt, Bernigerode, Schlanstedt, Osterwieck, Hornhausen und Kroppenstedt.

In Halle a. S. tagten vier imposante Versammlungen, die in der Umgegend waren ebenfalls außerordentlich stark besucht. — In Eisenburg waren 600 Personen versammelt.

Aus Schleswig-Holstein werden Versammlungen gemeldet in Altona (4000 Personen), Wandsbek (1200 Besucher), Ottenen, Lockstedt, Lüneburg, Soltau, Schiffbek (1000 Demonstranten), Schleswig, Iphoe (700 Besucher) und Segeberg.

In der Rheinprovinz hatte Köln und Borovie neun Massenversammlungen, die alle lange vor Beginn schon überfüllt waren. Aus der oberen Rheinprovinz werden starkbesuchte Versammlungen und begeisterte Stimmung gemeldet. In Rülheim

am Rhein waren 1000 Personen versammelt, die bis auf die Straße standen, weitere Kundgebungen sind zu verzeichnen in Aachen (500 Besucher), Andernach, Dellbrück, Düren, Sonnborn. Aus vielen großen Orten sind noch keine Berichte eingelaufen.

Ebenso großartig ist der Verlauf der Kundgebung in den übrigen Provinzen gewesen, aus denen und bisher nur knappe summarische Meldungen zugehen. In Danzig waren 800 Personen versammelt, in Wiesbaden bescheiden. Im Wahlkreis Essen hoben die Versammlungen besonderer Umstände halber schon am Sonntag getagt. Dort und in nächster Umgebung lagten sechs Massenversammlungen, die insgesamt an 3500 Besucher umfaßten. Außerdem fanden Kundgebungen in Kettwig, Caternberg und Aray statt.

Die noch ausstehenden Berichte werden nach den uns zugegangenen vorläufigen Meldungen das glänzende Bild der großen Demonstration vervollständigen.

Die neueste Sensation.

Zwischen den beiden Harden-Prozessen bedurfte unsere Bourgeois-Presse dringend einer neuen Sensation. Die Berliner Polizei hat ihr diese erstehende Sensation geliefert durch die Entdeckung des „Geheimlagers der Terroristen in Berlin“. Das ist für die bürgerliche Presse wieder einmal ein gefundenes Fressen, wie es seit der Affäre des Hauptmanns von Köpenick nicht mehr da war. Antisemitische und jüdisch-liberale Blätter, Scharfmacherorgane vom Schlage der „Post“ und der „Tägl. Rundschau“ wetteifern mit freisinnig-demokratischen Blättern darin, dem braven Philistinum die gruseligsten Schauergeschichten aufzutischen. Von Parabelumpfstolen, Dum-Dum-Geschossen, Höllenmaschinen usw. wimmelt es nur so in den Spalten des edlen Zeitungsgewisslers. Und ein sich als linksfreisinnig aufspielendes Blatt hat in der Aufregung so sehr, wie wir bereits gestern zur Erweiterung unserer Leser mitteilten, den Blick für die Grenzlinie zwischen dem Erhabenen und Väterlichen verloren, daß es die deutsche Sozialdemokratie davor warnen zu müssen glaubte, sich nur ja nicht am Ende gar im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte zu einer terroristischen Taktik verleiten zu lassen!

Dieser „freisinnige“ Witz hat die Dertel, Rippler und Konforten nicht schlafen lassen. Sie „stellen fest“, daß nunmehr die Verbindung zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den russischen Terroristen erwiesen sei. Der Parteivorstand selbst habe durch die Vermittlung des Genossen Ernst, wir wissen nicht ob den Waffenschmuggel oder gar die Herstellung von Höllenmaschinen betrieben.

Wir sind wirklich neugierig, zu welchem skurrilen Überwitz es die polizeioffiziös genehmigte Reporterphantasie noch bringen wird. Jedenfalls haben wir nicht die geringste Ursache, diesen tollen Fabelweien ernsthaft entgegenzutreten. Daß die deutsche Sozialdemokratie ihrem ganzen Wesen, nicht nur ihrem Programm nach Gegnerin des Terrorismus ist, weiß nachgerade jedes Kind. Und jeder Politiker, der Anspruch darauf erhebt, ernst genommen zu werden, sollte auch wissen, daß die geeinnete russische Sozialdemokratie sich gegen den Terror erklärt hat, aus politischen Prinzipien, nicht mit Rücksicht auf die Polizei Väterchens oder russischer Satrapen. Deshalb, weil die deutsche sozialdemokratische Presse terroristische Taten aus den trostlosen russischen Verhältnissen erklärt hat, kann man sie etwa mit demselben Recht für diese Taten verantwortlich machen, wie man für einen Kraterausbruch die Geologen verantwortlich machen kann. Aber wie gesagt: Wir wollen den Karneval unserer bürgerlichen Presse beileibe nicht stören.

Interessant ist nur, wie die Polizei nichts Dringlicheres zu tun hat, als alle ihr amtlich bekannt gewordenen Dinge krähwurm in die Presse zu lancieren. Sie hat es so eilig, daß sie nicht einmal dem von ihr sonst so bevorzugten Rippler-Blatt oder der „Post“ einen Vorzug einräumt, sondern sich auch der „D. Z. am Mittag“, dieses angeblich linksfreisinnigen Blattes bedient. So brachte dies Blatt heute wieder einen Bericht über die Vernehmung des Genossen Ernst, die kaum 1-2 Stunden vor der Ausgabe dieses Sensationsblattes stattgefunden hatte!

Doch geben wir zum Schluß das Neueste nach der polizeioffiziösen Darstellung wieder:

Der Berliner Vertreter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Karlsruhe, von der die 15 Parabelumpfstolen und 3000 Höllschrotgeschosse stammen, hat der Polizei mitgeteilt, daß die ganze Sendung auf die Bestellung eines gewissen Turcaev in Lüttich nach Belgien gegangen sei. Dieser Turcaev, der, wie heute mitgeteilt, in Verkehr mit dem Mieter des Zimmers Frey Wajnowski stand, ist identisch mit einem Russen Wassilow, der vor sechs Tagen mit den 20 russischen Anarchisten ausgewiesen wurde. Weiter ist ermittelt worden, daß in den letzten Wochen auf dem Hamburger Güterbahnhof zwei Kisten mit Waffen und Munition aus Herbedthal an der deutsch-belgischen Grenze angekommen sind. Sie wurden von einer Berliner Expeditionsfirma an einen Schlossermeister im Norden Berlins expediert. Ihr Gewicht 24 und 30 Kilogramm ist dasselbe, das die beiden im Geheimlager beschlagnahmten Kisten besaßen. Die Ermittlungen der Polizei gehen jetzt dahin, festzustellen, ob dieser dem Namen nach bekannte Schlossermeister selbst Empfänger der Waffensendung war oder vielleicht ein bei ihm wohnender Russe.

Das Papier mit den Wasserstreifen ist zur Begutachtung durch Sachverständige der Börse, der Reichsdruckerei und einer hiesigen Papiergroßhandlung vorgelegt worden. Das Urteil ging dahin, daß das Papier deutschen Fabrikats sei, aber ausschließlich in Rußland zur Herstellung von Obligationen, Aktien und Staatspapieren gebraucht werde. Die Fabrik, in der das Papier hergestellt ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Das Papier wird auch nach Ausland zur Begutachtung geschickt werden.

Heute vormittag wurde in dieser Sache der Expeditur des „Vorwärts“, Eugen Ernst, vernommen. Er behauptete, nichts zu wissen. Das ihm vorgelegte Papier kenne er nicht, es stamme auch, soweit ihm bekannt sei, nicht aus der „Vorwärts“-Druckerei. Auf die Vernehmung des Reichstags-Abgeordneten Fischer ist verzichtet worden, dagegen soll das Personal des „Vorwärts“ über das Papier vernommen werden.

Zur neuen Flotten-Milliarde.

In der Absicht, Volk und Regierung zu immer größeren Aufwendungen für die Flotte anzuspornen, verlegt sich Generalmajor Reim in der letzten Nummer der Zeitschrift „Die Flotte“ zu der folgenden bemühten Unwahrheit:

„Es sieht sehr, daß die deutsche Flotte, welche im Jahre 1905 noch den dritten Rang unter den Flotten der Großmächte einnahm, jetzt den vierten einnimmt und im Jahre 1909 infolge der raschen Vergrößerungen der japanischen Flotte den fünften Rang einnehmen wird. Diesen Tatsachen gegenüber wäre es Selbstbetrug, zu behaupten, daß Deutschland eine starke Flotte besitzt oder sie in absehbarer Zeit erhält.“

Derr Reim muß ganz genau wissen, daß die japanische Flotte der deutschen Marine zurzeit ganz erheblich unterlegen ist und daß Japan selbst bei den riesenhaftesten Anstrengungen bis zum Jahre 1909 nie und nimmer die Flottenstärke Deutschlands erreichen kann. Um zu zeigen, in wie leichtfertiger Weise der Leiter des Flottenvereins mit den Tatsachen umspringt, bringen wir die folgende

Tabelle, die den Schiffsbestand der fünf größten Seemächte am 1. Januar 1911 zeigt. Sie enthält alle Linienschiffe (über 1000 Tonnen), die 1887 und später vom Stapel liefen, und alle Panzerkreuzer (über 6000 Tonnen), deren Stapellauf 1892 und später stattfand.

	Linienschiffe		Panzerkreuzer	
	Zahl	Displacement	Zahl	Displacement
England	57	846 769 t	39	475 841 t
Amerika	27	408 470	14	199 950
Deutschland	33	322 400	10	110 000
Frankreich	21	277 893	19	200 321
Japan	18	194 004	15	177 139

Die Tabelle zeigt also, daß von einer Ueberlegenheit Japans in den nächsten Jahren nicht die Rede sein kann; sie zeigt ferner, daß Deutschland in Bezug auf Linienschiffe über 10 000 Tonnen an dritter Stelle steht. Frankreich hat zwar 9 Panzerkreuzer mehr als Deutschland; vergleicht man aber die Schiffsbestände dieser beiden Staaten miteinander, so kommt man zu dem Resultat, daß Deutschlands Flotte schon jetzt der französischen durchaus ebenbürtig ist. Bedenkt man weiter, daß ja Amerikas Flotte in zwei Geschwader geteilt ist, deren Vereinigung nur nach einer Fahrt von mehreren Monaten möglich ist, so erhebt man, daß nächst England Frankreich und Deutschland die gewaltigste Seemacht in die Waagschale zu werfen haben.

Was kümmert uns übrigens die Seestärke Frankreichs? Ein Krieg gegen dieses würde auf dem Lande ausgefochten werden, und selbst die glänzendsten Siege der französischen Marine könnten etwaige Niederlagen der französischen Armee nicht paralisieren. Ja wahrscheinlich würde sich Frankreich auch heute genötigt sehen, das Mittel anzuwenden, das es 1870 in Anwendung brachte. Es würde seine Marinetruppen ins Landheer stecken müssen, nur um den Vormarsch der deutschen Heereskolonnen zu hemmen.

Und Amerika? — Wo in aller Welt kollidieren unsere Interessen mit denen der Amerikaner? — Dazu liegt Amerikas Interessensphäre in Ostasien und es hat jedem Kriege mit einer anderen Macht sorgsam aus dem Wege zu gehen, damit es seinem Gegner Japan, mit dem es über kurz oder lang den Kampf aufnehmen muß, gewachsen bleibt. Also einen Krieg mit Amerika haben wir nicht zu befürchten.

Herzlich wenig sollte uns eigentlich auch die Verstärkung der japanischen Marine in Aufregung versetzen. Man sollte nur Kiautschow aufgeben, was selbst einige der verbohresten Chauvinisten fordern, weil eben unser Platz an der Sonne in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung ein verlorenener Posten ist.

bleibt also nur England. Dieses aber befindet sich in einer eigentümlichen Lage. Es hat nicht nur ausgedehnte Kolonien in allen Teilen der Welt zu schützen, es hat sich selbst auch die Zukunft von Lebensmitteln und Rohstoffen im Falle eines Krieges zu sichern, und es muß ferner einen Einfall feindlicher Truppen unter allen Umständen verhindern, was ihm ohne eine gewaltige Marine bei der großen Ausdehnung der Küsten und bei dem festen, entprechenden Landstreifen durchaus unmöglich wäre. Es kann diesen Aufgaben nur gerecht werden, wenn seine Flotte auf alle Eventualitäten gerüstet ist. Deshalb hat England schon seit langen Zeiten den Two Power Standard behauptet; das heißt, seine Flotte ist stets den vereinigten Flotten der beiden nächsten Seemächte überlegen gewesen. Deshalb sind die Argumente unserer Flottenleiter nach jeder Richtung hin lächerlich!

Die „mittlere“ Steuerlinie.

Ueber die Vörlage des Reichsvereinsgesetzes sind allem Anschein nach die konservativen und freisinnigen Flügel des Blocks zu einer Verständigung gelangt. Die Konservativen werden nach einigem Sträuben so viele Stimmen für die Vörlage des Reichsvereinsgesetzes stellen, daß diese mit knapper Mehrheit zur Annahme gelangt, ebenso das neue Reichsvereinsgesetz. Dafür übernehmen es die Freisinnigen, die reaktionären Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzentwurfs, speziell den gegen die Polen und Dänen gerichteten § 7, für unbedenklich und nebenächlich zu halten, den Konservativen den ungehörten Genuß der ihnen aus den Zoll- und Lebensmittelpreiserhöhungen zustehenden materiellen Vorteile zu garantieren und die Frage der Aenderung des preussischen Wahlrechts vorläufig aus dem Spiel zu lassen. Bis so weit ist also das Fortbestehen des freisinnig-konservativen Konföderats vorläufig gesichert. Dagegen fürchten die gewiegteren Blockpolitiker ernstlich, daß es über die Frage der Steuerbefreiung zu gefährlichen Konflikten und schließlich zu einer Sprengung des Blocks kommen könnte. Sie suchen deswegen vorzubeugen, indem sie beiden Seiten Nachgiebigkeit predigen. Besonders fühlt sich Freiherr v. Joditz und Reulrich zu der Rolle des staatsmännlichen Vermittlers berufen. Im „Tag“ führt er aus, daß das Spiritusmonopol und die Zigaretten-Bandrolensteuer doch immer nur insgesamt 130 Millionen Mark bringen würden, und dieser Ertrag reiche nicht aus, den Fehlbetrag der Reichseinnahmen, den Herr v. Joditz auf 200 Millionen Mark veranschlagt, zu decken. Dazu aber käme, daß diese Steuerpläne des Reichsfinanzamtes kaum Aussicht auf Verwirklichung hätten. Ihre Chancen hätten sich durch die Art, wie Herr von Stengel sie in die Öffentlichkeit speidiert hätte, beträchtlich verschlechtert. Es sei verfehlt, den ganzen Mehrbedarf an Reichseinnahmen durch die Besteuerung des Verbrauchs der Masse decken zu wollen; aus Rücksichten der Klugheit hätten in das neue Steuerprogramm auch einige direkte, die Wohlhabenden belastende Steuern mit aufgenommen werden müssen — sei es auch nur, wie Freiherr von Joditz sich ausdrückt, als „Sicherheitsventil“ für die Entrüstung der Masse. Wörtlich sagt er:

„Man mutet damit (mit der weiteren Belastung des Massenverbrauchs) einer aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervor gegangenen Volksvertretung mehr zu, als sie ihrer Natur nach tragen kann, und schwächt so den vorhandenen guten Willen, in den sauren Apfel der Bewilligung neuer Steuern zu beißen, empfindlich. Wäre es bei geschickter Führung der Verhandlungen wohl möglich gewesen, die nationale Mehrheit zu einer beträchtlichen Bewilligung indirekter Steuern zu bewegen, wenn damit von Anfang an die Forderung der Uebernahme eines nennenswerten Teils des Mehrbedarfs auf nach der Leistungsfähigkeit auf die Bundesstaaten umzulagern und in diesen von den steuerkräftigsten Schichten zu tragende Matrularbeiträge verbunden worden wäre, so wird man jetzt schwerlich mehr so leichten Kaufes davonkommen. Die Geschichte der südländischen Länder dürfte eine neue Auflage erleben. Ich fürchte sehr, man wird sich an den Gebanen gewöhnen müssen, daß im Reichstags auch bei seiner jetzigen Zusammensetzung die Zustimmung zur Deckung eines beträchtlichen Teils des Mehrbedarfs durch indirekte Steuern nur um den Preis der direkten Belastung der Wohlhabenderen Minderheit durch Reichssteuern zu erreichen sein wird.“

Es wird schon nichts helfen; man wird sich damit abfinden müssen, daß die jetzt anscheinend gründlich festgefahrene Reichsfinanzreform sich nur wieder in Gang und zu einem befriedigenden Abschluß bringen läßt, wenn man eine das Vermögen direkt belastende Reichsteuer vorschlägt. Als solche kommen in Betracht eine Reichsvermögensteuer und die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Adömmlinge und Ehegatten. Prüft man, welche von beiden Steuern das

kleinere Uebel ist, so wird man wohl sich für die allgemeine Durchführung der Erbschaftsteuer entscheiden müssen.“

Herr von Joditz empfiehlt daher eine Verständigung auf folgender Basis: die Liberalen versetzen sich zu neuen Steuern auf den Massenverbrauch und die Konservativen konzedieren dafür ihren liberalen Blockgefährten eine Erhöhung der Erbschaftsteuer bezw. ihre Ausdehnung auf direkte Adömmlinge und Ehegatten.

Ein recht gut gemeinter Vorschlag. Fraglich ist nur, ob die beiden Seiten des Blocks sich auf diese eigenartige „mittlere Steuerlinie“ einlassen werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. November 1907.

Versicherung und Sicherung.

Aus dem Reichstage. Das Gesetz über den Versicherungsvertrag, das dem Reichstage vorgelegt und dazu bestimmt ist, das Verhältnis zwischen Versicherten und Versicherungsgesellschaften zu regeln, hat den Reichstag im Vorjahre schon einmal beschäftigt.

Die plötzliche Auflösung des Reichstags ließ den Entwurf in der von der Kommission bereits ausgearbeiteten Fassung unter den Tisch fallen. Die jetzige Vorlage entspricht im wesentlichen dieser Kommissionsfassung. Nur in einem wesentlichen Punkte weicht die Vorlage ab. Die Regierung will grundsätzlich die Hinterbliebenen von Selbstmördern vom Anspruch auf die Lebensversicherungssumme ausschließen. — In der kurzen Debatte wurde unsererseits vom Genossen Stadthagen nachdrücklich betont, daß diese Ungerechtigkeit wieder beseitigt werden müsse. Die Erörterung der versicherungstechnischen Mängel beschränkt er sich für die Kommissionsberatung vor, betonte aber, daß wir uns nicht — wie die Vertreter bürgerlicher Parteien — mit den bloßen Erklärungen einzelner Regierungsvertreter über die etwaige Abstellung von Mängeln in der Zukunft zufrieden geben könnten. In der Hauptsache stehen wir auf dem Standpunkt, daß das gesamte Versicherungswesen verstaatlicht werden muß, da nur so die Versicherten vor den vielfach schändlichen Auslegungen der Gesellschaften hinreichend gesichert werden können und es an sich widersinnig ist, daß aus der Versicherung Kapitalgewinn gezogen wird. Die Vertreter der übrigen Parteien standen durchweg dem Entwurf sympathisch gegenüber. Gegen Kommissionsberatung wurde kein Widerspruch erhoben.

Lebhafte Anteilnahme erregte die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Sicherung der Bauforderungen. Man könnte die Vorlage auch nennen: Versuch zur Bekämpfung des Bauwindels. Der Zweck des Gesetzes ist zweifellos ein guter. Seit Jahren werden bei Neubauten, besonders in den größeren Städten, durch gewissenlose Spekulanten die Bauhandwerker, aber auch die Bauarbeiter und die Lieferanten von Baumaterial, planmäßig beschwindelt. Eine allgemein verbreitete Methode ist die, daß ein Grundstücksspekulant sich einen möglichst vermögenslosen Bauunternehmer sucht. Dem Strohmann wird das Grundstück für einen weit übertriebenen Preis „verkauft“ und dann die Kaufsumme als erste Hypothek auf das Grundstück eingetragen. Der Bau wird begonnen und etwa bis zur Fertigstellung des Rohbaues fortgeführt. Dann kündigt der Grundstücksspekulant — als Hypothekengläubiger — seine Hypothek! In der Substation kauft er das Grundstück mit dem Bau zu einem Preise zurück, der noch unter seiner Hypothek bleibt, und die Handwerker, die noch Geld an dem Bau zu stehen haben, sind um ihre Forderung geprellt, mit ihnen womöglich die Arbeiter und Lieferanten. So ging das jahrzehntelang. Millionen sind verloren gegangen. Alle in Mitleidenschaft gezogene Kreise, Bauhandwerksmeister wie Bauarbeiter, haben Abhilfe verlangt.

Am schlimmsten machten sich die Bauwindlerpraktiken fühlbar in den Zeiten der Krisis, besonders zu Anfang der neunziger Jahre. Weniger traten ihre bedenklichen Wirkungen in Erscheinung in den letzten Jahren wegen der günstigen Konjunktur. Damit nun gegen diese Uebelstände Vorkehrungen getroffen werden können, hat die Regierung endlich den Gesetzesentwurf vorgelegt, der heute zur Beratung kam. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien standen dem Entwurf sympathisch gegenüber, indem sie gleichzeitig um die Bekämpfung der warmen Herze für das Handwerk und den Mittelstand anriefen. Einzelheiten wurden indes als ungenügend oder verkehrt mannigfach bekämpft. Der kapitalistische Standpunkt kam am unverfälschtesten in den Ausführungen des freisinnigen Herrn Kampf zur Geltung.

Genosse Bömelburg sprach sich gleichfalls für die Grundidee des Gesetzes aus, wie wir ja jederzeit bereit sind, berechtigten Beschwerden der Handwerker gegenüber illoyaler Ausbeutungspraktiken des Kapitals Rechnung zu tragen. Eingehend behandelte Bömelburg das Interesse, das die Bauarbeiter an dem Gesetzesentwurf haben. Wie stark Bauarbeiter durch die Schwindelbanden betroffen werden, zeigte er an Zahlen, die in diesem Jahre ermittelt wurden: In der Zeit vom 1. Januar bis 1. November haben unter 58 Orten, an denen Nachforschungen angestellt wurden, in 40 Orten allein die Maurer infolge der Bauwindlerpraktiken 86 000 Mark eingebüßt, von denen nachträglich etwa 40 000 M. eingeklagt werden konnten. Gegen die Bestimmungen des Gesetzes machte Bömelburg hauptsächlich geltend, daß die Arbeiter bei einem Krach nicht schnell genug zu ihrem Gelde kommen würden, da sie häufig bis zur Beendigung des Baues — ein halbes Jahr oder länger — auf die Auszahlung warten müssen! In der Kommission, die schließlich einmütig beschloß, wurde, muß auf eine größere Sicherstellung der Arbeiterforderungen hingearbeitet werden.

Der badische Block.

Die badischen Nationalliberalen haben ihre Rache für die Nichtunterzeichnung der Beileidsadresse der badischen Kammer an den neuen Großherzog beim Tode Friedrichs I. durch den Genossen Ged genommen. Der badische Block ist gesprengt. Wie uns ein Telegramm aus Karlsruhe meldet, wurde heute von der zweiten badischen Kammer der Zentrumsabgeordnete Jahresbach-Freiburg zum Präsidenten sowie der Nationalliberale Bildens und der Demokrat Haimburger zu Vizepräsidenten erwählt.

Karheit.

Die freisinnigen Parteien haben ihren Wahlrechtsantrag aus der vergangenen Session jetzt wieder eingebracht. Der Antrag verlangt für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe und eine Neueinteilung der Wahlbezirke auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember

1905. Bekanntlich haben die Freisinnigen und das Zentrum der Wlodpolitik zuliebe auf die Besprechung ihres Antrages in der vorigen Session verzichtet. Wie unverzeihlich das war, zeigt sich jetzt, wo die Regierung es nicht einmal der Mühe wert gefunden hat, in der Thronrede vom Wahlrecht auch nur ein Wort zu sagen. Um so energischer muß jetzt verlangt werden, daß der Freisinn dafür sorgt, daß sein Antrag möglichst rasch zur Beratung gelange. Zu gleich möchten wir fragen, was das Zentrum in der preussischen Wahlrechtsfrage unternehmen will. In der vorigen Session hat es ebenso wie der Freisinn seinen Wahlrechtsantrag unter den Tisch fallen lassen.

Es ist um so dringender, daß endlich Klärung geschaffen wird, als eine oft offiziöse Korrespondenz über die Stellungnahme der Regierung eine Mitteilung macht, die, wenn sie wahr ist, sich als stärkste Provokation der entrechteten Massen erweisen würde. Danach will die Regierung erklären, daß an eine Reform des Wahlrechts für die laufende Session nicht zu denken sei, daß aber im Laufe der neuen Legislaturperiode dem Landtage Wahlrechtsvorschlüge namentlich in bezug auf die Neueinteilung der Wahlkreise vorgelegt werden würden.

Ist das richtig, so würde das die Absicht der Regierung bedeuten, einmal die Wahlreform zu verschleppen, dann aber auch dem neuen Landtage keine gründliche Reform vorzulegen, sondern sich mit irgend einem elenden Flickwerk, das vielleicht nicht einmal die Abschaffung des Dreiklassensystems bringt, zu begnügen. Dadurch würde allerdings auch verständlich gemacht, warum Fürst Bülow dem Freisinn nicht einmal erlaubt hat, den Antrag auf Einführung des geheimen Wahlrechts zu stellen. Andererseits würde es auch zeigen, daß selbst das unerbüllte Bekenntnis der Aufrechterhaltung der preussischen Reaktion dem Freisinn nicht daran hindert, dem Fürsten Bülow dienstbar zu sein.

Die Augen gehen ihnen über!

Das „Berliner Tageblatt“ ist über den Anfang der Wlodpolitik geradezu entsetzt. In einem Leitartikel „Ein schöner Anfang“ unterzieht es die ungewöhnlichen Mehrforderungen der Regierung und die ganze zerrüttete Finanzlage einer scharfen Kritik. Es schreibt unter anderem:

„Die liegen heute die Dinge? Der Abgeordnete Raumann stellt in der „Abk. Korresp.“ folgendes zusammen: Zufolge der Erhöhung der Beamtengehälter, Aufwindung neuer Flottenbedarfes, Erhöhung der regelmäßigen Reichsausgaben durch allgemeine Verteuerung, Verlagen der neuen schlechten Steuerreform, wie zum Beispiel der Fahrkartensteuer, Ein Defizit des Reichshaushaltes.

Das sind, wohl gemerkt! die dauernden Ausgaben. Sie kehren Jahr für Jahr wieder. Sie lasten auf dem Staats- und Reichsbürger, ob es regnet und schneit, oder ob die Sonne scheint. Sie werden ihm nach menschlichem Ermessen nie wieder abgenommen werden. Daneben aber häufen sich auch die einmaligen Ausgaben immer mehr. Vorläufig fordert Freiherr v. Stengel einen Anleihekredit von 260 Millionen, wobei von den Kolonialleisenbahnen noch nicht die Rede ist. Die vier Milliarden Reichsschulden ist beinahe bereits überschritten; jetzt geht es auf die fünfte Milliarde im Geschwindschritt los.

Raumann schließt daraus, daß wenigstens 250 Millionen Mark im Jahre aufgebracht werden sollen. „So schnell verbleicht der blasse Ruhm des Herrn v. Stengel.“ Wir sind gerecht genug, um hinzuzufügen: So schnell verbleicht der Optimismus des Fürsten Bülow. Aus dem Zustande der Sättigung, wie ihn Fürst Bülow noch vor wenigen Monaten in Nordney erkennen ließ, ist ein Hungerzustand geworden, der sich nur mit einer Viererhundertmilliarde neuer Reichssteuerern begnügt. Alles in allem kommen wir, wenn wir Preußen und das Reich zusammenfassen, zu einem dauernden Bedarf von etwa 400 Millionen und zu einer einmaligen Forderung von etwa 750 bis 800 Millionen. Das ist der Beginn der Wlodära; ein schöner Anfang!

Das „Berl. Tageblatt“ hält auch nichts davon, wenn etwa Herr von Wendelssohn als Jwillingsbruder Dernburgs in die Regierung eintritt. Ein solcher Eintritt werde von der Reaktion nur zu neuen Konzeptionen ausgenutzt werden, ohne daß an den Finanzen, dem laminartigen Anschwellen der Steuern und Schulden irgend etwas geändert werde. „Wenn die Wlodpolitik so anfängt, so sind wir neugierig, wie sie enden wird.“ Der Anfang sei in Preußen wie im Reich „so liberal wie nur möglich“.

Trotzdem wird der Freisinn diese liberale Wlodpolitik „unentwegt“ mitmachen. Der Wlodpolitik, die nichts ist als die potenzierte agrarisch-kapitalistische Volkspolizei, wird nur dadurch der Boden entzogen werden, daß der Freisinn selbst dezimiert und vernichtet wird!

Eine Doppelseele.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages erklärte Minister Dellbrück u. a.:

„Bei unseren staatlichen Bergwerken in Saarbrücken sollte der Profit etwa 1,53 Mark pro Tonne betragen. In Wahrheit haben wir noch nicht 1 Mark verdient. Allerdings haben wir a. s. t. o. des Unglücks in Needen außerordentlich hohe Extraaufwendungen für die Betriebssicherheit gemacht; aber im allgemeinen steigen eben die Betriebskosten im deutschen Bergbau stärker als die Erträge, und damit müssen die Preise im ganzen deutschen Produktionsgebiete zunehmen.“

Zu seinem Glück wurde die Besprechung vertagt, ehe noch ein sozialdemokratischer Redner die ministerielle Plausenmacherie aufdecken konnte. Im Abgeordnetenhaus hätte er jedenfalls nicht so predigen können, denn als preussischer Minister weiß er „amtlich“ von anderen Rechnungsergebnissen. Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat nämlich aus Anlaß der letzten Vergnobe eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus gerichtet, in der folgende Gewinnergebnisse ausgerechnet sind. Bei den Saarwerken ergeben sich pro Tonne Förderung Uberschuß:

Jahr	1900	1901	1902	1903	1904
Marl	2,71	2,69	1,96	1,44	1,61

Weiter heißt es dann in der Eingabe: „In Wirklichkeit wird die fiskalische Uberschusswirtschaft durch die vorstehenden Zahlen noch nicht in ihrem vollen Umfange illustriert. Die sämtlichen Kosten für Anlagen und Erweiterungsarbeiten entnimmt der Staat aus dem Betriebe, während der Ruhrbergbau die zu solchen Zwecken erforderlichen Mittel in der Hauptsache auf dem Wege der Kapitalbeschaffung aufbringen durfte. Der tatsächliche Uberschuß des staatlichen Saarbergbaues stellt sich daher wesentlich höher als der vorstehend nachgewiesene rechnermäßige Gewinn.“

Die Richtigkeit der Berechnung und der vorstehenden Behauptung ist nicht bestritten worden. Wenn ein Sozialdemokrat eine ähnliche Rechnung aufmachen wollte wie der Herr Minister Dellbrück, würde die „anständige“ Presse über frivole Fälschungen zeternd. Doch vielleicht wird Herr Dellbrück sagen, was ihn amtlich als Preussenminister bekannt sei, davon brauche er nichts im Reichstage zu wissen.

Freiherr Dr. „v.“ Köfide.

In einer Rede des Abgeordneten Korfanth bei der vorgestrigen Kohleninterpellation im Reichstage befand sich eine Anspielung auf den Abgeordneten Dr. Köfide, über deren Entstehungsgeschichte im Folger folgende niedliche Erzählung kursierte:

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, hatte arge Beklemmungen wegen der neuen Ansiedlungsvorlage, welche die Regierung zum Schutze des Deutschtums in der Provinz Posen dem Landtag vorgelegt hat. Man fürchtete in den agrarischen Kreisen, daß das böse Beispiel der Enteignung des „heiligen Eigentum“ erschüttern und revolutionierend wirken könne. In jener für die Regierung qualvollen Zeit des Zweifels ob sich nicht etwa Ansiedlungsbewerber bei den Konservativen finden und das ganze Ansiedlungsprojekt, wie früher den Rhein-Elbkanal, begraben würden, traf es sich, daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, der Abg. Dr. Köfide, eine Unterredung mit dem Reichsminister hatte. Fürst v. Bülow teilte seinem Besucher mit, daß der Kaiser sich entschlossen habe, Herrn Dr. Köfide wegen seiner hohen Verdienste um die deutsche Landwirtschaft in den Reichsrat zu ernennen. Im weiteren Verlauf der Unterredung wurde von dem Fürsten geäußert, daß man die patriotische Unterstützung für die Regierungspläne in der Provinz Posen brauchen könne und daß die Ansiedlungsvorlage dringend notwendig wäre, um die Nation vor Schaden zu bewahren. Wie weiter erzählt wird, ist das Heroldsamt jetzt beschäftigt, das Wappen des Freiherrn Dr. Köfide zu entwerfen. Vielleicht wird es zugleich mit dem Gesetz über die Ansiedlungsvorlage publiziert.

Danach scheint es sich bei der Mitteilung des Abg. Korfanth um kein Märchen zu handeln.

Ein überflüssiger Vorschlag.

Im letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ macht Genosse Wolfgang Heine einen Vorschlag zur „Konzentration der Reichstagsarbeit“. Er geht davon aus, daß die Beratung des Etats zu sehr in den Vordergrund tritt und darüber die Initiativanträge der Parteien, also ein besonders wichtiger Teil der parlamentarischen Arbeit, zu kurz kämen. Da die Materie, die in den Initiativanträgen beraten werde, unbedingt besprochen werden müsse, so müßten all diese Gegenstände bei der Etatberatung untergebracht werden, wodurch sich der Raum für Initiativanträge noch mehr verengte. Um diesen Uebelstand zu vermeiden, schlägt Heine vor, die Etatberatung auf einen gewissen Raum zu beschränken. Diese Konzentrierung soll durch Abmachungen der Fraktionen untereinander erfolgen. Ferner macht Heine Vorschläge über Änderung der Kommissionsberatungen, die nur parlamentarisch-technisches Interesse haben.

Uns will es scheinen, daß Genosse Heine einige wesentliche Momente bei seinem Vorschlag übersehen hat. Gewiß ist es ein technischer Uebelstand, daß das deutsche Parlament keine Etatberatung so lange ausdehnt. Die Hauptschuld daran trägt aber in erster Linie die Regierung, die systematisch die Zeit der Parlamentstagen möglichst einschränkt, was auch Heine selbst andeutet. Dann aber trägt die Schuld die Mehrheit des Reichstags, die die Beratung der Initiativanträge ebenso wie die Regierung stets zu verhindern trachtet, begreiflicherweise, da naturgemäß die Initiativanträge für die Opposition ein größeres Bedürfnis sind, als für die Regierungsparteien, deren Wünsche ohnehin in Gestalt von Regierungsvorlagen vor den Reichstag kommen. Außerdem ist der deutsche Reichstag das einzige Parlament, in dem von jeher die Majorität Angst gehabt hat, die Machtbefugnisse des Parlamentes zu vergrößern, da in ihr das Mißtrauen gegen das gleiche Wahlrecht stets lebendig war. Daher hat der deutsche Reichstag auch eine Geschäftsordnung, die wie die seines anderen Parlamentes die Opposition rechtlos macht. In allen anderen Parlamenten kann die Opposition Angelegenheiten, die ihr wichtig sind, sofort zur Besprechung und zur Abstimmung bringen. Wir erinnern an das Interpellationsrecht in England und Frankreich, an die Dringlichkeitsanträge in Oesterreich. In Deutschland ist dies unmöglich. Hier kann die Opposition die Angelegenheiten, die ihr wichtig sind, nur bei der Etatberatung zum Ausdruck bringen. Die Etatberatung verkürzt heißt deshalb nach den in Deutschland herrschenden Verhältnissen, der Regierung die Möglichkeit geben, die Zeit der Parlamentstagung noch weiter zu verkürzen.

Gewiß ist die Ausdehnung der Etatberatungen vom rein parlamentarischen Standpunkt ein technischer Uebelstand. Aber das Heilmittel, das Heine vorschlägt, würde zwar den technischen Uebelstand beseitigen, aber den politischen Mangel der oppositionellen Parteien, besonders der Sozialdemokratie, noch verschärfen. Wollen Parteien und Regierung eine kürzere Etatdebatte, so liegt das in ihrer Hand. Sie brauchen bloß die sozialdemokratischen Initiativanträge zur Beratung kommen lassen. Gerade gestern hat das sich wieder darin gezeigt, daß der Initiativantrag über die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten, gewiß die dringendste politische Angelegenheit, von der Reichstagsmehrheit nicht zur Beratung zugelassen wurde. Erst wenn eine Reform der Geschäftsordnung der Opposition die Macht gibt, die sie in anderen Parlamenten längst besitzt, ihre Anträge auch gegen den Willen der Majorität zur Beratung zu bringen, erst dann wäre eine Verkürzung der Etatberatungen diskutabel.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die einen Teil der Heineschen Ausführungen zustimmend abdruckt, irrt, wenn sie meint, daß die sozialdemokratische Fraktion ohne die von uns angeführte Gewähr einer gründlichen Reform der Geschäftsordnung die Hand dazu bieten könnte, sich die einzige Möglichkeit der politischen Kritik noch weiter verkümmern zu lassen.

Welfreunde Optimisten

Ichnein in dem neugegründeten Steigerverband des Ruhrreviers organisiert zu sein. Hoffst der Steigerverband doch nach den vielen bösen Erfahrungen, die er in der kurzen Zeit seines Bestehens schon sammeln mußte, nun gar noch, daß das preussische Dreiklassenparlament seinen Wünschen ein willfähiges Ohr lenke. Eine zahlreich besuchte Steigerversammlung sagte in Effen den Beschluß, eine Witzschrift an das preussische Abgeordnetenhaus zu senden in der u. a. verlangt wird:

„Das Abgeordnetenhaus möge eine Änderung der Bestimmungen des Allgemeinen preussischen Vergesetzes vom 24. Juni 1895 über die technischen Grubenbeamten beschließen. Welt Titel 3 Abschnitt 3 sind Bestimmungen zu treffen, die den nach § 73 für den unterirdischen Grubendirektor verantwortlichen Beamten in die Lage versetzen, den Bestimmungen der Vergesetze genügen zu können. Zu a: Direkte und indirekte Geldstrafen sind durch das Verbot des Prämiensystems aufzuheben. Zu b: Strafarbeiten bezw. Ueber-, Neben- und Sonntagsschichten sind zu verbieten; die Fesseln müssen verpflichtet werden. Dienstordnungen mit genauer Angabe der Dienstzeit der Bergbederbe zur Genehmigung einzurichten. Die Ueberstreichung der vorgeschriebenen Dienstzeit ist nur für Notarbeit gestattet. Darüber sind genaue Listen mit Namen der Beamten, Tag, Stunde, Dauer und Grund der Arbeit zu führen. Zu d: Die Entlassung bezw. Kündigung eines verantwortlichen Untergrubenbeamten bedarf der Zustimmung durch die Bergbederbe. Hat der Beamte in bergpolizeilicher Hinsicht seine Pflicht getan und ist sein unter § 138 der Gewerbeordnung fallender Grund zur Entlassung bezw. Kündigung vorhanden, so ist die Zustimmung zu verweigern.“

Diese Forderungen der Steiger sind — so weitgehend wie sie auch scheinen mögen — durchaus berechtigt. Die Steiger sind für die genaue Zurechnung der bergpolizeilichen Verordnungen verantwortlich und müssen daher der Regierung gegenüber möglichst unabhängig sein. Solange der Steiger der abhängige Sklave der Regierung ist, muß er, um nicht deren Willkür zu erliegen, nur auf eine möglichst hohe Kohlenförderung aus seinem Revier erpicht sein und kann daher nicht genügend für die nötige Betriebssicherheit sorgen. Namentlich durch das geringe Bedienstetensystem, das besonders auf den Stimmes Fesseln ausgebaut ist, kann ein Steiger, der auch auf ausreichenden Arbeitssicherheit achtet und daher eine geringere Fördermenge erzielt, bis zu 100 Mark und mehr monatlich geschädigt werden. Aber es gehört denn doch eine gehörige Portion Kapital dazu, von dem preussischen Geldsackparlament zu erwarten, daß es, den Interessen des Grubenkapitals zuwiderhandelnd, solche weitgehende Forderungen zu bindendem Gesetz erheben werde. Wollen die Grubensteiger des Ruhrreviers sich aus einem unzufriedigen und für sie doppelt gefährlichen Abhängigkeitsverhältnis befreien, dann müssen sie einmütig mit der gesamten organisierten Bergarbeiterkraft den Ruf erheben: Her mit einem Reichsberggesetz!

Eine Illustration zum sächsischen Gemeindevahlrecht.

Das sächsische Gemeindevahlrecht ist dem Landtagswahlrecht vollkommen „ebenbürtig“ und noch um einige Nuancen schlechter wie selbst das preussische. Durch die Bestimmung, daß bis zur Hälfte der zu wählenden Gemeindevertreter Haus- oder Grundbesitzer sein müssen, ist den Bergverwaltungen der Achtungswürdigen für und vor geöffnet. In vielen Gemeinden ist nicht einmal der dritte Teil Vertreter der Unanständigen; sehr oft sind sie nur im Besitz des fünftels der Mandate. Und dann diese Klassenverteilung. So hat man in dem Lausitzer Dorfe Oberneudorf z. B. fünf Wählerklassen: sie wählen insgesamt 15 Vertreter, davon nur drei Unanständige. In Niedermuschitz gibt es gar „nur“ sechs Klassen. Jede von den sechs Klassen hat zwei Vertreter zu stellen. Die Arbeiter haben ganze zwei Vertreter, denen mit dem Gemeindevorstand und dem Gemeindevorstand zwölf Grundbesitzer gegenüber stehen. In Niedermuschitz gab es 808 Steuereinzähler. Von diesen waren 530 Unanständige. In der Klasse der Grobhauern waren nur 29 Steuereinzähler. Sie haben aber eben soviel Wahlrecht wie die 530 Unanständigen. Dabei weiß jedermann, daß es keinen Stand gibt, der richtiger auf kommunale Gebiete wäre wie die Grobhauern.

Was übrigens die Sache doppelt interessant macht, ist, daß ja die Gemeinden nach dem höhenthälischen Wahlrechtsentwurf den größten Einfluß auf die Zusammensetzung der künftigen Landtage haben sollten; denn sie stellen ja neben den Höchstbesteuerten die Mitglieder der Bezirksvereinigungen, denen die Wahl von vierzig Landtagsabgeordneten überlassen werden soll.

Man kann sich also einen Begriff machen von der Schönheit des höhenthälischen Wahlgesetzes.

Hochverratsprozess gegen Dr. Friedberg.

Der Oberreichsanwalt sendet uns folgendes Schreiben in: „Mit Bezug auf die in dem Hauptblatt der Nr. 273 des „Vorwärts“ vom 22. d. M. (S. 2) unter der Ueberschrift „Hochverratsprozess gegen Dr. Friedberg“ enthaltene Mitteilung, daß das Reichsgericht die Erhebung der Anklage abgelehnt habe, erlaube ich, dies gefälligst dahin richtig zu stellen, daß eine Anklage gegen Dr. Friedberg gar nicht erhoben, dieser vielmehr dem von uns gestellten Antrage völlig entsprechend außer Verfolgung gesetzt ist. Der Haftbefehl war übrigens seitens der Reichsanwaltschaft nicht beantragt worden.“

Dazu ist zu bemerken: Die Voruntersuchung war vom Herrn Oberreichsanwalt beantragt und ist eröffnet worden. Dr. Friedberg ist etwa ein halbes Dutzend Mal in derselben vernommen, außerdem eine Anzahl Zeugen. Nach der Strafprozessordnung hat, wenn eine Voruntersuchung stattgefunden hat, das Gericht zu entscheiden, ob das Hauptverfahren zu eröffnen, oder der Angeklagte außer Verfolgung zu setzen, oder das Verfahren vorläufig einzustellen ist. Das Reichsgericht hat, wie wir in Nr. 273 mitteilten, dahin entschieden: „daß Dr. Friedberg außer Verfolgung gesetzt und der Haftbefehl vom 18. September aufgehoben wird“. Aus der Justizzeitung des Oberreichsanwalts entnehmen wir, daß der Oberreichsanwalt selbst nach Abschluß der von ihm beantragten Voruntersuchung die Anklageerhebung beantragt hat. Noch mehr spricht zugunsten des Reichsanwalts, wenn er die Einleitung der Voruntersuchung nicht beantragt hätte, welche die völlige Haltlosigkeit der von der „Post“ und ihren polizeilichen Hinterleuten provozierten Beschuldigung der Hochverratsbeschuldigung ergeben hat. Daß die Reichsanwaltschaft den Erlaß eines Haftbefehls beantragt habe, hatten wir nicht behauptet. Erlaß war jedoch ein Haftbefehl, sonst hätte ihn das Reichsgericht nicht aufheben brauchen oder können.

Das weimarische Versammlungsrecht

ist wieder einmal arg malträtirt worden. Der Bürgermeister in Weimar im Rhöngebirge hat geradezu gottvolles Material zu dem Kapitel: Rechtlosigkeit der Sozialdemokratie im Goethe-Ländchen geliefert. Am Sonntage sollte dort eine Versammlung stattfinden, in der der Landtagsabgeordnete Vaudert-Weimar über den Reichsverband und die Sozialdemokratie sprechen sollte. Das mußte von vornherein auf höheren Befehl verhindert werden. Wie das geschah, das beweist der bürgermeisterliche Ulaß, der der Versammlungsbekanntmachung angefügt wurde. Das Geschriebel lautet wörtlich:

Vorsiehende Anmeldung verbiete ich.

1. Nach Hochverrat. Verfügung vom 11. 3. 07 A. 417 1, welche ich dem Anmeldebekannt gegeben habe.
2. Weil ich stark befürchte das sie eine große Vergerniß in der all gemeinheit erregen wird und sogar auf den Sonntag, wo das Todesfest gefeiert wird, ist so eine Versammlung erst recht nicht zulässig.

Wilhelm Rodek.

Der gute Mann hatte die Versammlung mit der Anmeldung verweigert. Er verbietet einfach die Anmeldung, obwohl dazu eine Verpflichtung besteht. Die „Hochverratliche Verfügung“ geht ihm über alles. Nun wurde an diesem Tage sofort eine Versammlung vom Abg. Vaudert für den Montagabend arrangiert. Derselbe beabsichtigte über das Thema: „Deutschland, Deutschland über alles“, zu sprechen. Wieder sagte sich der Bürgermeister hin und verbrach gleich auf die schriftliche Anmeldung folgenden wunderlichen Ulaß:

Vorsiehende Anmeldung zu einer Versammlung verbiete ich auf grund Verbotlicher Verfügung vom 11. 3. 07. A. 417, ab. 2, welche ich dem Überbringer als an meiner Christian Hopf bekannt gegeben habe. Sowie Gefahr für die öffentliche Ordnung befürchte.

Wieder war's die „Verbotliche Verfügung“, die dem Bürgermeister zur Nichtsahnung seines Handelns dienete. Vom Überbringer der Anmeldung darauf aufmerksam gemacht, daß er doch die Ministerialverordnung von 1874 lesen möge, erwiderte er, die ginge „ihm gar nicht an“. — Als ihm dann bedeutet wurde, daß man dagegen Beschwerde erheben werde, obwohl man ihn doch seine Unannehmlichkeiten bereiten wolle, äußerte er selbstbewußt: „No, da geschieht mer gar nicht!“ — Allerdings hat es den Anschein, als wenn dem schreibgewandigen Bürgermeister „gar nicht geschieht“, denn in der von ihm benannten „Hochverratlichen Verfügung“, die von „Oben“ an ihn gekommen und für die zunächst der Bezirksdirektor in Derrbach verantwortlich ist, soll nach der Mitteilung dieses Bürgermeisters der Hinweis stehen, daß „sozialdemokratische Versammlungen von vornherein zu verhindern“ sind. Da man es begreiflich erscheinen

wenn so ein Bürgermeister erklärt, wenn er auch die allerblühendsten Versammlungsverbote erläßt, daß ihm gar nicht geschieht.

Die Affäre Steinbach vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht zu Meiningen hat heute die Verhandlung des Landfriedensbruch-Prozesses begonnen, der sich aus dem bekannten Kirmes-Krawall im Dorfe Steinbach entwickelt hat, den die verlogene Reichsverbandspresse zu einer Art lokaler sozialdemokratischer Revolution aufbaute. Wir haben die faußbilden Lügen, Entstellungen und Uebertreibungen seinerzeit hier in ihrer ganzen Gemeinheit entlarvt.

Vor dem Geschworenem erschienen 11 Angeklagte, von denen sich 7 in Untersuchungshaft befinden. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

Die Parlamentswahlen in der Oranien-Kolonie.

Am 20. d. M. wurden in der Oranien-Kolonie, dem früheren Oranien-Freistaat, die ersten Parlamentswahlen unter der neuen Verfassung vorgenommen. Diese Kolonie hat eine viel einheitlichere Bevölkerung als Transvaal, und sie hat auch mit weniger innerpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Oranien hat keine Goldminen und keine an Zahl nennenswerte ausländische Bevölkerung. Das Land war seit vielen Jahren gut und ehrlich regiert; die Oranien-Regierung war geradezu musterhaft, sodas sich unter der Bevölkerung ein gesunder politischer Sinn entwickelte konnte. Sogar die britischen Elemente, die sich dort niederließen, hielten treu zur alten Flagge und noch jetzt, trotz aller Bitterkeiten, die der Krieg erzeugte, ist eine tiefe Luft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht zu entdecken. Das extremste Blatt der Burenelemente der Kolonie ist der Bloemfontainer „Friend“, dessen Redakteur ein Brite namens Drew ist. Die demokratische Verfassung, die die liberale Regierung Englands der Kolonie gewährte, sowie das Beispiel der Lokalität Transvaals haben die Buren mit ihrem Schicksal einigermaßen ausgeglichen. Es bestehen dort zwar zwei politische Parteien, aber der Unterschied zwischen ihnen ist weder rassenartig noch absolut gegensätzlich.

Die politischen Parteien der Kolonie sind: die Drangia-Union, der die Buren und die meisten auf dem Lande wohnenden Briten angehören, dann die Konstitutionelle Partei, die durchaus britisch ist und sich auf die Hauptstadt Bloemfontein beschränkt. Der Unterschied zwischen beiden ist kulturell. Die Drangia-Union will die alten Zustände fortbilden, während die Konstitutionellen eine größere Beeinflussung des Landes durch die britische Kultur verlangen.

Das Oranien-Parlament besteht aus zwei Häusern. Das Oberhaus setzt sich aus elf von der Krone ernannten Mitgliedern zusammen; davon gehören sechs zur Drangia-Union. Das Unterhaus wird auf Grund des allgemeinen („männlichen“) Wahlrechts gewählt und besteht aus 38 Mitgliedern.

Die Wahlen vom 20. November brachten der Drangia-Union eine erdrückende Mehrheit: sie erhielt 30 Abgeordnete, während die Konstitutionellen nur 4 und die Unabhängigen gleichfalls 4 Abgeordnete durchbrachten.

Die Regierung der Kolonie wird also in den Händen der Buren liegen. Mit Ausnahme des früheren Präsidenten Steyn werden die alten Führer der Oranien-Buren auch weiterhin das Land regieren. Fisher wird Premierminister, und Kolonialsekretär General Christian Dewet erhält das Ministerium des Ackerbaus, Wessels das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und der Landesminen, General Herzog wird Direktor des Erziehungswezens und Dr. Ramsbottom Schatzminister.

Zum Präsidenten des Unterhauses soll Mr. Ramsbottom, ein Brite, von der Burenmehrheit gewählt werden.

Schweden.

„Die Nacht des Wessels endet bei Sundswall“, so sagt ein nordländisches Sprichwort; das heißt: bis an die Hafenstadt von Västermorrland muß sich jeder den schwedischen Gesetzen fügen, dort aber beginnt das Reich der Forst- und Sägewerkskapitalisten, und diese Leute pfeifen auf das Gesetz, oder sie wissen es von vornherein so einzurichten, daß es für sie nicht gilt. Als im Jahre 1881 das erste Mal in Schweden die Arbeit der Minderjährigen in Industrie und Handwerk etwas eingeschränkt wurde, brachten es jene Kapitalisten binnen kurzer Zeit dahin, daß diese Verordnung für die nordländischen Sägewerke, die gefährlichsten Betriebe überhaupt, gänzlich außer Kraft gesetzt wurde. Immer mehr Kinder und junge Leute wurden Tag und Nacht an den Sägemaschinen beschäftigt, und in demselben Maße wuchs die Zahl der Unfälle und Verwundungen. Das ging so weit, daß in einem Sägewerkdistrikt 50 Proz. der Minderjährigen für dienstuntauglich erklärt werden mußten. Im Jahre 1900 trat das jetzt noch geltende Gesetz über die Arbeit der Minderjährigen und Frauen in Kraft, das für diese Personen die Nachtarbeit verbietet, jedoch mit Ausnahme der in den Sägewerken und einigen anderen Betrieben tätigen jungen Burschen, die vom 14. Lebensjahr ab, ob Tag oder Nacht, 12 Stunden lang beschäftigt werden können, mit der Einschränkung, daß ein und dieselbe Kolonne nicht zweimal nacheinander nachts arbeiten darf. Solange dies Gesetz besteht, wird es von den Sägewerksbesitzern gebrochen oder in der Weise umgangen, daß sie abwechselnd eine Kolonne Minderjähriger in einer Schicht 16 Stunden, die andere 8 Stunden arbeiten lassen und kann behaupten, daß jene löstündige Arbeitszeit sich ja auf zwei Tage verteile, somit nicht gegen das Gesetz verstoße, das sich nur auf die Arbeitszeit an ein und demselben Tage beziehe! Obwohl diese Auslegung von den maßgebenden Behörden als dem Geiste und Wortlaut des Gesetzes widersprechend erklärt wurde, hielten die Unternehmer an ihrer Einteilung der Arbeitszeit fest. Die Verstöße gegen das Gesetz, die — ebenso wie die Unfälle Minderjähriger — immer zahlreicher wurden, veranlaßten im Sommer dieses Jahres den Regierungsbeamten von Västermorrland, von dem ihm anstehenden Recht Gebrauch zu machen und die Beschäftigung Minderjähriger an den Sägemaschinen überhaupt zu verbieten! 15 Sägewerksbesitzer richteten dieses Verbot eine Petition an die Regierung, nachdem man auf einem Sägewerk eine Anzahl Arbeiter genötigt hatte, die Petition zuerst zu unterschreiben. Das führte dazu, daß von 3000 anderen Sägewerksarbeitern eine Gegenpetition für das Verbot abgefaßt wurde. Die Regierung überwies beide Petitionen dem Beamten von Västermorrland. Dieser aber, ebenio der Gewerbeinspektor des Distrikts, hat sich unbedingt für Aufrechterhaltung des Verbotes erklärt. Diese Neuerungen werden nun der Regierung überwiesen, und man darf wohl annehmen, daß schon im Interesse der Minderjährigkeit der Bevölkerung von Nordland, das Verbot nicht ohne weiteres beseitigt wird.

Rußland.

Am Dienstag nahm die Duma-Mehrheit folgende Ergebnis-Adresse für Nicolow an:

„Eurer Majestät hat es gefallen, die Abgeordneten der dritten Duma zusammenzubersufen, sie willkommen zu heißen und Gottes Segen auf ihre bevorstehende gesetzgeberische Arbeit herabzusenden. Wir halten uns für verpflichtet, Eurer Majestät unsere Ergebnisgefühl und unsere Dankbarkeit für die Ruhe und Verliebene Volksvertretung, die durch die Grundgesetze befestigt ist, auszusprechen. Wir werden alle unsere Kräfte, alle unsere Erfahrung und Kenntnisse anwenden, um die durch das Manifest vom 10. Oktober dank Eurer Majestät Willen erneute Staatsordnung zu befestigen, um das Vaterland zu beruhigen, die gesellschaftliche Ordnung zu befestigen, die Volksaufklärung zu ent-

wickeln, den allgemeinen Wohlstand zu heben, die Größe und die Macht des unteilbaren Rußlands zu festigen und damit das Vertrauen des Monarchen und des Volkes zu rechtfertigen.“

Die dritte Duma ist ihrer Zusammensetzung wegen als „Herrenduma“ bezeichnet worden. Nach dieser Schweißwede- Leistung könnte man sie getrost „Hundeuma“ taufen.

Marokko.

Die Kämpfe an der algerischen Grenze.

Aus Paris wird vom 27. November gemeldet: Wie aus Karia telegraphiert wird, konnte die Kolonne des Obersten Pelincau, welche vorgestern den schweren Kampf mit den Beni Snassen zu bestehen hatte, gestern den Rückweg nach Ujdja antreten, ohne ernstlich von den Marokkanern belästigt zu werden. Einige Trupps derselben, die sich in den Flanken der französischen Truppen zeigten, wurden durch Artillerie zurückgetrieben.

Dem Pariser „Matin“ wird aus Nemours in Algerien gemeldet, daß fünf marokkanische Stämme, die sich bisher neutral verhalten haben, sich den Beni Snassen angeschlossen hätten. Die Lage sei kritisch. Falls nicht sofort Verstärkungen gesandt würden, laufe die französische Truppenabteilung Gefahr, den an Zahl überlegenen Gegnern zu unterliegen. Unter der europäischen und eingeborenen Grenzbevölkerung Algeriens herrsche lebhafteste Unruhe.

Amerika.

Die Prohibitionisten, eine alte politische Partei in den Vereinigten Staaten, deren oberster Grundsatz die Einführung von Gesetzen gegen den Alkoholgenuß ist, haben in den letzten Jahren in vielen Staaten stark an Einfluß gewonnen. In Chicago hat der Stadtrat jüngst eine Verordnung erlassen, nach welcher „saloons“ (Rneipen) in einem großen Teil der Stadt nicht mehr gebudelt werden. In ländlichen Gegenden unterstützen viele kleine Geschäftsleute die Bewegung gegen den Alkohol. In den kleinen Gemeinden hat die Partei häufig die Majorität in den Verwaltungskörperschaften und erläßt Verordnungen in ihrem Sinne. In den Staaten Maine, Vermont, New Hampshire und einigen anderen ist der Einfluß der Partei in der Gesetzgebung ausschlaggebend. Der Staat Kentucky, seines Whiskeys wegen allgemein bekannt, ist durch die Wahlen Anfang dieses Monats zum großen Teil den Prohibitionisten in die Hände gefallen. In den 96 Distrikten des Staates Tennessee dulden nur fünf den Verkauf alkoholischer Getränke, in Alabama 41 von 67 Distrikten, in Nord Carolina 62 von 97. In den Südstaaten wird der Verkauf insgesamt nur in 275 Distrikten gebudelt, während er in 681 Distrikten verboten ist. Die Partei stellt bei allen Wahlen, auch bei den Präsidentschaftswahlen, ihre eigenen Kandidaten auf; ihre Hauptstärke ruht aber in den Gemeinderäten und kleinen Verwaltungskörperschaften.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Abenteurer bei den „Gelben“.

In der Halleschen Straße zu Berlin besteht ein Arbeitsnachweis, dessen Eigenart einen arbeitslosen Metallarbeiter reizte, ihn einmal auf seine Wirksamkeit zu studieren. Er machte also — Probieren geht ja bekanntlich noch über's Studieren — den Versuch, durch Vermittlung dieses Nachweises Arbeit zu bekommen. Im Nachweis, der aus drei Zimmern bestand, wurde er von einem Herrn namens Weiersdorf einem weitgehenden Verhöre unterworfen; dann erhielt er Arbeit nach Ober-Schönevide, Auto-Bau der A. E. G., wo sich die Dreher wegen fortgesetzter Abzüge im Ausstand befinden, nachgewiesen. Einer der Anwesenden erlaubte sich die Frage, ob er auch Arbeit erhalten könne, wenn er nicht Mitglied der gelben Vereine werde; derselbe wurde glatt hinausgeworfen. Dann wurde von Herrn Weiersdorf eine Ansprache gehalten. Der Sinn der Rede war: Terrorismus in den freien Gewerkschaften — die großen Beamtengehälter — die freien Gewerkschaften haben ihren Höhepunkt überschritten — Aufgang der gelben Sonne usw.

Ein gewisser Lux, ein Arbeitswilliger aus einer bekannten Berliner Fabrik, sollte die Gesellschaft vom Bahnhof Ober-Schönevide abholen. Natürlich weigerte sich der in Frage kommende Metallarbeiter zum Streikbrecher zu werden. Er ging am Nachmittag wiederum zum Nachweis und bat um andere Arbeit, weil an der nachgewiesenen Arbeitsstelle gestreift werde. Man tritt ihm dies wiederholt glattweg ab und stellte ihm die kategorische Frage: „Wollen Sie nun Arbeit nehmen oder nicht? Andere Arbeit haben wir nicht!“ Nachdem er erklärte, daß er selbstverständlich gerne arbeiten möchte, wurde ihm das Anerbieten gemacht, nochmals in Begleitung eines Kriminalstrahmannes nach dem Werke hinauszugehen. Hierauf wurde er in ein anderes Zimmer geführt, wo die internen Angelegenheiten dieser gelben Gesellschaft erledigt wurden. Hier fand er einen Herrn, den bekannten Lebius, in einer Lage vor, die ihm immer in der Erinnerung bleiben wird: Ein Liegestuhl, niedrig gestellt, ausgelegt mit Betten. In diesen vergraben ruhte der Ober-Gelbe. Am Fußende war ein Stuhl umgekehrt auf den Liegestuhl festgebunden und ebenfalls mit Kissen belegt. Er trug die Füße des Herrn, weit auseinander gespreizt. Der ganze Körper war in den Betten vergraben. Eine brennende Zigarre sah man unter der Nase hervorkommen. Außerdem war Herr Lebius mit dem Lesen eines Buches beschäftigt. So ruhend, besorgte er seine Geschäfte unter Benutzung des Telephons, welches sich neben ihm auf der Erde befand. Der Herr versuchte nun, dem Reuling die Weltanschauung der Gelben in größeren und kleineren Dosen beizubringen. Alle möglichen Versprechungen wurden ihm gemacht, als da sind, Fahrgeld nach der Arbeitsstätte, Umzugskosten und verschiedenes andere mehr. Eine hervorragende Stellung wurde ihm versprochen, nur — keine ehrliche Arbeit.

Schon wollte er das Zimmer verlassen, da kam der Arbeitswilligenagent Lux vom Vormittag herein, und nun fand ein frohes Wiedersehen statt. Unter dem Butgeheil der Gelben verließ der vergeblich ehrlich Arbeitssuchende den Nachweis. Aber eins ist ihm geblieben: der Anblick der gestärkten Existenz des Herrn Lebius, den Körper in den Kissen, die Beine gespreizt in der Luft, in demselben Zimmer, in dem sich eine Maschinenschreiberin befand.

Deutsches Reich.

Die gesamte Arbeiterschaft der chemischen Fabrik „Lix“, Inhaber E. de Haan in Seelze bei Hannover haben am Dienstag, den 26. d. M., mittags, wegen Differenzen aus Mietverträgen in den zum Betriebe gehörenden Wohnungen die Arbeit niedergelegt, nachdem mehrfach gepflogene Verhandlungen zu einem annehmbaren Resultat für die Arbeiter nicht geführt haben. In Betracht kommen circa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen, Fabrikarbeiter, Schlosser, Klempner, Schmiede, Wärtter, Maurer, Zimmerleute, Maler und Heizer.

Die Gelben schämen sich ihres Namens.

Die Arbeitswilligen der Firma Seidel u. Raumann gründeten seinerzeit nach Beendigung des Kampfes eine sogenannte „freie Vereinigung“ deutscher Metallarbeiter, die natürlich weiter nichts war wie eine gelbe Arbeitswilligenvereinigung. Ihr Statut war den Unternehmern auf den Leib zugeschnitten. Der Syndikus der Metallindustriellen der Kreisbauernschaft Dresden nahm sich huldvollst der Unternehmerrückgrat an und gab in jeder Versammlung den Ton an. Er hat zwar offiziell den Posten als Anwalt der Schwarzmacher niedergelegt, aber im Grunde ist er natürlich weiter nichts als der Vertreter der Unternehmerinteressen, der ängstlich bemüht ist, deren Interessen in der Arbeitswilligenvereinigung zu wahren. Früher akzeptierten nun diese Leute mit Stolz — wie sie sagten — den Namen „Gelbe“. Nachdem aber der christlich-nationale Arbeiterkongress und neuerdings sogar der sogenannte Vaterländische Arbeiterbund die „Gelben“ verachtungsvoll von ihren Hochschöhen geschüttelt haben, schämen sich jetzt die Mitglieder der freien Vereinigung der Metallarbeiter dieses Namens. Sie wollen deshalb ihre Statuten einer Revision unterwerfen und die absolute Arbeitswilligkeit hinausändern. Der Syndikus der Gelben bringt in dem Leitblatt der Dresdener „Gelben“, der „Freien deutschen Presse“ — so waqt sich dieses Organ für Arbeitersamach zu nennen — einen langen Sermon, dessen kurzer Inhalt ist: Die Bezeichnung hat durch die Bosheit der freien Gewerkschaften einen solch schlechten und verächtlichen Klang, erhalten, wird so mit Streikbrechertum identifiziert, daß der Wunsch entstanden ist, den „geschmähten“ Namen abzulegen.

Das wird den Leuten wenig nützen. Sie bleiben in den Augen jedes Massenbewußten Arbeiters, was sie vordem waren: Die Schutzgarde der Unternehmer, die Feinde der eigenen Klassen-genossen, Helfoten und Verräter!

Zu merken ist die Tatsache, daß diesen Leuten noch die Empfindung der Scham möglich ist, beziehend dafür, daß sich das Gewissen bei ihnen anfängt zu regen.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis, der seit dem 1. Oktober im Bremer Holzgewerbe ausgefochten wird, ist jetzt in ein verschärftes Stadium eingetreten. Der Holzarbeiterverband hatte die Absicht, den paritätischen Arbeitsnachweis, dessen Regulator für die beiderseitigen Organisationen bis zum 30. September bindende Kraft hatte, in der bisherigen Weise fortzuführen. Die Unternehmer dagegen knüpften an die Aufrechterhaltung eines paritätischen Arbeitsnachweises eine Reihe Bedingungen, die für die Arbeiter eine wesentliche Verschlechterung des früheren Zustandes zur Folge haben werden. Aus diesem Grunde ist seitens des Holzarbeiterverbandes am 1. Oktober ein provisorischer Arbeitsnachweis errichtet worden. Die Einigungsversuche, die im Laufe der letzten Wochen stattgefunden haben, endeten mit einem negativen Erfolg. Die Bremer Unternehmer des Holzgewerbes versuchen nun in auswärtigen Zeitungen durch Inserate Holzarbeiter nach Bremen zu locken, um künstlich ein Ueberangebot von Arbeitskräften zu erzeugen, denn von einem Arbeitermangel kann in Bremen keineswegs die Rede sein. Daher kommt es denn auch, daß viele Holzarbeiter, die auf diesen Trick der Unternehmer hereingefallen sind, in Bremen arg enttäuscht wurden und nicht die gewünschte Arbeitsgelegenheit fanden. Wer solchen Enttäuschungen entgehen und den Bremer Holzarbeitern den Kampf nicht erschweren will, der durchkreuze die Taktik des Arbeitgeber-schutzverbandes, indem er dessen Reduse ignoriert.

Die Glaschleifer, Glasarbeiter und Besegerinnen der Firma Gang u. Co. in Leipzig legten heute die Arbeit nieder, nachdem die Firma jedes Verhandeln zur Beilegung der Differenzen abgelehnt hatte. Es handelt sich dabei um keine neuen Forderungen, sondern um die strikte Einhaltung des im vergangenen Frühjahr mit der Firma vereinbarten Tarifs. Zuzug ist also streng fernzuhalten.

Die Sattler Leipzig beschloßen in einer starkbesuchten Versammlung eine Eingabe an den Reichstag und an den Bundesrat, worin sie um Annahme des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Heimarbeitsgesetzes ersuchen. Begründet wird das Ersuchen mit der sich immer mehr ausbreitenden Heimarbeit im Sattlergewerbe, wozu die Vergeltungen der Militärlieferungen noch obendrein sehr viel beitragen.

Ausland.

634 Lohnkämpfe in der Schweiz kamen in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres vor gegen 520 in der gleichen Zeit 1906. Davon waren 100 (1906: 136) Streiks, 372 (291) Lohnbewegungen, 90 (87) Sperren und 12 (10) Aussperrungen. Die meisten Kämpfe endeten mit dem ganzen oder teilweisen Erfolg der Arbeiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Protest des Volkes.

Vielefeld, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ueber 7000 Wahlrechtsdemonstranten durchzogen heute abend die Hauptstraßen Vielefelds. Im Anschluß an die wohlgelungene Demonstration fanden zwei Riesensammungen statt, in denen unter großer Begeisterung die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts verlangt wurde.

Der letzte Sieg in Kiel.

Kiel, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der letzte Tag der Stadtverordnetenwahlen brachte uns noch einen glänzenden Sieg. Unser Genosse Raehl wurde mit einer Majorität von 630 Stimmen gewählt. Bei den nunmehr abgeschlossenen Wahlen haben wir von sieben Mandaten fünf erobert.

Wahlsieg in der 2. Klasse.

Dresden, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden in der 2. Klasse zwei Sozialdemokraten neu gewählt.

Stadtverordnetenwahlen.

Cronenberg, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung siegten bei der Stichwahl zwischen zwei Sozialdemokraten und zwei Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien ein Sozialdemokrat und ein bürgerlicher Kandidat. Von der dritten Abteilung sind somit drei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt.

Ausgebrochen.

Maisland, 27. November. (B. S.) Aus dem Gefängnisse in Rabiligere entbrangen neun schwere Verbrecher, nachdem sie den Kerkermeister schwer verwundeten und denselben die Waffen abgenommen hatten.

Die Kämpfe in Marokko.

Casablanca, 27. November. (B. T. A.) Nachrichten meldeten infolge des Einmarsches der Mahalla Mulay Hafids in Mogador hätte Mulay Hafid Sidi Kissa verlassen. Ein aufgelaßener Ballon entdeckte in der Richtung von Sidi Kissa ein Feld mit 800 Seiten. Eine Reconnoissance-Gruppe entdeckte heute, daß die rebellischen Stämme mit der Mahalla Luchta den Bogdadi in Verbindung getreten sei.

Tanger, 27. November. (B. T. A.) Ein in Marokko am Riff für Beobachtungen zurückgelassener Leutnant blieb auf 2000 Marokkaner und wurde mit seiner Abteilung von ihnen zurückgedrängt. Die Marokkaner überschritten den Riff, gingen aber nicht über Kassech hinaus. Später gingen sie nach Aghal zurück. Auf Grund dieses Ereignisses sind strenge Maßnahmen getroffen worden, um auf alle Fälle gerüstet zu sein.

Reichstag.

59. Sitzung vom Mittwoch, den 27. November 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Rieberding.

Zunächst wird in dritter Beratung das Gesetz betreffend die Errichtung zweier Stiftungen aus dem Nachlass des Malers Prof. Gutz. Müller genehmigt.

Es folgt die

erste Beratung der Gesetzentwürfe über den Versicherungsvertrag.

Die Vorlage regelt die privatrechtliche Seite des Versicherungswesens. Ein weiteres Gesetz verändert die entsprechenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs über die Seeversicherung.

Abg. Weißlein (Z.):

Durch die Auflösung des Reichstags ist die Verabschiedung dieses Gesetzes leider auf ein Jahr verschoben worden. Ich glaube nicht, daß wir uns jetzt noch lange mit dieser Vorlage zu beschäftigen haben werden. Die Versicherungsgesellschaften sind durch den ausführlichen Bericht über die Stimmung des Reichstags orientiert, und im wesentlichen entspricht die Vorlage den vorjährigen Kommissionsbeschlüssen; nur sind — entgegen dem Beschlusse der Kommission — auch diesmal die öffentlichen Anstalten nicht dem Gesetz unterstellt. Trotzdem bitte ich Sie, mit Rücksicht auf die wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung des Reichstags eine neue Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen.

Abg. Dr. Heine (natl.): Auch wir begrüßen den Entwurf mit Freuden. Er ist juristisch gut ausgearbeitet und bedeutet sozial die richtige Vermittlung zwischen den Interessen der Versicherungsgesellschaften und der Versicherungsnehmer. Mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Wegner (L.): Seit 50 Jahren schon haben die Regierungen dieser Materie ihre Sorge zugewendet. Jetzt denke ich, können wir das Kind in den Sattel heben; reiten wird es schon können. (Heiterkeit.)

Abg. Kaempf (fr. Sp.): Ohne die Auflösung des Reichstages wäre das Gesetz bereits verabschiedet. Trotzdem ist jetzt von neuem eine Kommissionsberatung notwendig, sind doch eine Reihe neuer Vorkommnisse eingegangen, welche in der Kommission beraten werden müssen. Außerdem hat sich anlässlich der Erdbeben- und Feuerkatastrophe in San Francisco gezeigt, daß amerikanische Gerichte deutsche Versicherungsgesellschaften zur Entschädigung für Erdbeschädigungen verurteilt und versucht haben, die Urteile in Deutschland vollstrecken zu lassen. Inwiefern das zulässig ist, wird zu prüfen sein. Ueberdies wird zu prüfen sein, ob nicht einseitige Versicherungsbedingungen gegen Erdbeschädigungen in den verschiedenen Staaten eingeführt werden können.

Abg. Schult (Sp.): Für ihre Versicherung haben die Deutschen in jedem Jahre erheblich mehr ausgegeben als für das Heer und die Marine; die Rechte der Versicherungsnehmer standen aber vielfach nur auf dem Papier. Wir begrüßen deshalb das Gesetz, welches diese Rechte sicherstellen will, mit besonderer Freude.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Vortredner sprach von der Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften. Es handelt sich hier aber nicht darum und kann auch nicht Aufgabe der Kommission sein, bei dieser Gelegenheit eine Verstaatlichung der Versicherung zugunsten der Versicherten, insbesondere der Winderbemittelten, herbeizuführen, sondern es kann sich nur darum handeln, daß wir innerhalb des Rahmens des Gesetzes darauf sehen, daß die großen Nachteile, die jetzt zumungunsten der Versicherten, insbesondere der Winderbemittelten, bestehen, beseitigt werden. Und da bedauere ich, daß der Entwurf den Anregungen, welche die vorjährige Kommission zugunsten der Versicherten gegeben hat, fast gar nicht nachgekommen ist. In bezug auf den Selbstmord standen sich in der Kommission zwei Ansichten gegenüber. Die einen meinten, es sei unbillig, bei denjenigen, welche durch soziale Umstände in den Selbstmord getrieben werden, eine Erleichterung der Versicherung vorzunehmen, diese Opfer des Selbstmordes verdienen weit mehr Mitleid als Strafe. Die andere Richtung wollte die Fälle von Selbstmord von der Versicherung überhaupt ausgeschlossen wissen. Wir sind erkrankt, daß sich auch die Konserwativen und die Nationalalliberalen sich unserer Ansicht über die Behandlung der Selbstmordfälle angeschlossen haben. Jedenfalls muß, wenn der Selbstmord der Versicherung ansteht, auch beim Tode durch Kampf der Fall sein. Es liegt kein Grund vor, diejenigen, die sich freiwillig einer Verbindung anschließen, die sie dem Zwange unterwirft, sich bei Gelegenheit durch einen Zweikampf gegen die Geleise zu verzeihen, anders zu behandeln als diejenigen, die sich verbinden, um einen Diebstahl zu begehen. Im übrigen will ich nur noch kurz erwähnen, daß wir nach wie vor nicht einverstanden sind mit den Ausnahmen, die der Gesetzentwurf zumungunsten von Treu und Glauben in den §§ 190—192 trifft. Ich begreife nicht, wie Herr Kaempf, der sich im vorigen Jahre selbst so scharf gegen die Verletzung von Treu und Glauben durch die Provinzialfeuerlosgesellschaft in Preußen erklärt hat, jetzt der Versicherung der preussischen Regierung ohne weiteres Glauben schenken kann, daß sie Normativbestimmungen schaffen werde, um ihren Versicherungsnehmern die Vorteile, welche das neue Gesetz den privaten Versicherungsnehmern gewährt, zugute kommen zu lassen. Meine Freunde haben gar keinen Grund, einer solchen Erklärung der preussischen Regierung Glauben zu schenken. Die preussische Regierung hat schon wiederholt feierliche Versicherungen, z. B. in bezug auf das Wahlrecht, in bezug auf das Befindrecht usw. abgegeben, die nie gehalten worden sind. Es muß auch vorgegangen werden gegen die der Gerechtigkeit widerprechenden preussischen berggesetzlichen Vorschriften in bezug auf die Knappschaftskassen. Auch hier gilt es, reichsgesetzlich einen Riegel vorzuschieben gegen die sorglose Verletzung von Treu und Glauben, die in den Statuten dieser Knappschaftskassen und in deren Auslegung statifunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden.

Abg. v. Damm (Wirtsch. G.): Die Vorlage hat fast alle Anregungen der vorjährigen Kommission berücksichtigt und kann daher wohl auf einstimmige Annahme rechnen. Trotzdem schließen wir uns dem Antrage auf erneute Kommissionsberatung aus denselben Gründen an wie der Abg. Kaempf.

Abg. Dove (fr. Sp.): Im Gegensatz zu Herrn Stadthagen, in Übereinstimmung mit den übrigen Rednern freue ich mich, daß der Entwurf die Anregungen der vorjährigen Kommission berücksichtigt hat. Im Gegensatz zu Herrn Stadthagen halte ich die Vertragsfreiheit für die Grundlage der Versicherung, doch darf sie nicht dahin führen, daß zumungunsten der Versicherten die Prämien überhöht werden. Die Duelle kann man, wie Stadthagen es tut, dem Selbstmord und Mord gleichsetzen — ich tue es nicht. Aber selbst wenn man es täte, sollte man bei diesem Gesetzentwurf moralisierende Betrachtungen fortlassen. Man kann es ruhig den Versicherungsgesellschaften überlassen, sich gegen Selbstmord zu schützen, aber nur zu dem Zwecke begangen wird, den Hinterbliebenen die Police zu verschaffen. Auch ich freue mich, daß jetzt die Konserwativen und Nationalliberalen mit uns — entgegen dem Entwurf — den Selbstmord nicht als Ausschlussgrund für die Entschädigung betrachten wollen. Ich hoffe, daß in der Kommission eine Einigung diesmal sich rasch wird erreichen lassen. (Bravo! bei den Freisinnigen Vereinigung.)

Das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Sicherung der Bauforderungen.

Staatssekretär Rieberding: Es handelt sich hier um eine wirtschaftlich und juristisch gleich schwierige Materie. Es handelt sich

darum, den Bauhandwerkern Sicherheit zu gewähren für ihre Forderungen gegenüber gewissenlosen Bauunternehmern. Das Verdienst des Verfassers, diese Frage zu regeln, gebührt dem Reichstage. Seinem Drängen haben die verbündeten Regierungen nur sehr zögernd nachgegeben mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten, die der Lösung dieser Frage entgegenstehen. Wir sind daher nur mit halbem Herzen an diese Lösung gegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und wir wissen nicht, ob das hohe Haus mit den Wegen, die wir zur Lösung vorschlagen, einverstanden sein wird. Der Entwurf will den Bauhandwerkern dadurch Sicherheit gewähren, daß sie in dem Grundbuchblatt des betreffenden bebauten Grundstücks einen Platz erhalten unmittelbar hinter dem Wert, den das Grundstück vor der Bebauung hatte, um dort Befriedigung aus dem Mehrwert des Grundstücks zu erhalten. Wir erkennen an, daß diese Regelung eine zweifelhafte Waffe ist; wir glauben aber, daß die Schwierigkeiten sich überwinden lassen durch die Kanteln, die der Entwurf vorsieht. So sollen seine Bestimmungen nur Platz greifen bei Neubauten, nicht aber bei Ergänzungs- und Reparaturbauten. Auch soll das Gesetz dann nicht Anwendung finden, wenn der Bauunternehmer sich bereit erklärt, ein Viertel der vorausschätzlichen Baukosten zu deponieren. Es soll dadurch wirklich kapitalkräftigen Bauunternehmern, die bereit sind, die Verpflichtungen gegen die Bauhandwerker ohne weiteres zu erfüllen, die Möglichkeit gegeben werden, sich den einengenden Bestimmungen des Gesetzes zu entziehen. Ich hoffe, daß der Reichstag sich wohlwollend zu dem Gesetze stellen wird. (Bravo!)

Abg. Dr. Jund (natl.):

Die beteiligten Handwerker haben sich mit dem Entwurf im großen und ganzen einverstanden erklärt und wünschen seine baldige Verabschiedung. Vom Standpunkte des formalen Rechtes ist das Gesetz gangbar; es ist, wie die Begründung sagt, auch „taulich“ einfach und verständlich ausgefallen.

Vor allem enthält es sich jeden Eingriffs in die voreingetragenen dinglichen Rechte. Wie das Gesetz sich praktisch behörden wird, läßt sich allerdings heute nicht übersehen. Der Grundgedanke ist jedenfalls ein gesunder, so daß sich die beteiligten Kreise bald hineinfinden werden. Die Bestimmung, daß kapitalkräftige Unternehmer den Belegungen des Gesetzes entzogen sein sollen, hat freilich ihr Bedenkliches bei einem Gesetze, das gerade zum Schutze des Mittelstandes geschaffen ist. Ausgeschlossen ist auch nicht, daß das Gesetz die Bautätigkeit überhaupt lähmt. Doch ist die Möglichkeit, bei der Bautätigkeit Gewinn zu erzielen, groß genug, so daß sich das Kapital nicht vollständig vom Baunachte zurückziehen wird. Gegen eine eventuelle Erhöhung der Unternehmergarantie von 25 auf 33 Proz. des Baugeldes hätten wir nichts einzuwenden. Mit der Annahme des Gesetzes wollen wir zum Ausdruck bringen, daß wir auch weiter bereit sind, für die Interessen des Mittelstandes einzutreten. Redner beantragt die Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Z.): Der Bauhandwerker hat seinerzeit geradezu Orgien gefeiert. In den drei Jahren 1891/93 verloren die Handwerker allein in Berlin 74 Millionen Mark an Bauforderungen. Wenn der Bauhandwerker hauptsächlich auch in den 90er Jahren blühte, so grassiert er doch auch jetzt noch. Von 1904 bis zur Jetztzeit haben die Berliner Handwerker wieder über 6 Millionen verloren! Eine Kontrolle der Anzahlungen als Mittel gegen den Schwindel genügt nicht, da eine solche Kontrolle nur schwer durchführbar und auch leicht zu umgehen sein würde. Ausdehnen wollen wir den Schutz auf Lieferanten- und Arbeiterforderungen sowie auf Ersatz- und Umbauten. Die Bestimmung hinsichtlich der Hinterlegung von einem Viertel der Bauunternehmer wird direkt wie ein Anreiz zur Umgehung des Gesetzes. Am besten wäre es, den diesbezüglichen § 4 einfach zu streichen. Bedenklich ist es auch, daß nur solche Versicherungen geschützt sind, die bereits in den Bau eingestiftet sind. Für den Handwerker kommt es doch nur darauf an, daß er seine Lieferungen abgeliefert hat. Man hat die Handwerker auf dem Weg der Selbsthilfe verwiesen. Ich hoffe da, daß als Folge des Gesetzes bald, namentlich in den kleineren Städten Handwerkerorganisationen entstehen werden. Wir wünschen, daß das Gesetz im Interesse der Handwerker bald verabschiedet wird.

Abg. Paul-Potsdam (L.): Ich teile den Optimismus, mit dem die Herren Vortredner das Gesetz begrüßt haben, nicht. Ich habe einen Juristen gesprochen, der das Gesetz heruntergerissen hat, also ganz anderer Meinung war als die beiden Juristen, die vorher hier gesprochen haben. Das soll bei Juristen aber öfter vorkommen. (Heiterkeit.) Die Handwerker sollen sich aber ja nicht einbilden, daß sie durch die Annahme des Entwurfs eine unbedingte Sicherheit erhalten; denn eine solche gibt es nicht. Aber die Bestimmung, daß dem Gesetz ein Bauunternehmer nicht unterworfen ist, wenn er 25 Proz. der vorausschätzlichen Bauunternehmer hinterlegt, öffnet dem Betrug Tür und Tor; diese Bestimmung muß unbedingt aus dem Gesetze heraus. Ebenso muß die Kommission noch eine Reihe anderer Punkte besser regeln, wenn die Handwerker wirklich von dem Gesetze Vorteile haben sollen. (Bravo! bei den Konserwativen.)

Abg. v. Driesen (Sp.): Der Gesetzentwurf muß als ein ganz besonders fleißige Arbeit anerkannt werden. Der Grundgedanke des Entwurfs, den Handwerker vor Betrug durch frivole Bauunternehmer zu schützen, muß jedem Freunde des Handwerkers sympathisch sein. Ob aber die Mißstände auf diesem Gebiete wirklich so groß sind, wie vielfach angegeben wird, das erscheint doch zweifelhaft. Wenn wir trotzdem die Frage nach der Notwendigkeit eines Vorgehens auf diesem Gebiete bejahen, so kann nur ein gesetzgeberisches Vorgehen in Frage kommen.

Abg. Kaempf (fr. Sp.): Auch wir treten an das Gesetz mit einer gewissen Skepsis heran, die begründet ist auf einen ernsthaften Studium der Materie. Wir müssen vermeiden, daß der Bauhandwerker durch Bestimmungen, die ihn schützen sollen, in seiner Selbstständigkeit behindert wird. Das Hauptbedenken liegt darin, daß der Entwurf dahin wirken wird, daß das Baugeschäft im wesentlichen in die Hände großer Kapitalisten übergehen wird. Alles aber, was dazu drängt, das Baugeschäft zu einem Monopol zu machen, muß von uns bekämpft werden. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Bömelburg (Soz.):

Die Mißstände im Baugewerbe erschöpfen sich nicht in den Verlusten der Bauhandwerker und Bauarbeiter durch schwindelhafte Unternehmer, sondern sie bestehen auch in dem Mangel an genügendem Bauarbeiterschutz. Es ist dringend notwendig, daß dieser Schutz vergrößert und die Kontrolle verbessert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was das vorliegende Gesetz anbelangt, so hat ein Teil der Unternehmer im Baugewerbe sich auf der Tagung in Frankfurt a. M. gegen eine gesetzliche Regelung der Materie erklärt mit der Motivierung, die Verhältnisse hätten sich wesentlich verbessert. Wichtig ist, daß in den letzten Jahren die Mißstände weniger scharf in die Erscheinung getreten sind. Das sagt aber an sich noch gar nichts. Die Konjunktur geht auch im Baugewerbe auf und ab, und während der Krise sind auch die Mißstände größer. Das nächste Jahr wird voraussichtlich ein starkes Absinken der Bautätigkeit mit sich bringen und damit eine Vergrößerung der Mißstände. Wir haben es im Baugewerbe mit einer sehr großen Zahl von Unternehmern zu tun. Nach der letzten Betriebszählung vom Jahre 1895 wurden im Baugewerbe in den hier in Betracht kommenden Kategorien 177 000 Unternehmer festgestellt, und wenn man nur diejenigen rechnet, die mit mehr als zwei Angestellten arbeiten, so kommen noch immer rund 60 000 Unternehmer in Frage! Die Zahl der wirklich kapitalkräftigen unter diesen Unternehmern ist sehr gering, die große Masse hat gar nichts, und der übrige Teil, der immerhin etwas hat, hat sein Vermögen in einem Geschäft oder in Grundstücken festgelegt. Diejenigen Unternehmer, die gar nichts haben, sind natürlich gezwungen, ständig zu bauen, wenn sie nicht in das Proletariat zurückfallen wollen. Dabei verstehen es diese Leute, die eigentlich nichts haben,

sehr gut zu leben. Ebenso sind diejenigen Unternehmer, die etwas haben, gezwungen, fortgesetzt zu bauen, nicht nur um zu leben, sondern um vielleicht das Vermögen, das sie anderweitig festgelegt haben, zu retten. Daraus ergibt sich, daß in dem Augenblick, wo die Krisis einsetzt und die Arbeit geringer wird, eine gewaltige wilde Jagd nach Arbeit entsteht und die Arbeit zu Preisen übernommen wird, zu denen sie gar nicht bezuhalten ist. Die Folge ist in gar vielen Fällen ist der Zusammenbruch und schließlich Verluste der Bauhandwerker. Es muß also damit gerechnet werden, daß sich die Verhältnisse in der Krisis wesentlich verschlimmern. Zur Rechtferigung eines gesetzlichen Eingreifens ist es aber gar nicht einmal notwendig, auf die schlimmen Vorkommnisse während der Krisis hinzuweisen, es findet seine Begründung in genügendem Maße bereits in den Verhältnissen in normaler Zeit.

Eine Statistik, welche

die Lohnverluste der Bauarbeiter

feststellt, bezieht sich auf 58 Orte und auf die Zeit vom 1. Januar 1906 bis zum 1. November 1907. An 18 von diesen Orten trafen Lohnausfälle von kolossalem Umfange ein. In 254 Fällen kam die gesamte Lohnsumme mit 80 000 M. in Frage! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von dieser Summe sind 39 000 M. durch Prozeß und das Konkursverfahren allerdings später eingebracht worden, aber 47 000 M. sind doch vollständig verloren. Ich will nun nicht sagen, daß diese Summe im Vergleich zu der überhaupt im Baugewerbe ausgezahlten Lohnsumme riesig ist. Aber für den Arbeiter bedeutet sie doch sehr viel, und außerdem ist es für den Arbeiter sehr wichtig, daß er bereits am Sonnabendabend nach der Arbeit den Lohn erhält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch handelt es sich hierbei einzig und allein um Maurer. Es kommen noch hinzu die Lohnausfälle der Bauhilfsarbeiter, der Zimmerer, Stuckateure, Dachdecker usw. usw. Rechnet man weiter dazu, wieviel Unkosten und Zeitverluste für die Arbeiter entstanden sind, um ihre Forderungen geltend zu machen, so muß man sagen, daß selbst in besseren Zeiten den Arbeitern ganz bedeutende Verluste durch Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer entstanden sind. Mit dem Anführen von weiteren Zahlen über Verluste der Bauhandwerker will ich Sie verschonen. Es können übrigens auch noch andere Interessenten in Frage. So werden in sehr hohem Maße die Krankenkassen geschädigt. Das Verzeichnis der vereinigten Ortskrankenkassen zu Köln weist im Jahre 1906 nicht weniger als 211 Personen auf, welche 14 108 M. Beiträge (schuldig) blieben! Davon gebörten 116 mit 12 194 M. der Berufsgruppe der Baugewerke an. Von diesen trugen 114 in dem Verzeichnis den Vermerk „krankenlos“, d. h. also, daß von ihnen nichts zu erhalten ist. Das Bedürfnis nach einer Schutzgesetzgebung war also vorhanden und ist vorhanden. Das in Aussicht genommene Gesetz soll die Mißstände beseitigen oder mildern. Geschützt sollen werden die an der Herstellung des Gebäudes beteiligten Bauhandwerker und Lieferanten sowie Personen, die infolge eines Vertrages an der Herstellung des Gebäudes beteiligt waren. Ob dazu auch die Unternehmer, Handwerker und Fuhrleute gehören, welche den Grund ausgenommen haben, geht aus der Vorlage nicht klar hervor. Der Schutz soll erreicht werden durch die Hinterlegung der Forderungen in das Grundbuch, die sich dann für alle Gläubiger in eine Bauhypothek verwandeln soll. Außerdem soll der Bauunternehmer 25 Proz. des Baugeldes in bar hinterlegen. Dieser Art der Sicherung kann man nur zustimmen. Sie ist meines Erachtens die einzig mögliche. So aber wie sie in der Vorlage durchgeführt werden soll, ist sie jetzt doch von sehr zweifelhaftem Werte. Die Bauhypothek soll erst an dritter Stelle stehen! Der Wert der Sicherheit einer Hypothek hängt aber von der Höhe der davorstehenden Hypotheken ab. Nun soll durch § 7 des Gesetzes dafür gesorgt werden, daß der Wert des Bauplages nicht zu hoch eingestuft wird. Wie das aber geschehen soll, davon schweigt des Sängers Mäulchen. Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse kann man nicht damit rechnen, daß durch eine landesherrliche Verordnung der richtige Maßstab gefunden wird. Würde es sich nur darum handeln, den Wert eines Bauplages in einer bestimmten Gegend festzusetzen, so könnte das Verfahren einige Bedeutung haben. Darauf allein aber kommt es nicht an, sondern auch auf die zweckmäßige Bebauung, auf die Einrichtung des Gebäudes und seinen Zweck. Auf alle diese Dinge kann die Behörde einen Einfluß nicht gewinnen, sie kann es auch nicht vermeiden, daß die Bauplätze für Grundstücke von gleicher Größe und Einrichtung verschieden sind. Die Großspekulation wird auch in der Folgezeit den Grundstückspreis bestimmen. Je höher schließlich der Bauplätzepreis ist, desto mehr verliert die Bauhypothek. Für den Wert der Bauhypothek kommt schließlich auch in Betracht, zu welcher Zeit das Bauwerk errichtet worden ist. Angebot und Nachfrage werden da eine Rolle spielen. Eine Hypothek, die zurzeit der Nachfrage noch eine Sicherheit bildet, kann zurzeit des Angebots nur vollen Bedeutungslosigkeit herabfallen. Für den Wert der Bauhypothek kommt noch in Frage, ob die Baugläubiger einverstanden sind, die Hypothek für sich nutzbar zu machen. Können sie das nicht, so kommen sie auch bei dem Gesetz nicht zu ihrem Rechte, sie werden neben dem Verlust nur noch Kosten haben. Deshalb möchte ich zu dem Schluß kommen, daß es wünschenswert wäre, die Bauhypothek in der Rangordnung an eine andere Stelle zu setzen. Ob es möglich ist, ist allerdings eine Frage, über die man leichtest Dergest nicht hinwegkommen kann.

Für die Arbeiter ist aber selbst dann, wenn jene Hypothek eine bessere Sicherheit gewährte, durch das Gesetz doch nicht viel erreicht. Wenn ein Maurer z. B. an einem Neubau seinen Lohn nicht bekommen kann und nun warten soll, bis der Neubau fertig ist, bis sich das ganze Verfahren abgewickelt hat, dann wird es vorzuziehen, daß er auf sein Geld mitunter über ein Jahr warten muß. In vielen Fällen wird der Arbeiter, der seine Arbeit nicht immer an einem und demselben Orte findet, um seine Rechte kommen. Der Entwurf bietet aber noch einen großen Mangel! Dieser besteht darin, daß man den Geltungsbereich des Gesetzes sehr eng gezogen hat. Nach der Vorlage soll das Gesetz nur gelten bei Neubauten für Wohn- und gewerbliche Zwecke, die durch landesherrliche Verordnung festgesetzt sind. Von dieser Bestimmung gibt es aber viele Ausnahmen. Es fallen nicht unter das Gesetz alle Umbauten, alle Gebäude, die an Stelle von abgebrochenen errichtet werden oder an Stelle von solchen, die durch elementare Ereignisse zerstört sind. Nach § 2 des Gesetzes finden die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung auf Grundstücke des Fiskus, der Bundesstaaten, der Kommunen, der Landesfürsten! Wenn alle diese Gebäude ausgeschlossen werden, dann bleibt nicht viel übrig, und dann stehen trotz des gesetzlichen Schutzes die meisten Handwerker außerhalb des Rahmens des Gesetzes. — Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß besonders in den älteren großen Städten jährlich eine sehr große Anzahl von Bauten abgerissen und durch neue ersetzt wird. In Berlin handelt es sich dabei jährlich um Hunderte und Aberhunderte von Bauten. Das Berliner Baugewerbe stützt sich in ganz erheblichem Maße auf solche Arbeiten, und ebenso ist es in fast allen Großstädten. Ich erinnere Sie an die bedeutenden Durchbrüche im Scheunenviertel, in Charlottenburg, an die Sanierungsarbeiten in Stralburg und in Hamburg, wo ganz alte Stadtteile von A bis Z niedergedrückt wurden, um später durch neue Gebäude ersetzt zu werden. Bei diesen Bauten bestehen genau dieselben Gefahren für die Handwerker wie bei den Neubauten. Ebenso bei öffentlichen Bauten. Sie wissen ja, wie die Unternehmer sich in solchen Fällen gegenwärtig unterziehen; es werden da Preise gefordert, von denen die Unternehmer selbst von vornherein wissen, daß die Arbeit dafür nicht fertig zu stellen ist. (Hört! hört!) Auch gibt es Bauhandwerker in großen wie in kleinen Orten, ja in den kleinen ist er manchmal noch stärker. Nur in den Dörfern wird nicht gebaut, wo eigentlich gebaut werden müßte, um für die Arbeiter gute Wohnungen zu beschaffen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daher sind die Beschränkungen in der Vorlage nicht angebracht. Es liegt auch nicht

im Interesse der Rechtsicherheit und Einheitslichkeit des Rechts, wenn in Berlin erlaubt ist, was auf einem Bau in einem Vorort von Berlin verboten ist. Das kann das Gefühl für die Rechtsgleichheit in Folge nicht vermehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Bestimmung, daß nur Bauten auf vorher un bebautem Terrain unter das Gesetz fallen, ist auch deshalb unhaltbar, weil Fälle vorkommen — ich kenne einen solchen in der Bismarckstraße in Charlottenburg —, wo ein Neubau zur Hälfte auf vorher un bebautem Terrain, zur Hälfte auf einem Platz, wo vorher ein Haus abgerissen ist, vorgenommen wird. Dieser Bau würde also zur Hälfte unter das Gesetz fallen und zur Hälfte nicht! Ebenso wenig entspricht die Bestimmung, daß nur Bauten, die auf einem während der letzten drei Jahre un bebauten Terrain aufgeführt werden, als Neubauten gelten, den tatsächlichen Verhältnissen. Wir wissen aus Erfahrung, daß es insbesondere bei Renovation von Straßen gar nicht möglich ist, die ganzen vorhandenen Plätze innerhalb drei Jahren zu bebauen. Es sind also wesentliche Änderungen an dem Gesetz unbedingt notwendig.

Zum Schluß möchte ich nur noch darauf hinweisen, daß die Folge des Gesetzes auch eine gewisse Belastung der Gesamtbevölkerung sein wird. Durch die Verteuerung des Bauens, die die Folge des Gesetzes sein wird, werden die Mieten sich erhöhen. Trotzdem halte ich einen gesetzlichen Eingriff für notwendig. Eine Erhöhung der Mieten wird auch ohne das Gesetz kommen. Will man dies Uebel beseitigen, so muß man dem Grundbesitzer, das auch die Grundbesitzer des Bauhandwergs ist, nämlich dem Grund- und Bodenbesitzer erst einmal ernstlich zu Leibe gehen. Erst mit seiner Befreiung wird es möglich sein, die Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu lösen, die dringend der Lösung im Interesse des gesamten deutschen Volkes harren. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (fr. Bg.): Auch meine Freunde sind bereit, in der Kommission an der Ausgestaltung des Gesetzes mitzuarbeiten. Daß aber der Entwurf das von ihm behandelte Problem nicht löst, geht aus der sehr bedingten Verteidigung der Vorlage durch den Herrn Staatssekretär hervor sowie aus der gestrigen Unterredung zwischen Neubau und Reparaturbau. Eine nicht unbedeutende Folge dieses Entwurfs würde ein Zurückdrängen der kleinen Bauunternehmer zugunsten der Baugesellschaften sein. Gegenüber den angeführten Statistiken über Verluste der Handwerker muß man doch fragen, ob die Handwerker mit diesem Risiko nicht von vornherein rechnen. Eine Folge des Gesetzes wird eine isolierte Verteuerung und Verzögerung der Bauten sein; man kann dem Gesetzentwurf geradezu einen solchen zur Verzögerung und Verhinderung der Bauten nennen. (Widerspruch rechts.) Jedenfalls bedarf es in der Kommission einer gründlichen Umgestaltung. (Bravo! bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Berg (wirtsch. Bg.) erklärt sich mit den Zielen und Grundgedanken des Gesetzes einverstanden, doch reiche seine Wirkung nicht weit genug, da die Umbauten und Reparaturbauten dem Gesetz entzogen sein sollen. Auch eine Reihe anderer Bedenken drängen sich auf; in der Kommission werden alle Bedenken gründlich zu erwägen sein, damit das Gesetz den beabsichtigten Schutz der Bauhandwerker auch wirklich erreicht.

Abg. Werner (Antif.): Nicht Herr Baffermann, sondern ich habe diese Frage zuerst im Reichstage angeregt. (Lautes Lachen auf allen Seiten des Hauses.) Man muß der Regierung dankbar sein, daß sie den guten Willen wenigstens zeigt, für die Bauhandwerker etwas zu tun.

Abg. Seyda (Pole): Dem Grundgedanken des Gesetzes, die ehrliche Arbeit vor Ausbeutung durch Spekulanten und Kapitalisten zu schützen, stehen wir sympathisch gegenüber, doch zweifeln wir sehr, daß der Gesetzentwurf diesen Zweck erreicht. Für uns hat das Gesetz auch einen politischen Beleg, denn es erteilt den Behörden neue Machtbefugnisse, die in unserer Heimat stets benutzt werden, um uns Polen das Fortkommen im Wirtschaftsleben zu erschweren. Jedoch behalten wir uns unsere endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf für die spätere Beratung vor.

Abg. Wieland (händ. Bg.) stellt Maßnahmen gegen den Bauhandwerg sympathisch gegenüber und ist mit der Beratung des Entwurfs in einer Kommission einverstanden.

Damit schließt die Debatte. Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Tagesordnung: 1. Schleuniger Antrag betreffend Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Pfeifer (B.). 2. Erste Lesung des Etats.

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Kommission zur Vorbereitung des Vertrages mit den Niederlanden über Unfallversicherung wurde dem Vertrag gestern zugestimmt. Die Vertreter der Regierung gaben zu, daß zwar die Befreiung der Doppelversicherung zugunsten der Unternehmern die Verhandlungen zu dem Vertrag angeregt hätten, auch seien zugunsten einer Reihe deutscher Arbeiter nach dem Vertrage einige Vorteile, die Vorzügen der niederländischen Gesetzgebung (70 Proz. Rente, Zivilrechtsanspruch, Rentenrente für uneheliche Kinder und Schwägerkinder) in Wegfall. Aber auch Arbeiter hätten einen Vorteil. Denn nach Auffassung der deutschen und holländischen Regierung würden nunmehr auch in Deutschland tätige Belader und Entlader holländischer Schiffe, die von dem holländischen Unternehmer angenommen werden, versicherungspflichtig. Die Ausführungsbestimmungen in diesem Sinne geregelt werden. Auf Antrag der Abgeordneten Dove, Erzberger und Stadthagen soll diese Erklärung zu Protokoll erklärt werden. Die bürgerlichen Abgeordneten gaben ihre Bedenken gegen den Vertrag hierauf auf. Zum Berichterstatter wurde Abg. Erzberger gewählt. Stadthagen erklärte, wenn die beabsichtigten Folgen in der Tat eintreten und keine bisher versicherte Arbeiterkategorie der Versicherungspflicht entzogen würde, wäre ein wesentlicher Teil seiner Bedenken beseitigt. Aber daß diese Folge in Wahrheit eintreten würde, möchte er nach wie vor bezweifeln, da ohne ein besonderes Gesetz die Katastrophemöglichkeit der bislang unversicherten Teile niederländischer Betriebe infolge der berufsgenossenschaftlichen Organisation kaum möglich sei.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Bei der Gemeindevorstandswahl in Pant, die am Montag stattfand, kam es zu einem großen Ringen zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Anhängern des Reichslagerverbandes. Nach dem Ergebnis kamen von den von den Bürgervereinen aufgestellten Kandidaten, meist Sozialdemokraten, 6 Vertreter mit 1780 bis 1789 Stimmen durch, aber auch die Reichslagerbündler kamen mit der gleichen Stimmenzahl zu 4 Sitzen. Von den Erklärmännern erhielten die Bürgervereine 5, die Gegner durch das Los 1 Sitz. Die große Stimmenzahl der Gegner erklärt sich durch die über 1000 Stimmen des Grundbesitzes, von denen allein die laif. Wirt etwa 300 abgab, die fast ausschließlich den Gegnern zufielen. So bedauerlich dieser Ausgang der Wahl ist, wird er doch den parteigenossen Veranlassung sein, jeden einzelnen bei späteren Wahlen zur Urne zu bringen. Weing bei der vorigen Wahl die Beteiligung 84 Proz. so stieg sie diesmal auf etwa 90 Proz.

In Leipzig trug die Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen mit 1838—1865 gegen 1165 Stimmen den Sieg davon. Es zogen vier Genossen zu einem ersten mal ins Stadtparlament ein. Die Gegner hatten sich zu einem Block zusammengeschlossen und feierlich geschleppt, aber vergebens.

In den Vereinigten Staaten ist die Sozialdemokratie schon mit Vorbereitungen zu den Arbeiten für die Präsidenten-

wahl beschäftigt, die im nächsten Jahre stattfinden. Der Nationalsekretär berechnet die Kosten für den Parteitag (Konvention), der die Kampagne einleiten wird, auf 7850 Dollar. Es werden voraussichtlich 175 Delegierte daran teilnehmen. Der Sekretär verlangt die Erhebung eines Ertragsbeitrages zur Bestreitung der Kosten. Die letzten Wahlen haben, wie schon berichtet, eine Zunahme der sozialistischen Stimmen gebracht. In Philadelphia wurden 4354 Stimmen für unsere Partei gezählt, mehr als je zuvor. In Groh-New York wurden zusammen 17811 Stimmen gegen 13477 im Jahre 1906 abgegeben. Die sozialistische Arbeiterpartei (De Leon-Richtung) hat 2700 Stimmen gegen 2530 im Jahre 1906 erhalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Staatsaktion in Altenburg.

Weil er die Altenburger Lehrerschaft beleidigt haben sollte, mußte sich der Genosse Direktor von der „Altenburger Volkszeitung“ am 22. d. M. vor der Strafkammer in Altenburg verantworten. In der „Altenburger Volkszeitung“ erschienen aus sachkundiger Feder Ende September, kurz vor dem Zusammentritt der Generalversammlung des Altenburger Landeslehrervereins in Schmödn, vier Artikel unter der Ueberschrift „Der Herr Lehrer“, in denen die Haltung der Altenburger Lehrerschaft zu den modernen Ideen auf politischem, wirtschaftlichem und religiösem Gebiete einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Die Lehrer fürten Weh und Ach und auf dem Altenburger Lehrertag in Schmödn am 1. und 2. Oktober nahm der altenburgische Staatsminister von Vorries Veranlassung, den versammelten Lehrern eine feierliche Ehrenerklärung zu geben und die stärksten Register wider die „Altenburger Volkszeitung“ zu ziehen. Er sprach von „plamäßig erfolgten Verleumdungen“, von „gehässigen Angriffen“ und betonte, daß er gerne der Einleitung zum Besuche des Lehrertages entsprochen habe, um „in der breitesten Öffentlichkeit zu erklären, daß die herzogliche Staatsregierung die in der „Altenburger Volkszeitung“ erschienenen gehässigen Artikel gegen den Lehrerstand in größter Weise mißbilligt. Der deutsche und, als Mitglied derselben, der altenburgische Lehrerstand sei hoch erhaben über derartige Angriffe“ usw., was den Herrn Minister aber nicht hinderte, nach seiner Rückkehr vom Lehrertage Strafantrag wider den Verantwortlichen der „Altenburger Volkszeitung“ zu stellen. Für gewöhnlich pflegt man keinen Strafantrag zu stellen, wenn man sich „hoch erhaben über derartige Angriffe“ fühlt.

In der am Freitag voriger Woche durchgeführten Verhandlung lehnte Genosse Direktor zunächst drei Weisiger ab wegen Verjährung der Verurteilung.

Die Herren sind Mitglieder des Reichsverbandes der Bekämpfung der Sozialdemokratie und Gen. Direktor erklärte, daß er es nach der Kampfesweise, die dieser Verband gegen die Sozialdemokratie betriebe, für ausgeschlossen halten müsse, daß ein Reichsverbandmitglied einem Sozialdemokraten objektiv und unbefangenen gegenüber stehen könne. Schließlich zog Direktor seinen Einspruch gegen zwei der abgelehnten Richter zurück, nachdem der Vorsitzende der Strafkammer die Erklärung abgab, daß die Tätigkeit der beiden Herren im Reichsverband sich nach ihrer eigenen Angabe lediglich auf die Zahlung des Mitgliedsbeitrages erstreckte. Den dritten Einspruch, der sich gegen den Landrichter Strauß richtete, hielt Genosse Direktor aufrecht mit dem Ergebnis, daß er abgelehnt wurde. Der auf Grund seiner Vertätigung im Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie abgelehnte Richter erklärte sich für unbefangenen. Im Laufe der Verhandlung gab es denn noch einige weitere Ueberraschungen. Der Staatsanwalt ließ zunächst die Anklage aus § 186 fallen und zog sich auf den § 185, auf den formalen Verleumdungsparagrafen, zurück. Die vom Angeklagten gestellten sehr umfangreichen Beweisanträge wurden daraufhin abgelehnt. Der Angeklagte hatte sich unter anderem erboten, den Nachweis zu führen, daß die „Altenburger Volkszeitung“ das einzige Blatt im Herzogtum sei, das sich ernsthaft um die Hebung der Schule und der Ausbildung der Lehrer bemühe. Er hatte sich weiter erboten den Nachweis zu erbringen, daß ein Teil der kritischen Bemerkungen der unter Anklage stehenden Artikel — der staatsverhüllenden Konterdovagrarisch-antisemitischen „Altenburger Landeszeitung“ entnommen, und daß dieses Blatt darum nicht angeklagt worden sei. Durch Ablehnung sämtlicher Beweisanträge ist es leider zu diesen Feststellungen vor Gericht nicht gekommen.

Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde anerkannt, daß einige Mißstände vorhanden seien und daß der Angeklagte, getrieben von seiner Ueberzeugung, sie an die Öffentlichkeit gebracht habe, um ihre Abstellung zu erzielen. Er habe aber verallgemeinert, und daher sei er zu bestrafen. Anerkannt wurde weiter, daß der Angeklagte ohne weiteres für den unbefangenen Verfasser eingetreten und die volle Verantwortung übernommen habe ohne durch Ausreden oder unwahrscheinliche Angaben seine Verantwortung mindern zu wollen. Dieses Verhalten zeige von Mangelmut, könne ihn aber nicht straffen machen. In Anbetracht seiner Vorstrafen sei eine Gefängnisstrafe am Platze und sei ein Monat als entsprechende Sühne angesehen worden.

Im Gegensatz zu dem Staatsminister von Vorries hat die Urteilsbegründung mit keinem Wort erwähnt, daß „plamäßige Verleumdungen“ und „gehässige Angriffe“ gegen die Altenburger Lehrerschaft erfolgt sind. Ob der Herr Staatsminister jetzt wohl die Gelegenheit wahrnehmen wird, zu erklären, daß er sich in der Beurteilung der Artikel geirrt hat?

Die „hochverräterische“ Broschüre. Dem Genossen Leopold in Leipzig ist jetzt von der Oberreichsanwaltschaft auch das zweite Exemplar der diesem beschlagnahmten Broschüre Dr. Karl Liebknechts „Militarismus und Antimilitarismus“ zurückgegeben worden, aber nicht als Buch, auch nicht geschwärzt, sondern zerschneiden in wohlgegrahnte 64 Streifen von 1 bis 1 1/2 Zentimeter Breite. Es müßte Vergnügen machen, die Streifen wieder zusammenzusetzen und zu sehen, daß „unbrauchbar“ gemachte Exemplar wäre dann eine Karikatur.

Strafaktionen der Presse. Vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. stand am Dienstag der Genosse S. Jander von der „Volksstimme“ wegen Verleumdung der „Frankfurter Zeitung“. Die „Volksstimme“ hatte die Haltung der „Frankfurter Zeitung“ in der Angelegenheit der bairischen Vodenkredit-Anstalt in Würzburg angegriffen; die „Frankfurter Zeitung“ habe die Mißstände bei diesem Institute gekannt, aber sie nicht aufgedeckt, habe aber Vorgänge in der Generalversammlung der Bank falsch berichtet. Ihre Gewährsmänner seien die Direktoren der Bank. Genosse Jander verwahrte sich zu Eingang der Verhandlung dagegen, daß der „Frankfurter Zeitung“ in den Artikeln der Vorwurf der Verleumdung und der Korruption gemacht worden, es sei ihr nur falsche Berichterstattung über ihr richtig bekannte Vorgänge vorgeworfen. Der Vorsitzende gab indes seiner Meinung Ausdruck, daß der „Frankf. Ztg.“ der Vorwurf der Verleumdung, Fälschung und Korruption gemacht worden sei. Die Verhandlung dauerte von 9 Uhr morgens bis nachts 1 Uhr und endete mit der Verurteilung des Genossen Jander zu 500 Mark Geldstrafe. Das Gericht war der Ansicht des Vorsitzenden über den Inhalt der Artikel begetretet und hielt den Wahrheitsbeweis dafür nicht erbracht.

Aus Industrie und Handel.

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Die Wirkungen der amerikanischen Finanzkrise machen sich auch in der deutschen Textilindustrie fühlbar. Die Situation wird als „höherer“ bezeichnet. In der Tuchindustrie hat die Beschäftigung sehr nachgelassen. In Aachen stehen schon seit Monaten Hunderte von Webstühlen still. Seit einigen Wochen ist daselbst auch in den Tuchfabriken der Lanit, in Forst, Spremberg usw. der Fall. Die Arbeitszeit ist in diesen Betrieben auf 8 Stunden pro Tag reduziert. Bis zu 3 Tagen in der Woche müssen die Weber feiern. In Forst wird die Zahl der stillstehenden Webstühle auf mindestens 600 geschätzt. In anderen Städten, wie

Kolbitz, ist von einem solchen Geschäftsgang zunächst noch wenig zu merken. Das Angebot von Arbeitskräften ist jedoch in Folge des Auszugs aus den von der Krise betroffenen Städten groß. So sind aus Spremberg in den letzten Wochen circa 200 Textilarbeiter abgezogen. Sie ziehen selbstverständlich in die Städte, wo noch Aussicht ist, Arbeit zu bekommen und verschärfen dort die Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Auch die Wirtlerbranche scheint schweren Zeiten entgegen zu gehen. Amerika ist für die Wirtler ein außerordentlich wichtiges Absatzgebiet. Jede Stadtung in den Vereinigten Staaten wirkt auf Deutschland zurück. Seit dem Finanzsturz hat sich die Lage für die Wirtler außerordentlich verschlechtert. Wohl ist die Branche noch voll beschäftigt. Die Landwirtschafsbetriebe hat sogar sehr flott zu tun. Man geht noch von den Aufträgen, welche vor langer Zeit eingegangen sind. Trotzdem dürfte es nicht lange dauern und die „stille Zeit“ sehr eintreten. In der sächsischen Strumpfbremde gehen neue Aufträge überhaupt nicht mehr ein. Jede, auch die kleinste Ueberfüllung des Liefertermins führt zur Annullierung der Aufträge. Geringe Differenzen zwischen den gelieferten Ware und den Rückzahlungen zwingen die Waren nach sich. Mit der Rücksicht der Besteller kann nicht mehr gerechnet werden. Auch die Fachpreise der Unterneher rechnet im Frühjahr auf „stille Zeit“. Die „Deutsche Wirtlerzeitung“ schreibt: „Die Zeit ist also nicht mehr fern, zu welcher alle Uebelstände, Sünden und Uebergriffe, die die Hochkonjunktur mit sich bringen mußte, von selbst verschwinden werden und zu welcher nicht mehr die Arbeit Hände sucht, sondern die Hände Arbeit gebrauchen.“ Die Unterneher glauben denn auch bereits ihre gefürchtete Macht den Arbeitern ungehört fühlen lassen zu können. Im sächsischen Erzgebirge sind Lohnreduktionen bis zu 20 Proz. angekündigt. Nehmt hat die amerikanische Finanzkrise auf die vorgängige Siederei gewirkt. Die amerikanischen Aufträge sind zum großen Teil ausgeblieben. Die amerikanischen Käufer, welche sonst mindestens 3 Wochen in Plauen zum Zwecke des Einkaufs verweilen, sind, als ihnen der Frach in ihrer Heimat ins Ohr drang, schleunigst abgereist. Die Unsicherheit der amerikanischen Verhältnisse verbietet ihnen, Einkäufe zu machen. So zeigt sich im Vogtlande, trotz der zahlreichen Aufträge vom Inlandsmarkt, schleppender Geschäftsgang. Auch in denjenigen Zweigen der Textilindustrie, welche fast ausschließlich für den Inlandsmarkt arbeiten, wie in der schlesischen Leinwandindustrie, fängt es an zu trüben. Die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten hat die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt. Das kann nicht ohne Rückwirkung auf die Industrie bleiben. Die Baumwollspinnereien, welche in den letzten Jahren ihre Spindelzahl um Millionen vermehrt haben, sind noch voll beschäftigt. Ihre Aufträge reichen bis ins 4. Quartal 1908. Aber auch für sie gehen schon seit Wochen Aufträge nicht mehr ein. Die gesicherten Aufträge können auch hier durch weitere Erschütterungen des Marktes über den Haufen geworfen werden. Alles in allem zeigen sich in der Textilindustrie deutlich die Vorboten der Krise. Die Arbeiter tun gut, sich rechtzeitig zu rufen durch Stärkung der Organisation. Die Ankündigung der Lohnreduktion in der sächsischen Wirtlerzeitung, was die Arbeiter zu erwarten haben, wenn erst die Krise scharf eingeseht hat. Der Textilarbeiterverband wird seine ganze Kraft anwenden, um eine Senkung der Löhne zu verhindern.

Gegen Nahrungsmittelzölle und Kohlensteuerung.

In einer am 26. November stattgefundenen Ausschusssitzung des Handelsvertrags-Vereins gelangte nach einem Referat des Abg. Gothein folgende Erklärung einstimmig zur Annahme:

„Der Handelsvertrags-Verein erklärt in der außerordentlichen Höhe der Getreidepreise, wie sie sich im laufenden Jahre gestaltet hat und aller Voraussicht nach für längere Zeit anhalten wird, eine schwere Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens. Durch die hohen Nahrungsmittelzölle werden die Produktionskosten der deutschen Industrie gegenüber denen der ausländischen sehr erheblich verteuert. Das muß umso nachteiliger wirken, als wir augenblicklich im Beginn einer wirtschaftlichen Depression stehen, bei der der innere wie der äußere Markt weniger aufnahmefähig sein wird. Die Höhe der Getreidepreise stärkt aber den Verbrauch der heimischen Bevölkerung für alle anderen Bedarfsartikel ein und verschärft damit die Notlage, während infolge der dadurch bedingten Verteuerung der Produktionskosten die Wettbewerbsfähigkeit auf dem ausländischen Markt empfindlich geschwächt wird. Eine Abhilfe ist nur durch eine wesentliche Herabminderung bezw. die Aufhebung der Getreidezölle möglich.“

Sodann wurde über die Frage der Kohlensteuerung verhandelt. Nach längerer Erörterung gelangte folgender Beschluß einstimmig zur Annahme:

„Die außerordentliche Höhe der Kohlenpreise, verbunden mit einem stellenweisen Mangel an Kohlen, schädigt die heimische Volkswirtschaft so schwer, daß schleunige Abhilfe geboten ist; zu diesem Zweck erweist sich als erforderlich: 1. Erleichterung der Einfuhr durch Herabsetzung der Einfuhrzölle, allermindestens Einführung des Kohstofftarifs als allgemeinem, statt als Ausnahmetarif; 2. Herabsetzung der Kohlenpreise von seiten der fiskalischen Eruben; 3. Befreiung des Wagenmangels und Einführung von Wagen höherer Ladegewichte für den Großverkehr.“

Weltgetreideernte und Getreidepreise.

Zwischen Januar und September pflegt in normalen Jahren der Getreidepreis zurückzugehen. Das laufende Jahr hat dagegen eine ungewöhnliche Erhöhung gebracht. Es betrug die Preisspannung nach Berliner Notierung pro Tonne in Mark:

	Weizen	Roggen
	im September gegen Januar	
1905	— 8,95	+ 11,72
1906	— 7,62	— 11,60
1907	+ 45,35	+ 42,06

„Diese ungewöhnliche Preissteigerung wäre zu verstehen“, bemerkt dazu die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, „wenn die Getreideernte ganz besonders ungünstig ausgefallen wäre. Vielfach wird dies auch in den interessierten Kreisen angenommen. Aber diese Auffassung ist aller Wahrscheinlichkeit nach unrichtig. Denn selbst die Schätzung des ungarischen Ackerbauministers, die soeben in aller Ausführlichkeit veröffentlicht wurde, kommt zu dem Schluß, daß der Bedarf unter Berücksichtigung der Vorräte gedeckt werden kann. Wenn schon dieser Bericht, der im Interesse des exportierenden Ungarns die Ernte im Verhältnis zum Bedarf ganz naturgemäß und regelmäßig zu niedrig schätzt, die Weltversorgung für das Jahr 1907/08 als ausreichend angibt, so sind die Befürchtungen wegen ungenügender Deckung des Getreidebedarfs nicht nur fast übertrieben, sondern teilweise sogar hinfällig. Nach dem ungarischen Bericht stellen sich Bedarf und Versorgung in der Weise, daß bei Weizen der Erntertrag zugleich der Vorräte den Bedarf hinreichend deckt, während bei Roggen die Deckung knapp ist, doch keineswegs so knapp wie im Jahre 1905, wo das Defizit auf 10—15 Millionen Doppelzentner geschätzt wurde gegen 4—5 im laufenden Jahre. . . . Wären auch besondere Umstände wie Verpätung der Ernte, ungünstige Transportverhältnisse, Exportverzögerungen in England und Amerika eine Situation im laufenden Jahre geschaffen haben, die das Emporschnellen der Preise für nahe Liegen einermöglichen begreiflich erscheinen läßt, so ist es doch keineswegs gerechtfertigt, eine Grundtendenz für die Gestaltung der Getreidepreise festzulegen, die von der Voraussetzung ausgeht, daß 1907/1908 die Getreideversorgung hinter dem Bedarf zurückbleibe. Das ist zweifellos nicht der Fall, wie sich immer mehr herausstellen wird, je zahlreicher die offiziellen Ernteschätzungen der einzelnen Länder bekannt werden. Noch immer haben die definitiven Resultate die vorläufigen Annahmen und Schätzungen nicht unwesentlich angebeßert. Und diese Korrekturen sind um so wichtiger, als die definitiven Resultate meist auch noch hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben pflegen. Im Jahre 1891 lagen die Verhältnisse wesentlich ungünstiger. Die Roggenenernte, die 1890 380 Millionen Doppelzentner betragen hatte, sank auf 272 Millionen im Jahre 1891: es trat also

ein Ausfall von 60 Millionen Doppelzentner ein, der in den hauptsächlichsten Konsumierenden Ländern eine nachhaltige Wirkung auf die Preise ausüben dürfte.

Krisenfolgen. Latonisch wird gemeldet:

Rem York, 27. November. In Zusammenhang mit der amerikanischen Finanzkrise haben insgesamt 18 Personen Selbstmord begangen oder sind infolge der Konsequenzen gestorben.

Eine weitere Folge der Krise ist eine überaus große Abwanderung. Die Frank. Zig. berichtet: Obwohl die Zwischenbedarfspreise um 10 Dollar erhöht wurden, ist die Rückwanderung nach Europa diesen Herbst um 100 000 Personen härter als im Vorjahre. Eine weitere Kostensteigerung wird erwartet.

Der Grad der industriellen Entwicklung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn. In einer Industriellenversammlung zu Wien wurden kürzlich Vergleiche zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn angestellt, die trotz ihrer Unvollständigkeit von Interesse sind.

Table comparing Germany and Austria-Hungary across various industrial metrics like shipbuilding, railways, and telegrams.

Dabei hat Oesterreich-Ungarn bei fast gleichem Flächeninhalt nicht viel mehr als die Hälfte der Einwohner, die das Deutsche Reich aufweist. Wäre es im selben Grade entwickelt wie dieses, so müsste sein Ansehenshandel 10 Milliarden, die Zahl der Register-tonnen seiner Handelsflotte eine Million, seine Postanstalten 12 000 betragen usw.

Aus der Frauenbewegung.

Lebensmittelpreise und Hausfrauenjahren.

Die letzten Jahre der Hochkonjunktur sind zu Ende. Aus den Hochburgen der Industrie, von der Börse und den Zentren des Handels steigen die Notsignale empor.

In greifbarer Nähe rücken die unvermeidbaren Folgen der bevorstehenden Wirtschaftskrise: Verminderung oder Ausbleiben der Arbeitsgelegenheit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Herabsetzung der Löhne und in ihrem Gefolge Hunger und Not.

Wenn unerträglich fest stehen die Preise der Lebensmittel. Die Teuerung, die man von manchen Seiten als eine vorübergehende Erscheinung ansprechen wollte, ist in Permanenz erklärt worden.

Die Teuerung, die man von manchen Seiten als eine vorübergehende Erscheinung ansprechen wollte, ist in Permanenz erklärt worden. In auf das Gesetz der Gewöhnung bauend, das beim guten deutschen Michel doppelt anwendbar scheint, schickt man sich an, neue Lasten auf die druckgequälten Schultern zu türmen.

So schaut's aus. Und der Arbeiter, der Handwerker, der kleine und mittlere Kaufmann, der Beamte, der eine magerere Teuerungszulage erhalten hat und oft nicht einmal die: was sollen die alle anfangen?

In dem Buche „Ein mittelbürgerliches Budget“ von Henriette Fürth ist der Nachweis erbracht, daß selbst die Einkommen bis zu 10 000 M. empfindlich unter den Teuerungszuständen zu leiden haben, und daß beim Arbeiter die Lohnsteigerung durch die Preiserhöhung aller lebensnotwendigen Unterhaltsmittel weitläufig überfordert wird.

Die Verteilbarkeit und die unabweislichen Folgeerscheinungen dieses Mißverhältnisses von Lohn und Lebenshaltungskosten erleben nur allzu deutlich an verschiedenen Symptomen des Handelsverfalls. Das Jahr 1906 zeigt bereits eine nicht unbeträchtliche Verminderung des Verbrauches verschiedener wichtiger Artikel des Massenkonsums.

Es standen in Tonnen zur Verfügung

Table showing the availability of coffee, rice, flour, and other goods in 1904 and 1905.

Bei Kaffee ist kein absoluter Rückgang zu verzeichnen, aber ein relativer, da die Bevölkerung 1905 größer war als 1904. Bei Reis, Weizen und Gerste ist ein absoluter Rückgang eingetreten.

Die übereinstimmende rückgängige Tendenz zeigt, daß es sich hier nicht um zufällige Verschleudungen im Verbrauch handelt, sondern um einen ziemlich starken tatsächlichen Konsumrückgang, dessen Ursache in der allgemeinen Steigerung der Haushaltskosten, vor allem aber in der Preissteigerung zu suchen ist.

Diese Preissteigerung, für die wir uns in erster Linie bei unserer famosen Dollarpolitik bedanken können, derzufolge wir beispielsweise für 1 Pfund Rindfleisch Ende September 1906 mehr als doppelt so viel zu zahlen hatten, als in Standeszeiten, Rußland und Amerika dafür verlangt wurden mußte und immer noch 25 bis 30 Proz. mehr als in allen übrigen Kulturländern. Die Antwort ist auch hier ein Rückgang des Konsums, der vom 1. Juli 1904 bis 1. Juli 1906 um etwas über 2 1/2 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung beträgt.

daß der Rückgang eingetreten ist bei steigender wirtschaftlicher Konjunktur.

Diese amtliche Feststellung und Meinungsäußerung beweist auch von dieser Seite her, daß das Mißverhältnis von Löhnen und Lebenshaltungskosten Einschränkungen erzwingen hat und dies bei glänzender Allgemeinheit des Wirtschaftsmarktes. Was aber soll nun werden?

Gegen die Gefindeordnung.

Eine gutbesuchte Diensthöfenversammlung fand am Sonntag in Drösel's Festsaal statt. Frau Agnes Fahrwald sprach über das Thema: „Unser Kampf gegen die Gefindeordnung“.

Die Mednerin schildert die Lage der Mädchen als Hausflaven, die eine unbegrenzte Arbeitszeit haben und sich oft schlechte Behandlung gefallen lassen müssen. Wie gering der Lohn ist, kann jeder erst richtig erkennen, wenn er den Stundenlohn ausrechnet.

Der Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gehilfen. Berlin, heute abend 10 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal Dürckheim 46 (Restaurant Wegner).

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.) Weizen 1a 70-72 pro 100 Qd.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. November 1907. Gemäßigtes, zeitweilig heiter, aber vornehmlich mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

straße 7 - werden an unbemittelte Mütter, die ihr noch nicht ein Jahr alt sind selbst füttern, nachstehend Unterstufungen auch in der geben, damit die Mütter sich selbst kräftigen können, um füttern zu können.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table of water levels at various stations like Remel, Teltow, and others.

*) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterpegel, - *) Grundbeis. - *) Grundbeisung, - *) Treibbeis.

Witterungsübersicht vom 27. November 1907.

Table showing weather conditions and precipitation for various locations.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. November 1907. Gemäßigtes, zeitweilig heiter, aber vornehmlich mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Advertisement for Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises, featuring Julius Darge.

Advertisement for Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute, featuring Wilhelm Bluck.

Advertisement for Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands, featuring Julius Darge.

Advertisement for Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter, featuring Gustav Sommer.

Advertisement for Wilhelm Mosel, featuring Paul Kirchner.

Advertisement for Dankfagung, featuring Johann Mende.

Advertisement for Paul Kirchner, featuring Witwe Luise Kirchner.

Advertisement for Dankfagung, featuring Gaertig and Frau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends statt.

A. WERTHEIM

Besonders vorteilhafter Verkauf in der

LEBENSMITTEL-ABTEILUNG

GEMÜSE-KONSERVEN

Wachsbohnen
1/2 Dose 40 Pf.

Kaiserschoten
1/2 Dose 1.05 Mk.

Junge Schoten II
1/2 Dose 50 Pf.

Schoten u. Karotten
1/2 Dose 55 Pf.

Gemischt. Gemüse II
1/2 Dose 60 Pf.

Stangenspargel ^{extra-stark}
1/2 Dose 1.40 Mk.

Stangenspargel I
1/2 Dose 1.15 Mk.

Bruchspargel I
1/2 Dose 85 Pf.

Bruchspargel II
1/2 Dose 68 Pf.

Spinat 1/2 Dose 38 Pf.

Pfefferlinge 1/2 Dose 40 Pf.

Delikatess-Heringe
Dose 50, 80 Pf.

Bismarck-Heringe
Dose 45 Pf.

FRÜCHTE-KONSERVEN

Saure Kirschen
ohne Steine 1/2 Dose 90 Pf.

mit Steinen 1/2 Dose 62 Pf.

Reineclauden
1/2 Dose 80 Pf.

Erdbeeren ^{naturall}
1/2 Dose 85 Pf.

Apfelmus 1/2 Dose 58 Pf.

Preisselbeeren
1/2 Dose 65 Pf. 5 Pfund 1.65

Stachelbeeren ^{Glas} 24 Pf.

Kirschen ^{ohne Steine Glas} 38 Pf.

Rote Rüben
1/2 Dose 32 Pf.

KOLONIALWAREN

Türkische Pflaumen
Pfund 27, 32 Pf.

Gemischt. Backobst
Pfund 32, 48 Pf.

Amerikan. Ringäpfel
Pfund 60 Pf.

Italienische Birnen
Pfund 60 Pf.

Zapfenbirnen
Pfund 28 Pf.

Kaliforn. Pflaumen
Pfund 42, 48, 55 Pf.

Viktoria Erbsen
Pfund 17 Pf.

Glasierte Erbsen
Pfund 19 Pf.

Grosse Linsen
Pfund 38 Pf.

Mittel Linsen
Pfund 30 Pf.

Kleine Bohnen
Pfund 15 Pf.

Lange Bohnen
Pfund 19 Pf.

Deutscher Kakao ^{gute Qual.,} Pfund 1.25 Mk.

WEIN ^{Preise inkl. Flasche}

1905^{er} Oberbilliger 1/2 Fl. 75 Pf.

1904^{er} Wormeldinger 1/2 Fl. 85 Pf.

1905^{er} Crettnacher 1/2 Fl. 1.05

1904^{er} Bretzenheimer 1/2 Fl. 85 Pf.

1904^{er} Oppenheim. Schloss 1/2 Fl. 1 Mk.

1904^{er} Rüdesheimer 1/2 Fl. 1.10

1902^{er} Montferrand 1/2 Fl. 80 Pf.

1902^{er} Crû Ferrière

Margaux (Médoc) 1/2 Fl. 90 Pf.

1902^{er} Chât. Talbaut d'Aux

St. Julien (Médoc) 1/2 Fl. 1 Mk.

FLEISCHWAREN

Zervelat- u. Salamiwurst
in Rinddarm Pfund 1.20

Plockwurst in Rinddarm, Pfund 1.10

Rotwurst Pfund 45, 75 Pf.

Zwiebelwurst Pfund 45 Pf.

Landleberwurst Pfund 90 Pf.

Feine Leberwurst Pfd 95 Pf.

Jagdwurst Pfund 90 Pf.

Gänsebrust (Spickgans) Pfd. 1.45

Schinkenspeck Pfund 95 Pf.

Delikatess-Schinken
2 bis 3 Pfund schwer, Pfund 1.10

Kasseler Pfund

Rippespeer 70 Pf.

Junge Gänse

Pfund 58 und 65 Pf.

Feigen Körbchen 35 Pf.

Tafeläpfel 5 Pfd. 55 Pf.

PFEFFERKUCHEN

von F. G. Metzger, Nürnberg
von Hermann Thomas, Thorn u. a.

Liegnitzer Bomben. • Aachener Printen. • Weihnachtsbaum-Behang.

Zum Prozeß der sozialdemokratischen Duma-Fraktion.

Den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma ist endlich die Anklageakte eingehändigt worden, und zwar in Form eines 17 Seiten starken Heftes in Folio; aber so groß der Umfang des Heftes ist, so dürftig ist der Inhalt.

Auf 22 Seiten versucher die Regierungsjuristen vor allem einen Zusammenhang zwischen der Dumafraktion und der Petersburger sozialdemokratischen Militärorganisation herzustellen. Um diesen Zusammenhang zu beweisen, wird in der Anklageakte geltend gemacht, daß der Deputierte Geras eine Sitzung der Militärorganisation besucht und andererseits die Fraktion den sogenannten „Kafas“ (d. i. eine Denkschrift, die von verschiedenen Gruppen der Bevölkerung ausgeht und ihre Wünsche nebst Vorschlägen der einzunehmenden Taktik enthält) von Soldaten der Petersburger Garnison angenommen hätte. In Wahrheit ist der erwähnte Besuch des Genossen Geras von der Polizei aus der Luft gegriffen, und die Geschichte mit dem Soldaten „Kafas“ überführt nicht die Fraktion, — denn wer sollte den Deputierten das Recht freitun machen, die Wünsche der Bevölkerung anzuhören? — wohl aber die Geheimpolizei, die, als es galt, eine Verführung zu inszenieren, Zuflucht zu ihrem gewohnten Mittel: zur Provokation nahm. Und in der Tat: in der Wohnung des Genossen Osol wurde am 18. Mai nachts eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei der erwähnte „Kafas“ nicht vorgefunden wurde, aber schon am folgenden Tage, den 19. Mai, wie der Untersuchungsrichter ungeschickt selbst berichtet, stellte die Geheimpolizei dem Staatsanwalt des Petersburger Appellationsgerichts offiziell eine Kopie dieses „Kafas“ zu, die am 18. Mai von einer Deputation von Soldaten der Petersburger Garnison den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion in der Wohnung Osols eingehändigt worden war. — Auf welchen übernatürlichen Wegen kam denn diese Kopie in die Hände der Geheimpolizei? Es gibt nur einen natürlichen Weg: die unmittelbare Beteiligung der Losspiegel an der Organisation der Deputation.

Weiter stellt die Anklageakte als Grund der bei der Hausdurchsuchung in Geras' Wohnung beschlagnahmten „Dokumente“ fest, daß die Fraktion in der Duma, als offizielles Organ der sozialdemokratischen Partei, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Parteikonferenz und unter beständiger Leitung und Kontrolle des Zentralkomitees handelte, und sie läßt — wiederum auf Grund beschlagnahmter Dokumente — die Aufgaben und Ziele der sozialdemokratischen Partei auf. Es wäre nun, um solche Entscheidungen zu machen, absolut nicht mehr nötig gewesen, die Spione und Staatsanwälte mit der Vornahme von Hausdurchsuchungen und der Konfiskation von „Dokumenten“ zu belästigen; denn den Zusammenhang der sozialdemokratischen Fraktion mit der Partei erklärte die Fraktion selbst in allen legalen Zeitungen schon in den ersten Tagen der zweiten Duma, und das „Staatsverräterische“ Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auszulassen, dies „g e h e i m e Dokumente“, war schon, abgesehen von anderen Ausgaben, anderthalb Jahre vor dem Zusammenritt der zweiten Duma in der Druckerei des Regierungsorgans „Rossija“ gedruckt worden (in dem Buche „Plattform aller russischen Parteien“, welches heute noch überall als legal verkauft wird).

Nicht besser ist es mit den anderen „Beweisen“ bestellt. Eine Reihe der ungeheueren Seiten der Anklageakte ist der Darstellung der „Kafas“, die die Fraktion erhalten hat, gewidmet. Ausführlich wird der Inhalt von Zirkularen wiedergegeben, mit denen die Fraktion sich an die Parteiorganisation wandte und in denen nichts anderes steht als das, was die Fraktion beständig sowohl von der Tribüne der Duma herab wie auch in ihren Berichten und all ihren Erklärungen offen heraus sagte: — daß die Duma zur politischen Erziehung und Organisierung des Volkes dienen sollte, daß sie ohne die Unterführung des organisierten Volkes machtlos ist. Und das wird zum Beweis der Existenz einer „Verschwörung“ angeführt!

Auf Grund dieser Daten werden die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma angeklagt, sie hätten im Jahre 1907 in Petersburg unter dem Namen der „sozialdemokratischen Dumafraktion“ einen staatsverräterischen Geheimbund gebildet, der den gewaltsamen Umsturz der durch die Grundgesetze bestimmten Regierungsform, die Entziehung der souveränen Gewalt des Kaisers und die Einrihtung einer demokratischen Republik in Rußland bezweckte, wobei die Angeklagten zur Verwirklichung ihrer Ziele . . . in unmittelbare Verbindungen mit staatsverräterischen lokalen Geheimbänden eintreten . . . an diese Geheimkomitees Rundschreiben schicken . . . die Abfassung der „Kafas“ durch die lokalen Geheimkomitees leiteten . . . die Deputation von Soldaten der Petersburger Garnison empfangen . . . einen Mittelpunkt bildeten, in dem sich die revolutionären Forderungen der Einberufung einer konstituierenden Versammlung und der gewaltsamen Einrichtung einer demokratischen Republik in Rußland vereinigen . . . die Mitglieder des von ihnen gebildeten Geheimbundes (des: Dumafraktion) beauftragten, an gefährlichen Zusammenkünften von Arbeitern teilzunehmen und daselbst aufreizende Reden zu halten usw. usw.

Der Prozeß wird im Senat unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden. Selbst die Anklageakte kann keiner öffentlichen Kritik unterzogen werden, da die russische legale Presse sie nicht abdrucken darf. Mit dieser Furcht vor der Öffentlichkeit befreit die Regierung selbst die juristische Ungültigkeit der gegen die sozialdemokratische Dumafraktion gerichteten Anklage.

Soziales.

Turnunterricht für städtische Polizeibeamte.

Zur Erhaltung und Stärkung der Körperkraft und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Gewandtheit der städtischen Polizeibeamten war in Bremen für diese ein Turnunterricht eingeführt worden. Vorgelesen war wöchentlich zweimal je eine Stunde. Der Polizeikommandant Grewer, der seit 20 Jahren im Dienste der Stadt steht, weigerte sich, daran teilzunehmen, weil er herzleidend sei. Der Kreisarzt, der ihn auf Veranlassung der städtischen Polizeiverwaltung untersuchte, ließ sich in seinem Gutachten dahin aus: C. Klage über Herzklappen und Schwindel. In der Tat sei seine Herzfähigkeit erregt. Er wäre aber nur vom Geistesturnen zu dispensieren. C. wende davon dispensiert. Er verweigerte aber auch die Teilnahme an den Freiübungen, indem er erklärte, seine Herzfähigkeit sei so groß, daß er auch daran nicht teilnehmen könne. Er habe es zu Hause versucht, Freiübungen zu machen, es sei ihm aber schlecht bekommen. Der Aufforderung, sich noch einmal vom Kreisarzt untersuchen zu lassen, leistete er keine Folge. Kommissar beantragte der Oberbürgermeister gegen ihn beim Regierungspräsidenten das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung. Der Regierungspräsident folgte nicht dem Antrage, sondern stellte dem Oberbürgermeister anheim, dem widerspenstigen Beamten eine Ordnungsstrafe in Form von Arrest aufzuerlegen und ihn nach-

mals aufzufordern, sich zum zweiten Male vom Kreisarzt untersuchen zu lassen. Der neuerlichen Aufforderung, zum Kreisarzt zu gehen, kam Kröger nach. Der Arzt blieb aber im wesentlichen bei seinem Gutachten und meinte, dem C. würden trotz seines nervösen Herzleidens Freiübungen sogar nützlich sein, wenn er methodisch daran getrieben würde. — Auf die Frage, ob er jetzt Freiübungen mitmachen würde, lehnte Grewer dies wieder ab.

Der Oberbürgermeister verhängte dann als Disziplinar-Ordnungsstrafe zwei Tage Arrest über ihn. Der Regierungspräsident wies die Beschwerde dagegen zurück. Hierauf klagte C. im Verwaltungsstreitverfahren. Der 43jährige Kröger hatte inzwischen Anzeige von zwei Krankenhaus-Ärztinnen beigebracht, wonach er an Herzneurose leidet und das Rittturnen, auch nur bei Freiübungen, direkt schädlich wirken würde. — In der Klagebegündung wurde auch geltend gemacht, daß die Anordnung des Turnunterrichts für die Polizeibeamten überhaupt nicht zulässig wäre. Diesen, meist in einem fortgeschrittenen Alter befindlichen Beamten müsse man es selbst überlassen, ob sie mitturnen wollten. Der Turnunterricht sei in diesem Jahre auch eingestellt worden, nachdem vier Unglücksfälle vorgekommen seien.

Das preussische Oberverwaltungsgericht änderte dieser Tage die Strafverfügung dahin ab, daß an Stelle der Arreststrafe eine Geldstrafe von 5 Mark zu treten habe. Das Gericht habe aus den ärztlichen Attesten die Ueberzeugung gewonnen, daß C. nicht fähig gewesen sei, irgendwie mitzuturnen. In seiner Nichtteilnahme habe das Gericht eine dienlich zu rühende Beschleunigung nicht gefunden. Es sei aber ein Dienstvergehen, daß er dem ersten Befehle, sich zum zweiten Male vom Kreisarzt untersuchen zu lassen, nicht gefolgt sei. Dafür genüge eine Strafe von 5 Mark.

Länderliche Staatsordnung: Hier wird gegen einen 44jährigen Polizeibeamten mit dem schweren Geschäft des Disziplinarverfahrens vorgegangen, weil er sich für zu herzleidend zum Turnen hält, und anderwärts hindert der königlich preussische Staat den Turnunterricht, alldieweil der Turnlehrer das Herz auf dem rechten Fleck hat.

Ein Submissionsding unästhetisch?

Der Maurermeister Bode in der Stadt Buntorf hatte mit den übrigen Maurermeistern der Stadt anlässlich der Submissionsweisen Vergabe des Neubaus eines städtischen Sparcassens- und Verwaltungsgeläudes vereinbart, daß keiner weniger als 125 000 Mark fordern solle und daß der Bauausführende 8000 M. an die anderen zu zahlen habe. Bode war Stadtverordneter und wurde am 20. November 1906 aufs neue in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Nun bestimmt § 84 der hannoverschen Städteordnung, daß Personen, die sich durch unästhetische Handlung der öffentlichen Achtung verlustig gemacht haben, das Stimmrecht entzogen werden kann. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte mit Rücksicht hierauf und auf jene Vereinbarung die Wahl Bode für ungültig. Das Oberverwaltungsgericht erklärte jedoch Dienstadt gleich dem Bezirksamtssitz die Wahl aus dem formellen Grunde für gültig, da nach der zitierten Städteordnung die Folge des § 8 nicht von selbst, sondern erst durch gemeinschaftlichen Beschluß von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eintrete. Ein solcher lag nicht vor. B. war daher bei der Wahl und der demnächstigen Beschlußfassung der Stadtverordneten wahlfähig. Ob seine Handlung eine unästhetische im Sinne des § 84 war, entschied deshalb der Senat leider noch nicht.

Zum Kampf gegen die Heerde der Ortskrankenkasse.

Dem Bürgermeister Knopp in Heerde bei Düsseldorf sind die freien Gewerkschaften ein Dorn im Auge und tut er sein möglichstes, um denselben, besonders den Führern der genannten Organisationen, das Leben schwer zu machen. Rausch harten Strauß haben unjense Genossen in dem dortigen Bezirk mit dem Namen schon ausgeföhren, der Arbeiterbewegung hat der Bürgermeister keinen Abbruch tun können, trotz der gewagten Mittel, die er mitunter anwendet. So führte der Bürgermeister seit längerer Zeit einen heftigen Kampf gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse für Heerde-Obertasse. In dieser Kasse ging es früher sehr lebhaft zu, die Unternehmer spielten die erste Geige in der Verwaltung und arbeiteten mit dem Bürgermeister als Aufsichtsbehörde hübsch Hand in Hand. Der Zustand änderte sich, als die bekannte Firma Wend'amour eine große Fabrik in Oberlafel anlegte. Die in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter, welche den freien Gewerkschaften angehörten, bekümmerten sich um die Zustände in der Kasse, die ihnen gar nicht gefielen. Bei der nächsten Vertreterwahl wählten diese Arbeiter ihre Kollegen, und so kam die Verwaltung der Kasse in die Hände der freigeschaffenen Arbeiterkassen. Zum Besten der Versicherten wurden dann eine Menge Neuerungen eingeführt, welche aber dem Bürgermeister von Heerde sehr mißfielen. Da der Herr keinen anderen Weg sah, die bösen Sozial aus der Kasse herauszurufen — dieselben hatten sich das Vertrauen der Mitglieder im höchsten Grade erworben —, verfügte er einfach, daß die Firma Wend'amour eine Betriebskasse zu gründen habe. Trotz aller Proteste seitens der Firma, seitens der Arbeiter und des Vorstandes der Ortskasse setzte der Bürgermeister vorläufig seinen Willen durch. Die Betriebskasse mußte errichtet werden, in dessen ist die Angelegenheit noch nicht endgültig entschieden.

Der Bürgermeister war nun der Meinung, daß die Verwaltung der Kasse wieder sozialistenreich würde und setzte er große Hoffnungen auf die Vertreterwahl. Um nichts verabsäumt zu haben, wurden an der Kirche christliche Flugblätter verteilt, den freien Gewerkschaften alle Lokale abgetrieben, Polizeibeamte besorgten die Stimmzettel. Und der Erfolg? Mit einer großen Majorität regten unsere Genossen. Die Verwaltung der Ortskrankenkasse bleibt also in den Händen der Sozialdemokraten.

Gehilfinnen in Setzungs-Korrespondenzbureau.

Die Frage, ob die in den Setzungs-Korrespondenzbureau mit mechanischen Arbeiten beschäftigten Gehilfinnen dem Gewerbegebiet unterstehen, kam vor der achten Kammer des Berliner Gewerbegerichts zur Entscheidung. Herr Martin ist bei Herrn Zuckermann, dem Herausgeber einer politischen Korrespondenz, als Gehilfin angestellt. Sie glaubt Anspruch auf den Titel „Kontoristin“ zu haben, muß aber zugeben, daß sie in der Hauptsache mit rein mechanischen Arbeiten, wie Anfertigung von Listen und Verzeichnissen, Schreiben von Adressen usw. beschäftigt gewesen ist; zur Aufnahme von Diktaten oder zur Herstellung der Manuskripte — die Korrespondenz erscheint in hektographischer Schrift — ist sie nicht herangezogen worden. Das Kaufmannsgericht, an das sich die Klägerin mit einem Klageanspruch wegen ungeschicklicher Entlassung wendete, hat sich für unzuständig erklärt. Die Sache kam nunmehr an das Gewerbegericht. Die achte Kammer unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Schulz erklärte sich für zuständig. Im Laufe der Verhandlung kam noch zur Sprache, daß sich das Gewerbegericht auch schon in einer gegen die Inhaber der bekannten Setzungs-Korrespondenz S. u. E. schwebenden Lohnklage als zuständig erklärt hat. Die vom Beklagten aufgeworfene Frage, ob unter Umständen die Art der technischen Herstellung einer Korrespondenz — hektographisch oder in Buchdruck — auf die Entscheidung der Zuständigkeitsfrage von Einfluß sein könnte, wurde vom Vorsitzenden verneint. — Der Fall selbst — es handelte sich um die Frage, ob ein Probeengagement oder feste Anstellung vorliege — wurde im Vergleichswege erledigt.

Der letzte Tropfen.

„Wiederholen und Wiederholen ist außerhalb der Schranken verboten“, so heißt es in der Arbeitsordnung des Vaterländischen Verlags, Aktiengesellschaft. Freilich, wie's so oft geht: in Friedenszeiten, das heißt, solange Prinzipal und Angestellte sich

gut miteinander vertragen, wird's so streng nicht genommen. Anders in Kriegszeiten, wenn es schon einen „Stroh“ oder mehrere gegeben hat; da kann ein Tropfen — um mit Wippchen zu reden — als der Punkt wirken, der das Pulverfaß zum Ueberlaufen bringt. Ein Kriegsfaß dieser Art bestand nun schon am 14. Tage zwischen dem Buchdruckeranleger Schmidt und seinem Vorgesetzten, dem Verwalter der „Vaterländischen Verlags- und Anstalt“. Schmidt war gefündigt worden. Da kommt's noch im letzten Augenblick zum offenen Ausbruch der Feindseligkeiten. Schmidt ist, wie seine Arbeitskollegen bestätigen und wie auch der Verwalter zugeben muß, ein guter und fleißiger Arbeiter. Dabei fand niemand etwas Arges, daß Schmidt zuweilen auch außerhalb der Stpausen „in sich geht und denkt, wo man einen guten Tropfen schenkt“. Auch an dem kritischen Tage also will sich Sch. in aller Harmlosigkeit einen kleinen Stärkungsschoppen leisten. Aber das Maß seiner Sünden ist — wenigstens in den Augen des Verwaltermeisters — voll. Sch. wird sozusagen 5 Minuten vor seiner ordnungsmäßigen Entlassung ohne Einhaltung des Restes der Kündigungsfrist entlassen. Nun klagt er vor dem Berliner Gewerbegericht um rückständigen Lohn in Höhe von 740 M. In der Verhandlung wird festgestellt, daß früher in der Arbeitsordnung auf die Uebertretung dieses Verbotes Entlassung angedroht war, daß aber in der letzten Arbeiterausführung diese draconische und ungeschickliche Bestimmung gestrichen worden ist, so daß es auch nach der Arbeitsordnung jetzt bei dem bloßen Verbot sein Bewenden hat. Da dem Kläger ein wiederholtes Uebertreten des Verbotes nicht nachgemessen werden kann, demnach eine „beharrliche Weigerung“ im Sinne der Gewerbeordnung nicht vorlag, so kam das Gericht zu dem Ergebnis, daß ein Grund zur sofortigen Entlassung nicht vorlag; die Firma wurde in Höhe des Klageanspruches kostenpflichtig verurteilt.

Gerichts-Zeitung.

Hinter den Kulissen des Warenhauses für die deutsche Armee und Marine.

In einer bis zum Abend währenden Verhandlung erledigte am Dienstag die Hilfsstrafkammer des Landgerichts I eine Anklage gegen zwei ehemalige Angestellte des Warenhauses für die deutsche Armee und Marine, den Kaufmann Wilhelm Weese und den Kaufmann Hermann Jabel. Der erste Angeklagte war der Unterschlagung, der zweite der Beihilfe beschuldigt. Der Angeklagte Weese war lange Jahre hindurch Bureauchef im Direktionsbureau des Deutschen Offiziersvereins und galt bei den zahlreichen Angestellten als der allmächtige Gebieter, der fast mehr zu sagen hatte, als der damalige Direktor Hauptmann a. D. v. Wedel. Der zweite Angeklagte war der Vertreter des Hauptkassierers im Warenhaus und vertrat den Schalterdienst an der Kasse. Weese hatte über 88 000 M. Schulden. Diese Schuldenlast wurde von der Direktion übernommen und Weese mußte sich einen monatlichen Abzug von 100 M. an seinem Gehalt gefallen lassen. Als Sicherheit nahm die Direktion des Offiziersvereins für ihn eine Lebensversicherungspolice in Höhe von 30 000 M. Der Angeklagte hat nun sein Ansehen und seine Nachvollkommenheit dazu benutzt, um sich in zahlreichen Fällen auf bloße Anweisungen hin, die instruktionswidrig nicht zwei Unterschriften, sondern nur diejenige des Weese trugen, Geldbeträge aus der Kasse zahlen zu lassen. Der Angeklagte Jabel wagte nicht, gegen die Anordnungen seines einflussreichen Vorgesetzten irgendwelchen Einspruch zu erheben, er behauptet, daß die Nichtbeachtung der Instruktion im Geschäftsbetriebe eigentlich gang und gäbe war. So ergab sich nach einer Aufstellung vom 15. Juli d. J. eine Fehlsomme von 45 453 M. Weese hat darüber einen Schuldschein ausgestellt und darin anerkannt, daß er das Warenhaus für die Armee und Marine um diese Summe geschädigt und diese Gelder sich zugeeignet habe durch Unterschlagung, Mißbrauch seiner Dienstgewalt und Betrug. Daß diese Unregelmäßigkeiten in so ausgedehntem Maße und so viele Jahre hindurch Platz greifen und unentdeckt bleiben konnten, ist darauf zurückzuführen, daß die Geschäftsführung und die Kontrolle eine eigenartige und löge war. Wenn Kassenrevisionen stattfinden sollten, so war der Termin schon zwei Tage vorher bekannt und die Kasse hatte die Möglichkeit, Vorzüge zu treffen, daß die Revisoren das Geld, welches nach dem Kassabuche vorhanden sein mußte, auch wirklich vorhanden. Der Kassierer buchte die Eingänge von den beiden letzten Tagen vor der Kassenrevision noch nicht, sondern behielt sich diese Buchung vor und dann schickte man nach schnell zu dem benachbarten Warenhaus für deutsche Beamte herum und ließ sich dort auf kurze Zeit leihweise die Gelder geben, die zur Komplettierung der Kasse notwendig waren. Die Revisoren waren kaufmännisch so wenig durchgebildet, daß sie die vorgenommenen Manipulationen nicht bemerkten. Die Beweisaufnahme über die Liefermangelhaftigkeit war eine sehr ausgedehnte. — Der Reichshof verurteilte Weese zu 1 Jahr Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust und verfügte auch dessen sofortige Inhaftnahme. Jabel wurde unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 900 M. Geldstrafe verurteilt.

Zur Duellmanie.

Der Student der Chemie Rau erschoß den Studenten der Medizin Lipshy im Zweikampf. Das Hallesche Schwurgericht verurteilte den Täter gestern zu 2 Jahren Festungshaft.

Polizeiverordnungen gegen Regeln.

Eine Polizeiverordnung vom 20. August 1903 verbietet das Regeln nach 11 Uhr abends. Das Landgericht Köln sprach den Gastwirt Droullier frei, welcher die Verordnung übertreten haben sollte. Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, weil die Verordnung, die nachts den ruhestörenden Lärm verhindern wolle, ungültig sei. Sie bezöge gegen den § 900 Ziffer 11 des Reichs-Strafgesetzbuchs, der die Materie des ruhestörenden Lärms erschöpfend regelt. Ein Einschreiten auf Grund des Strafgesetzbuchs komme hier gegen den Gastwirt nicht in Frage, da er das späte Regeln nur geduldet, sich aber nicht daran beteiligt habe, also selbst auch keinen ruhestörenden Lärm erzeugt haben könne.

Kaplan und Haushälterin.

Vor dem Schöffengericht in Köln war die 50jährige Haushälterin G. angeklagt, bei dem Kaplan als in Bonn und bei dem Kaplan Busch in Köln eine Anzahl geringwertiger fremder Sachen sich rechtswidrig angeeignet zu haben. Ferner sollte sie den Kaplan Busch, der damals an der katholischen Kirche St. Alban in Köln tätig war, fortgesetzt beleidigt haben durch die auch durch Briefe verbreitete Behauptung, der Kaplan habe sich gemurdert, daß sie damals noch unehelich gewesen sei; er habe sie gelüßt, schließlich geistlichen Verkehr mit ihr gepflogen, ihr gesagt, er müsse alle sieben bis zehn Tage etwas haben, und zur Verhütung der Schwangerschaft habe er sie nach Ehrenfeld zu einer Hebamme schicken wollen.

Diese Sache wurde einmal verlagert, weil die Angeklagte auf ihren „Geisteszustand“ untersucht werden sollte. Der Verteidiger stellte darauf den Antrag, die frühere Haushälterin des Kaplans als Zeugin zu laden, um die Angaben der Angeklagten zu bekräftigen. Der überraschende Erfolg dieses Antrags war, daß der Kaplan die Befehlsbefugnisse auf der ganzen Linie zurückzog. Das Gericht sprach die Haushälterin von der Anklage des Diebstahls in den meisten Punkten frei; nur wegen der Aneignung eines wertlosen Leders und eines Paradedienstbuchs bei dem Pöner Kaplan erhielt sie zwei Tage Gefängnis. Sie war wegen Diebstahls schon vorbestraft. Die durch den Befehlsbefugnisantrag des Kaplans Busch entstandenen Kosten wurden diesem künstlich zur Last gelegt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Freitag, den 29. November 1907, abends 8 Uhr, im Konzerthaus Sandfouci, Rottebuserstraße 6:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Rezitation des Gen. Walkotte über das Drama „Bartel Turaser“.
Zahlreichen Besuch erwartet. 264/11* Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.
Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Welt, Gartenstraße 108-114:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Rassenbericht vom 3. Quartal und Bericht der Revisoren. Antrag auf Veränderung der Art der Beitragsleistung. Antrag auf Veränderung der Zusammensetzung der Generalversammlung. Wahl der Begrüßungskommission für den dritten Bezirk (§ 31 Abs. 3 des Verbandsstatuts). An die Verwaltung gelangte Anträge 160/14 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Ortsgruppe Berlin.
Freitag, den 29. November 1907, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Rohstraße 3:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Unsere Aufgaben im Kampfe gegen den Alkohol. Referenten die Genossen Dr. Zadek und Simon Katzenstein. 2. Diskussion.
Der Vorstand.

Möbelfabrik Julius Apelt

6 Adalbert-Str. 6
Hochbahnhof Rottebuser Tor
(früher: Falther-Str. 6)

Zentralverein der Bildhauer.

Verwaltung Berlin.
Donnerstag, 28. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Die Arbeitsvermittlung in der Holzbranche.
Der Vorstand.

18. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. November 1907, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

10301 741 [5000]	893 1104 43 89 307 40 445 591	10302 1287 [5000]	383 548 645 47 780 831 [5000]	892	13355 782 904 [1000]	14110 228 333 37 481 528 781 87	893 902 [2000]	15124 445 886 22 107 884 [61233 206 88	894 839 83 [15 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219 469 863 [5000] 89 51 743 232	26086 189 [10 000]	80 207 421 339 68 638 43 46 88	18907 307 443 74 035 867 [19167 512 22 [5000] 619 [5000] 980 908 [500]	20182 84 333 [500]	692 703 83 21778 305 43 655 833	895 22185 775 618 828 23181 407 80 804 94 24089 162 [5000] 325 566 25398 79 219
------------------	-------------------------------	-------------------	-------------------------------	-----	----------------------	---------------------------------	----------------	--	---------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	--	--------------------	--------------------------------	--	--------------------	---------------------------------	---

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.



Haemacolade

ist infolge ihres Gehaltes an
chemisch reinem, nativem Haemoglobin
ohne jede Ausnahme
das gesündeste Frühstücksgetränk für
Erwachsene u. Kinder, Gesunde u. Kranke.

Zusammensetzung: Haemacolade ist eine den Bedürfnissen des menschlichen Organismus angepaßte Kombination von Fleisch und Pflanzennahrung. Die Fleischnahrung repräsentiert das chemisch reine, native Haemoglobin, die Pflanzennahrung Kakao sowie die Kohlehydrate Zucker und Stärkemehl.

Wirkung: Haemacolade bessert in kurzer Zeit die Blutbeschaffenheit, wirkt mäßig appetitregend, regt die Nerventätigkeit an und bewirkt eine reichliche Anbildung der Körpergewebe, Fett und Muskulatur. Bei geistiger Abspannung leistet Haemacolade ganz hervorragende Dienste.

Geschmack: Haemacolade schmeckt wie veräußertes Kakao, ohne jeglichen Nebengeschmack. Personen, die an den bitteren Geschmack des Kaffees oder eines unveräußerten Kakaos gewöhnt sind, mag der süße Geschmack anfangs ungewohnt vorkommen. Doch dürfen dieselben versichert sein, daß sie sich bereits nach einigen Tagen so daran gewöhnt haben, daß er ihnen durchaus nicht mehr auffällt und sie alsdann Haemacolade ebensogern wie früher den Kaffee etc. trinken.

Bereitungsweise: 1. Als warmes Frühstückgetränk: Ein Teelöffel bis Eßlöffel voll Haemacolade wird mit ebensoviel kaltem Wasser glatt gerührt und die Tasse mit heißem Wasser oder heißer Milch aufgefüllt. Das Getränk ist ohne jeden weiteren Zusatz trinkfertig.
2. Als kaltes Kräftigungs- und Erfrischungsgetränk: Ein Eßlöffel voll Haemacolade und 3 Liter kaltes Wasser werden zum einmaligen Aufkochen erhitzt und nach dem Abkühlen auf Flaschen gefüllt und diese verkorkt. Diese kalte Haemacolade schmeckt einlach großartig und eignet sich ebenso gut als Getränk an Stelle von Bier, Branne etc. zum Frühstück, Mittag- oder Abendessen, wie zum Mitnehmen in die Schule oder ins Geschäft. Man kann stets für zwei Tage Vorrat kochen.
3. Für schwer Kranke und an Durchfall Leidende empfiehlt es sich, die Haemacolade mit Rotwein zu kochen (ein Eßlöffel voll Haemacolade auf einen Teaschoffel voll 3 Minuten lang kochen).
4. Durch Kochen von Haemacolade mit Milch und Zusatz von Gelatine erhält man eine ebenso angenehm schmeckende wie nahrhafte und gesunde Speise.



Wann trinkt man Haemacolade? Es ist eine weitverbreitete Annahme, daß das Mittagessen die Hauptmahlzeit sei und sein müsse. Das ist grundverkehrt! Allein aus dem wenig stichhaltigen Grunde: man wolle sich seinen schönen Appetit zu Mittag nicht verderben, hat schon so mancher seinen Magen schwer geschädigt und — gelungert! Wenn auch ein richtiger Hunger für manche Naturen zeitweise (nur nicht regelmäßig!) ganz an gebracht ist, der regelmäßige Hunger aber und dazu noch bei schwächlichen oder nicht ganz satteiligen Naturen, ist sehr schädlich und ruiniert den Körper!

Das Morgen ist der Magen leer und ausgerührt. Er ist am empfindlichsten für jede Speise, aber auch am empfindlichsten. Was geschieht aber in den meisten Fällen? Man trinkt eine Tasse Kaffee oder Tee und ist eine Schrippe darn! Hiernach läßt man sich „wohl“ Ja, aber auf wie lange? Daß Kaffee nicht sättigt und keine nahrhaften Wirkungen hat, ist ja bekannt, ebenso, daß er anregend wirkt, um so mehr desto mehr matt und nervös zu machen! Man betriegt sich also nur selbst mit diesem gewohnten Morgenfrühstück, es gibt eben auch schlechte Angewohnheiten. Wozu hat man nach einem kräftigen Schlaf denn nur gerade noch ein Anregungsmittel wie Kaffee oder Tee nötig? Gerade des Morgens ist die beste Zeit zum Haemacolade-Trinken? Wer nur einmal die Wohltat einer Tasse Haemacolade des Morgens gespürt hat, wird mit vielen sagen: Eine Tasse Haemacolade des Morgens getrunken, ist die Grundlage für das Wohlbefinden des ganzen Tages! Nach dem Mittagessen oder zum sogenannten Vesper können Gesunde gern ihre gewohnte Tasse Kaffee trinken, bei vollem Magen schadet derselbe nicht, im Gegenteil: er hilft verdauen, aber des Morgens sollen sie den Kaffee lassen, da ist Haemacolade das beste und gesündeste Frühstückgetränk für jedermann: für Erwachsene und Kinder, für Gesunde und Kranke. Erwachsene trinken Haemacolade gern mit Wasser, Kinder mit Milch.

Wann und wieviel Haemacolade sollen Kranke trinken? Magen- und Darm-Leidende sowie an Appetitlosigkeit Leidende: Früh zwei Tassen, abends vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Wasser gerührt.
Nervöse: Morgens, zum zweiten Frühstück und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gerührt.
Mager: Früh zwei Tassen, zum zweiten Frühstück eine Tasse, vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Milch gerührt.
Blutarme, Blutsüchtige, Wöchnerinnen, stillende Frauen morgens, nach dem Mittagessen und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gerührt.
Schwächliche Kinder und Rekonvaleszenten: regelmäßig alle drei Stunden eine Tasse mit Milch gerührt.

1 Pfd. 2.— Mk.
1/2 Pfd. 1.10 Mk.
1/4 Pfd. 0.60 Mk.

Überall erhältlich.

Wann und wieviel Haemacolade sollen Kranke trinken? Magen- und Darm-Leidende sowie an Appetitlosigkeit Leidende: Früh zwei Tassen, abends vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Wasser gerührt.
Nervöse: Morgens, zum zweiten Frühstück und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gerührt.
Mager: Früh zwei Tassen, zum zweiten Frühstück eine Tasse, vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Milch gerührt.
Blutarme, Blutsüchtige, Wöchnerinnen, stillende Frauen morgens, nach dem Mittagessen und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gerührt.
Schwächliche Kinder und Rekonvaleszenten: regelmäßig alle drei Stunden eine Tasse mit Milch gerührt.

FRITZ SAUER, Berlin W. 30, Barbarossastraße 20.

Soeben erschienen!
Meine diesjährige
Weihnachts-Extra-Liste
besonders preiswerter Geschenke
und wird solche sowie mein
Pracht-Katalog
mit **600** Abbildungen
gratis u. franko versandt
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158.**
Habe nirgends Filialen.
Empfehle frühzeitigen
Weihnachts-Einkauf
da besonders vorteilhafte Artikel
bald vergriffen sein dürften.
Auch Sonntags
bis Weihnachten geöffnet.

Elle zu Weile!
Dresdener
Straße 119
Spezial-Haus
nur für
Pelz-Stolas
Colliers
und
Muffen.
Riesenhafte Auswahl
in echt
Skunks
von 88 Mark an.
Nerz
von 45 Mark an.
Persianer
von 60 Mark an.
Bisam
von 10 Mark an.
Tibet
von 8.50 Mark an.
Kanin
von 3.75 Mark an.
Eigene Werkstatt.
J. Weile, 119 Dresdener
Straße 119.
Auf Wunsch wird jede Stola aus
dem Fenster verarbeitsgt.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. gran. u. d. g.
H. Burger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 11/12.

Kölner Lotterie.
Ziehung 30. November in Berlin.
Gesamtgew. W.:
80 000 M.
Hauptgew. W.:
10 000 M.
80 % bar Geld
für jeden Gewinn werden sofort
bei mir ausgezahlt.
Lose à 1 M., Porto u. Liste
30 Pf.
Berliner Vogel-Lose
11 Stck. 5 M., à Stck. 50 Pf.
Porto u. Liste 30 Pf.
Gustav Haase
Berlin, Neue Königstr. 88.
Gegründet 1878.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 710L*

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Uebertreibung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40—60 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Mortizplatz.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-1.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 1222*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix Weltausstellung
Paris 1900: St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner
Sewing-Maschinen.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 82. Filialen in allen Stadtteilen

Charlottenburg.
Spezial-Reparatur-Werkstatt für Uhren, Gold- und
Silberwaren.
Lager von soliden Taschenuhren,
moderne Ketten.
Musterlager von Regulatoren, Freischwinger.
Kontoruhren, Küchenuhren und Wecker.
Friedrich Stabenow, Uhrmacher,
Charlottenburg, Lützowerstr. 15. Telefon 2970.

Arbeitsstätten-Lose
Ziehung 14. Dezember.
Alle Gewinne zahlen sofort
m. 90 % in bar.
Lose à 50 Pf., 11 Lose 5 M.
Porto u. Liste 30 Pf. extra.
Gustav Haase,
Neue Königstr. 88.

Wahlrechtsverfammlungen

fanden am Dienstag noch in einer Reihe Vororte statt, über die in der gestrigen Nummer nicht berichtet werden konnte, weil wir bis in die späte Nachtstunde noch keine Nachricht über deren Verlauf hatten. Wir geben nachstehend in Kürze den Verlauf der Versammlungen bekannt.

Schöneberg. Die Versammlung im Obfischen Lokal war abgesperrt. Mit einigen padenden Arbeiterliebfern wurde eingangs derselben die Kopf an Kopf gedrängte Masse der Versammelten zu stürmischer Begeisterung hingerissen. Das Referat hielt Genosse Köhls, dessen padenden Ausführungen seitens der Versammelten mit wachsenden Ausdrücken erregter Zustimmung gefolgt wurde. In begeisterter Stimmung, unter Abfingen der Marschallische schloß die imposante Kundgebung, an der hunderte nicht teilnehmenden konnten, weil sie keinen Einlaß mehr fanden. — Ein antwefender Polizeileutnant veranlaßte durch sein äußerst schneidiges Auftreten den Vorsitzenden, die erschienenen Wahlvereinsmitglieder zu erfuchen, zugunsten der einlaßbegehrenden Besucher den Saal zu verlassen und in den unteren Räumen Plaß zu nehmen. Unter allgemeiner Heiterkeit kam man dem gern nach.

Lankwiz. Die Protestversammlung war von zirka 800 Personen besucht. Die temperamentvollen Ausführungen des Genossen Wehl fanden begeisterte Zustimmung.

Groß-Lichterfelde. Die Protestversammlung im „Kaiserhof“ war von zirka 400 Personen besucht. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Vorchardt wurde die Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde aufgelöst. Wahrscheinlich wollte die Polizei in Groß-Lichterfelde auch ihr Teil dazu beitragen, um die Notwendigkeit der Beseitigung preußischer Mißwirtschaft zu betreiben.

Steglitz. Die Protestversammlung im „Birtenwäldchen“ war trotz der ungünstigen Lage des Versammlungslokals von zirka 700 Personen besucht. Das Referat des Arbeitersekretärs Bauer wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und zum Schluß mit kräftigem Beifall belohnt.

Treptow-Baumfchulenweg. In Speers Festfälen referierte vor 500 Personen Genosse Walder Manass, dessen zündende Ausführungen wiederholt von Beifall unterbrochen wurden. — Genosse Groger referierte im überfüllten Saale der Rennbahn.

Rummelsburg. Die Versammlung war so zahlreich besucht, daß schon vor 8 Uhr die Tische und ein Teil der Stühle aus dem Saale entfernt werden mußten. Referent war Genosse Silberstein. Anhaltender Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. In der Diskussion forderte Frau Buchmann die Frauen in energischer Weise auf, sich an der Bewegung zu beteiligen.

Ober-Schöneweide. Die im „Wilhelminenhof“ togende Versammlung war von über 1000 Personen besucht. Die Tische mußten entfernt werden, um den fortlaufend zuströmenden Massen Plaß zu machen. Kopf an Kopf gedrängt, lauschten die Anwesenden dem Referat des Genossen Dr. Wehl. Unter dem Gesang der Marschallische wurde die Versammlung geschlossen.

Köpenick. Der große Saal des Kaiserhofs war überfüllt. Die Versammelten nahmen das Referat Reylets mit Begeisterung entgegen. Trotz der Aufforderung des Vorsitzenden, Genossen Woid, meldeten sich Gegner nicht.

Adlershof. Die Versammlung war überfüllt; zirka 700 Personen waren anwesend. Referent Genosse Hoffmann schilderte in farsichtiger Weise die Schönheiten des jetzigen Dreiklassenwahlrechts.

In Mariendorf wurde die überfüllte Versammlung mit einem stimmungsbollen Gesang eröffnet. Genosse Köffel ging scharf mit der Preußenfchmach ins Gericht.

Johannesthal. Die Versammlung im Ritterheim erfreute sich eines guten Besuchs. Der Genosse Gebert-Charlottenburg geistelte in scharfen Worten das bestehende Landtagswahlrecht und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, rege für die Agitation gegen dasselbe einzutreten.

Nieder-Schöneweide. Die im Wirtshaus „Dorech“ sehr gut besuchte Versammlung nahm das vom Genossen Sonnenburg vorzüglich gehaltene Referat mit Begeisterung auf.

Reiz. Die Versammlung war von zirka 500 Teilnehmern besucht. Genosse Reichsabsgeordneter Emmel-Rühlhausen hielt unter stürmischem Beifall das Referat.

In Tempelhof war die Versammlung von 250 Personen besucht. Genosse Vied-Beemen kennzeichnete in trefflicher Weise die Widersinnigkeit und Ungleichheit des preußischen Dreiklassenwahlrechts und schilderte die Bedeutung des Landtages für die Arbeiterklasse. Nach einer kurzen Diskussion fand die Resolution einstimmige Annahme.

In Grünau referierte vor gut besuchter Versammlung unter großen Beifallsausdrücken Genosse Paul Liffin-Berlin.

Eine gleichfalls imposante Versammlung togte in Erkner. Hier hatte Genosse Artur Schmit-Berlin das Referat übernommen. Die treffliche Charakteristik des elenden Wahlsystems löste am Schluß bei den Versammelten lebhaften Beifall aus.

In Strausberg nahm eine gut besuchte Protestversammlung ein vorzügliches Referat des Genossen Paul Göhre mit großem Beifall entgegen.

In Alt-Bienide war die Demonstrationsversammlung in Ausdehnung von mehr als 500 Personen besucht, darunter sehr viel Frauen. Referent war Genosse Wih. Schenl, dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Eine Diskussion konnte nicht stattfinden, da der Polizeistunde wegen die Versammlung um 10 Uhr geschlossen werden mußte.

Königs-Wusterhausen. Die von über 600 Personen besuchte Demonstrationsversammlung nahm nach einem vortrefflichen Referat des Genossen Wadner die Resolution des Parteivorstandes einstimmig an. Der eingeladene Vorstand des „entschiedenen liberalen“ Vereines war nicht erschienen, so dokumentierend, daß für ihn der liberale Programmpunkt, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht, nur auf dem Papier steht.

Friedrichsfelde. Die Versammlung, welche in Dubes Volksgarten stattfand, erfreute sich eines regen Besuchs, insbesondere waren viele Frauen anwesend. Der Referent, Arbeitersekretär Genosse Vinl, schildert in kräftigen Worten unter großem Beifall die ungeheure Mißständigkeit des preußischen Landtages. Diese gefeggebende Körperschaft stelle wohl eine Vertretung des Geldsacks dar, nicht aber eine Volksvertretung.

Karlsruh. Die Versammlung im Varietischen Lokale war überfüllt. Der Genosse Währ verstand es, in kernigen Worten den Anwesenden den Widerspruch und die Unhaltbarkeit des preußischen Dreiklassenwahlrechts vor Augen zu führen. In der Debatte sprachen Umbreit, Blum und Stähler. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Schluß der Versammlung brachte den Anwesenden eine feine praktische Lektion von den Herrlichkeiten des preußischen Polizeistaates. Der Uebervachende erinnerte daran, daß für das Varietischen Lokal die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt sei. Dies gab dem Referenten Gelegenheit, die Versammlung in treffenden Ausführungen auf die Pflicht hinzuweisen,

durch Erklämpfung der Gleichberechtigung im Staat mit solchen Zuständen aufzuräumen.

Tegel. Mit dem Freiheitslied: „Sturm“, vorgelesen vom Gesangverein „Zimmergrün“, wurde die von über 2000 Personen besuchte Versammlung in Trapps Festfälen eröffnet. Reichstagsabgeordneter Genosse Stalle-Gesau geistelte in scharfen Worten das elendeste aller Wahlrechte: das Dreiklassenwahlrecht von Preußen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und in der lebhaften Diskussion aufgefördert, sich dem Sozialdemokratischen Wahlverein anzuschließen, damit die Resolution schon bei den nächsten Wahlen zur Wirklichkeit wird. Mit einem Freiheitslied wurde die von großem Kampfesmut befeelte Versammlung geschlossen.

Nieder-Schönhausen. Die Demonstrationsversammlung im „Schwarzen Adler“ war von über 250 Männern und Frauen besucht. Die vortrefflichen Ausführungen des Genossen Resper wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Potsdam. Die Demonstrationsversammlung, in welcher Genosse Dr. G. Rosenfeld Berlin sprach, nahm einen glänzenden Verlauf. Der Saal war bis auf den letzten Plaß gefüllt. Nach einem fast zweistündigen, mit reichem Beifall aufgenommenen Referat meldeten sich zwei von den zahlreich antwefenden Begnern zum Wort. Als erster der Vorsitzende des neuen Wahlvereins und zu gleicher Zeit Reichsabsgeordneter, Major v. Stöfel, welcher zunächst seine Arbeiterfreundlichkeit versicherte und behauptete, daß er nicht öfter Gelegenheit habe, mit den Genossen zu plaudern. Man müsse aber nicht etwa annehmen, daß er heuchele, nein, so etwas sei fern von ihm. Er erzählte dann weiter von unseren guten Schulverhältnissen, von der sozialen Gesehggebung, wogegen die bösen Sozialdemokraten im Reichstag immer gewesen waren usw. Das Dreiklassenwahlrecht geist ihm natürlich auch nicht recht. Hierauf meldete sich der Antisemit Herr Froelich, früherer Reichstagsabgeordneter, zum Wort, welcher genau wie sein Vortredner vor Arbeiterfreundlichkeit überfloh und bis auf einen Punkt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, und dies war das Wahlalter von 20 Jahren. Genosse Rosenfeld entlarvte natürlich in der trefflichsten Weise diese beiden Diskussionsredner und legte an der Hand von Beweisen das Gegenteil des von ihnen Gesagten dar.

In Kottbus sprach für den behinderten Genossen Rollenbuhr Abg. Dr. Ed. David vor einer gut besuchten Versammlung. Die zirka 700 Genossen und Genossinnen nahmen die Ausführungen des Referenten mit stürmischem Beifall entgegen.

In Spandau fanden zwei gut besuchte Versammlungen statt, in welchen die Genossen Borgmann und Kagenstein referierten. Begeisterungsvoll stimmten die Versammlungsbesucher, unter welchen sich auch viele Frauen befanden, den Ausführungen der beiden Referenten zu. Unter begeisterten Hochs auf die allgemeine, gleiche, geheime Wahl für den Landtag fanden die imposanten Versammlungen unter Abfingen der Arbeiter-Marschallische ihren Schluß.

Staaken. Die Versammlung war von zirka 150 Männern und Frauen besucht. Das Referat des Genossen Hande-Berlin wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Seine Aufforderung, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, fand allseitige Zustimmung.

Die Resolution fand in allen Versammlungen einstimmige Annahme, mit Ausnahme von Potsdam, wofelbst sich merkwürdigerweise trotz der anwesenden Gegner nur eine Stimme dagegen erklärte.

Partei-Angelegenheiten.

Schmargendorf. Am Freitag, den 28. November, abends 7 Uhr, findet vom Wirtshaus Schmargendorf, Barnemiländerstr. 6, aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen sind ersucht, sich recht zahlreich dazu einzufinden, damit die Arbeit in einer halben Stunde erledigt ist. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, öffentliche Volksversammlung im Schützenhause (Zuh. W. Tromm). Tagesordnung: 1. Der Wahlrechtstempel. 2. Freie Diskussion. Männer und Frauen, erscheint in Massen zu dieser Versammlung und protestiert gegen das bestehende preußische Dreiklassenwahlrecht. Der Einberfener.

Wolterdorf. Am Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet eine Protestversammlung in Venders Lokal mit folgender Tagesordnung statt. 1. Das Wahlrecht zum preußischen Landtag. 2. Diskussion. Fröh 1/8 Uhr findet Handzettelerbreitung statt, wozu sich jedes Mitglied des Wahlvereins einzufinden muß. Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Bernau. Am Sonntag, den 1. Dezember, mittags 12 Uhr, findet im Restaurant „Eisum“ eine öffentliche Protestversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht zum preußischen Landtag statt. Pflicht der Genossen ist es, rege für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Drei Pfund Brot für fünf Groschen!

Die Verteuerung des Brotes ist in diesem Jahre im Laufe des Sommers und des Herbstes unaufhaltsam fortgeschritten, und sie dauert noch immer an. In Berlin, wo das Brot nicht bei bestimmtem Gewicht zu wechselndem Preis, sondern zu festem Preis bei wechselndem Gewicht verkauft wird, fällt die Verteuerung nicht jedem sofort auf. Ganz allmählich wird das Brot kleiner und immer kleiner, und wer nicht genau darauf achtet, der merkt es kaum. Wenigstens dann merkt er es kaum, wenn er nur mit dem Auge sieht. Aber der Magen versteht sich besser aufs Messen; er läßt nicht so leicht, wie das Auge, sich betriegen. Wenn das Brot immer kleiner und immer leichter wird, dann merkt er es nur zu bald, daß er das ihm zukommende Quantum nicht mehr kriegt. Hausfrauen, die die Gewohnheit haben, all ihre Waare regelmäßig vor dem Verbrauch zu wiegen, wundern sich nicht, warum sie die hungrigen Mäuler ihrer Kinder schon lange nicht mehr satt machen können. Mit wachsender Sorge verfolgen sie die stetige Verringerung des Brotgewichtes und feufzend berechnen sie sich die immer fühlbarer werdende Mehrausgabe, die sie für Brot aufwenden müssen, um ungefähr dasselbe Quantum wie früher verbrauchen zu können.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin ermittelt allmonatlich zweimal die Veränderung des Brotgewichtes, indem es in 34 über die ganze Stadt verteilten Bäckereien Gebäck ankaufst das Gewicht feststellt. Die Resultate dieser Ermittlungen sind vom Statistischen Amt jetzt erst bis zum September dieses Jahres bekannt gegeben. Wir sehen da, daß im September das Durchschnittsgewicht des fünfgrofschenbrotes nur noch wenig über drei Pfund betrug. In manchen Bäckereien war das Brot etwas schwerer als dieser Durchschnitt, in anderen war es dafür noch

leichter. Das Berliner fünfgrofschenbrot hat nunmehr in zwei Jahren an Gewicht um ein volles Pfund verloren. Es wog im September 1905 durchschnittlich noch etwas über 4 Pfund, im September 1906 durchschnittlich etwas weniger als 3 1/4 Pfund, im September 1907 etwas über 3 Pfund. Eine Familie, die im Herbst 1905 noch mit täglich einem Brot auskam, also wöchentlich sieben Brote brauchte, mußte im Herbst 1907 wöchentlich 9 1/4 Brote verzehren, wenn sie dasselbe Quantum wie früher zu sich nehmen wollte. Der Mehrverbrauch beträgt nun bereits 2 1/4 Brote, die Mehrausgabe e 1,10 M. pro Woche.

Für die Wohlhabenden macht diese Verteuerung des Brotes nichts aus; denn ihnen ist das Brot kein wichtiges Nahrungsmittel. Aber die Unbemittelten, bei denen dem Brot im Haushalt die Rolle eines Hauptnahrungsmittels zufällt, leiden schwer unter der fortschreitenden Verteuerung des Brotes. Nur noch drei Pfund Brot für fünf Groschen, ja, welche Arbeiterfamilie kann denn das auf die Dauer aushalten! Die Bucherzölle sind es, die das Brot immer weiter verteuern. Das Brot verteuern sie der unbemittelten Bevölkerung, den Junkern aber füllen sie das Portemonnaie.

Bergweistungszenen von Arbeitslosen

spielen sich fast Tag für Tag vor den Ausgabestellen des „Arbeitsmarktes“ der sogenannten „unparteiischen“ Blätter ab. Die Zahl derjenigen, die sich vor diesen Ausgabestellen täglich einfinden, wächst in erschreckender Weise. Sobald die Blätter abgegeben werden, beginnt ein Wettlauf um die inserierten Stellen. Wir sahen gestern in der Jerusalemstraße, wie ein Duzend Leute um die Wette rannten, um ja zuerst an das Ziel zu kommen. Besonders schlimm war es gestern abend vor dem Berliner Theater. Es wurden drei Logenplätze verlangt, die sich um 6 Uhr melden sollten. Aber schon vorher war der ganze Vorgarten so gedrängt voll, daß die Zahl der auf die Stelle Reflektierenden auf mehrere Tausend geschätzt wird. Der Portier wurde so umdrängt, daß er um Hilfe schrie, und Augenzeugen erzählten uns, daß er erdrückt worden wäre, wenn sich seiner nicht die Polizei angenommen und etwas Luft gemacht hätte.

Und dabei sind wir noch im Anfang der Krise. Eine schöne Gesellschaftsordnung, in der Hunderttausende auf Pfosten geworfen werden, während andere über die Wagen fronden müssen. Es wird die höchste Zeit, daß der Staat und die Kommune sich ihrer Pflicht erinnern und helfend eingreifen; aber nicht mit Militär und Polizei, sondern durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

Entmündigung des Grafen Pückler.

Der Dreifgraf befindet sich in der Dallborfer Irrenanstalt den Umständen nach wohl. Jedenfalls ist ihm der von einflußreicher Stelle vermittelte Zustwechsel besser bekommen, als unlängst die Visite in der Tegeler Staatspension. Bei der Einlieferung protestierte er zwar, wie nicht anders zu erwarten war, laut gegen seine „Vergewaltigung“, wurde aber bald ruhiger und ergab sich in das vorläufig Unabänderliche. Man läßt ihm gewisse kleine Ständebüchlein zuteil werden, behandelt ihn aber sonst wie jeden anderen Anstaltsinsassen, eben lediglich als kranken Menschen. Mit anderen Patienten kommt der Graf, der sich hier ziemlich reserviert hält und von seiner früheren Mundstärke schon bedeutend eingebüßt zu haben scheint, nur wenig zusammen. Seitens der Befängnisärzte ist der Dreifgraf bekanntlich schon für geisteskrank erklärt. Es bedarf jetzt jedoch einer gründlicheren Nachprüfung seines Geisteszustandes durch namhafte Psychiater, da gegen ihn eventuell von Amtswegen das Entmündigungsverfahren eingeleitet werden soll. Mit dem Ausspruch der Entmündigung hat Graf Pückler seine politische Ultrolle endgültig ausgespielt.

Für den erst zu nehmenden Teil der Öffentlichkeit war dieser ärgste Nada-Antisemit ja schon längst abgetan. Diese ersten Kreise hatten an seiner Abhiebung ins Irrenhaus kaum mehr Interesse. Aber ein anderes Moment ist interessant. So lange Pückler bloß gegen die Juden hegte und in gemeinsier Weise den Klassenhaß predigte, durfte er seinen Gefühlen fast ungehindert jahrelang freien Lauf lassen. Nachdem aber die höchste Person im Lande angegriffen worden ist, wird der längst Verriekte im Pandumdrehen kalgestellt.

Ein überraschender Witterungsumschlag ist über Nacht erfolgt. Während Dienstag früh um 8 Uhr das Thermometer 1 1/2 Grad Celsius, am Montag 0 Grad zeigte, war die Temperatur gestern vormittag um dieselbe Stunde auf 12 Grad gestiegen. Die Folgen dieses verspäteten „Nallüsterls“ machen sich in einer großen Schneefschmelze bemerkbar. Auch an den geschützteren Stellen ist nichts mehr von der weißen Decke zu sehen, allenthalben gibt es große Pfützen und auch die Hoffnungen der Eispächter auf einen frühen Beginn der Eislaufsaison sind vorläufig zu Wasser geworden.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Die Rednerschule muß am Donnerstag, den 28. d. M., wegen der Erkrankung des Genossen Brunwald ausfallen.

Endlich. Die Wiedereröffnung des Hochbahnbahnhofs Warschauer Brücke ist soeben zum nächsten Sonntag, den 1. Dezember, von der Betriebsverwaltung der Hochbahn in Aussicht genommen worden. Termin für die landespolizeiliche Abnahme ist zum nächsten Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr angefest. Unter der Voraussetzung der Genehmigung wird dann der Betrieb Sonntag früh im Osten vom Stralauer Tor zum neuen Bahnhof wieder ausgedehnt. Die Straßenbahn vom Zentralschiehof, die während des Umbaues bis zum Stralauer Tor ging, wird gleichzeitig wieder bis zur Warschauer Brücke verfürgt. Der Hochbahnbahnhof hat inzwischen eine Vergrößerung um mehr als das Doppelte erfahren. Statt 2500 Quadratmeter umfaßt er jetzt 6300. Die Anlage ist verlängert und verbreitert worden. Statt 3 fichen jetzt 4 Gleise zur Verfügung. Mit Rücksicht auf die Verlängerung der Untergrundbahn in das Innere der Stadt ist eine neue Wagenhalle für 100 Wagen errichtet. Sie geht vom Warschauer Plaß bis zur Ehrenbergstraße. Gerade die neuen Wagen für die Linie zum Spittelmarkt werden dort aufgestellt. Die Erweiterung hat ein neues elektrisches Stellwerk notwendig gemacht. Auch die eigentliche Bahnhofshalle ist in anprechenden Formen neu errichtet worden.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin ist dem Herrentrat zugegangen. Er bestimmt, daß dem Landespolizeibezirk Berlin die neue Stadtgemeinde Pichtenberg und die Landgemeinde Vozhagen-Rummelsburg vom 1. April 1908 ab hinzutreten. Die Vorarbeiten des Gesetzes vom 13. Juni 1900 finden auch für diese Gemeinden Anwendung. hinsichtlich Vozhagen-Rummelsburg mit der Maßgabe, daß auch die Zuständigkeit des Landrats und des Kreisaustrasses des Kreises Niederbarnim in polizeilichen Angelegenheiten auf den

Polizeipräsidenten und auf den Bezirksausfchuss in Berlin übergeht. Am 1. April 1908 erhält Lichtenberg bei seinem Ausscheiden aus dem Kreise Niederbarnim eine eigene staatliche Polizeiverwaltung (Polizeidirektion), der auch der Bezirk der Landgemeinde Boghagen-Kummelsburg unterstellt wird wegen engen Zusammenhanges mit Lichtenberg.

Von einer Automobilbröckle überfahren wurde gestern Abend im Tiergarten der 45jährige Schuhmacher Karl Kaffin, Schleswiger Ufer 13 wohnhaft. Er fuhr gegen 8 Uhr abends mit einem Sandwagen, von Charlottenburg kommend, die Berlinerstraße entlang, als ihm in der Nähe der Station Tiergarten eine Automobilbröckle entgegenkam. Der Führer der letzteren bog nach der linken Seite des Fahrweges hinüber, und zwar so kurz vor dem Sandwagen, daß Kaffin nicht in der Lage war, auszuweichen, um so weniger, als das Automobil eine übermäßige Geschwindigkeit entwickelte. Er wurde niedergedrückt und überfahren. Er erlitt einen schweren Oberschenkelbruch und wurde, nachdem ihm auf der Unfallstation in der Berlinerstraße 48a ein Rotverband angelegt worden war, nach dem Noobitzer Krankenhaus gebracht.

Ein Straßenbahn-Gemeinschaftsbetrieb für die im Bau befindliche Straßenbahnstrecke Berlin-Friedrichshagen ist von beiderseitiger Seite in Anregung gebracht worden. Die noch fehlende Verbindungstrecke Treptow-Niederhohenschöneweide soll bis Ende März nächsten Jahres fertiggestellt und am 1. April 1908 eröffnet werden. Die Gleisstrecke, von Berlin aus gerechnet, gehört sechs verschiedenen Straßenbahngesellschaften, wobei auch drei hiesige Gesellschaften, nämlich die Große Berliner Straßenbahn, die städtische Straßenbahn und die Berliner Ostbahn in Betracht kommen. Natürlich würde durch den selbständigen Betrieb der Gesamtstrecke durch jede einzelne Gesellschaft der Straßenbahnverkehr sehr erschwert werden, da die Fahrgäste, die von Berlin nach Friedrichshagen wollen, an jeder Grenzstelle umsteigen müßten, wodurch nicht nur eine wesentliche Verlängerung der Fahrzeit, sondern auch eine erhebliche Verteuerung des Tarifes erfolgen würde. Um diesen Uebelstand zu vermeiden, ist die Einrichtung eines Gemeinschaftsbetriebes in Anregung gebracht in der Weise, daß die beteiligten Straßenbahngesellschaften neben ihrem eigenen Betrieb auch einen durchgehenden Betrieb einrichten, sodas beispielsweise die Berliner Straßenbahnwagen bis nach Friedrichshagen und die Köpenicker Straßenbahnwagen bis nach Berlin fahren. Sollte dieses Projekt zur Ausführung gelangen, so würde im nächsten Jahr die Möglichkeit geboten werden, mittels der Straßenbahn von der Friedrichstraße, Ecke Behrenstraße, oder von Bilmersdorf ohne Umsteigen bis nach den Schandens des Müggelsees zu fahren. Die Länge einer solchen Straßenbahnstrecke würde annähernd fünf deutsche Meilen betragen.

Weibliche Droshenlutscher. Die Berliner Personenlohnfuhrer-Vereinigung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Versammlung im „Präläten“ mit der Frage der Einführung weiblicher Droshenlutscher in Berlin. Von mehreren Rednern wurde ausgeführt, der Ausschermangel sei durch die Heraushebung des Kindesalters derartig gestiegen, daß man allen Ernstes an die Herausziehung der weiblichen Arbeitskraft zum Ausschermangel denken müsse. Zur Föhrung einer Werbedroshenlutscher wären Frauen noch eher befähigt als zum Lenken eines Automobils. Von anderer Seite wurde dem entgegengehalten, man sollte erst abwarten, welche Erfahrungen mit der ersten weiblichen Chauffeuse gemacht werden. Die Vereinigung beauftragte den Vorstand, beim Verkehrs-Kommissariat anzufordern, ob von dieser Behörde die Einstellung weiblicher Lutscher genehmigt wird.

Die Lutscher werden ihren Augen nicht trauen, von einem Mangel an Lutschern zu lesen. Die Führer verfolgen mit einiger Einbildung weiblicher Lutscher auch nicht den Zweck, dem Mangel an Lutschern abzuhelfen, sondern sie wollen über willige und billige Arbeitskräfte verfügen.

Wie langsam und unhandlich unsere Behörde arbeitet, wenn ein Staatsbürger sie in Anspruch zu nehmen gezwungen ist, das hat schon mangelnd zu seinem Schaden oder großen Verdruß erfahren. Reiste da jüngst eine Berliner, Frau H. V., nach der Schweiz, um sich dort niederzulassen. Dazu braucht man nun allerlei Papiere, zuerst den Heimatschein, der 4,00 Fr. kostet, dann ein Zeugniszeugnis von der Polizei. Wie schwer dies Zeugnis von der Berliner Polizei zu erlangen war, darüber sagt sie in einem Briefe an einen Freund: „Im Kreisbureau in Zürich, wo sich jeder persönlich anmelden muß, bewilligte man mir 20 Tage Zeit, um ein Zeugniszeugnis zu beschaffen. Da ich Berlin nie verlassen hatte, sah ich die Sache recht einfach zu sein. Ich reichte am 4. Oktober das Gesuch ein, hatte aber nach 12 Tagen noch keine Antwort, und in der Frist von 20 Tagen hatte ich auch noch die Befestigung von der deutschen Gesandtschaft in Bern zu besorgen. Ich schrieb eine Postkarte, dann einen eingeschriebenen Brief. Endlich, am 30. Oktober, kam von Berlin ein Brief, für den ich erst noch einen halben Frank Porto zu zahlen hatte. Dieser Brief enthielt die — Aufforderung, vor allen Dingen die Gebühren von 1,00 M. und 30 Pf. Porto einzuzahlen. Sofort schickte ich das verlangte Geld. Auf dem Kreisbureau war meine Frist inzwischen bis zum 10. November verlängert worden, ich mußte aber noch um eine weitere Verlängerung, bis zum 24. November, nachsuchen. Ich schrieb noch eine Karte an das Polizeipräsidium in Berlin und erhielt am 12. November endlich die vom 7. November datierte Mitteilung, daß das verlangte Attest dem Deutschen General-Konsulat“ übersandt sei. Für diesen Brief hatte ich wieder einen halben Frank Porto zu zahlen. Am anderen Tage holte ich mir das Zeugnis, worin mir besätigt wurde, daß ich von meiner Geburt an bis zum 29. August d. J. in Berlin gewohnt habe und noch nicht bestraft bin. Dafür mußte ich noch einmal 1,00 Fr. Konsulatskosten zahlen. — So, und nun gehen die Papiere nach Bern zur Befestigung. Und wenn sie wieder kommen und im Kreisbureau abgeliefert sind, feiern ich ein Festessen!“

Was aber dann, wenn man eine solche lange Zeit nicht abwarten und wenn man nicht gleich bezahlen kann? —

Bei dem Brande des Kohlenlagers der Firma S. Friedländer und So. in der Teckbörnerstr. 7 ist der Arbeiter Berger zu Schaden gekommen. Er wurde bewußtlos aus einem brennenden Schuppen von seinen Kollegen herausgeholt und nach seiner Wohnung geschafft, wo er sich in ärztlicher Behandlung befindet.

Ein von seiner Würde ganz eingesommener Herr scheint auf dem Philipp-Apostel-Kirchhof seines Amtes zu walten. Hatte da dieser Tage auf dem genannten Kirchhofe ein Gesangsverein einen Sangesbruder zur letzten Ruhe geleitet und ihm am Grabe einige übrigens vom Vordiger genehmigte Trauerlieder gesungen, als zum Schlusse der Vorgesang des Vereins an die Gruft trat und als letztes Liebeszeichen einen Kranz mit den Worten niederlegte: „Nache sanft, Sangesbruder! Diese Worte veranlaßten einen Herrn, an den letzteren heranzutreten und nach Namen und Wohnung zu fragen, er sei der Inspektor des Kirchhofs und bilde die Polizei, ihm habe sich hier jeder zu fügen. Diesen Vorfall — nämlich die Widmungs-worte — mußte er seiner vorgelegten Behörde melden. Die Leidtragenden wunderten sich ob des brüskalen Benehmens des Herrn Inspektors, das ganz und gar nicht angebracht war. Dieser Herr Inspektor — Lütke ist sein Name — belledet übrigens eine sonderbare Stellung; er ist zur einen Hälfte kirchlicher, zur anderen städtischer Beamter. In seiner letzteren Eigenschaft ist er Verwalter des städtischen Kirchhofes in der Müllersstraße und wird zum Teil von der Stadt bezollet. Das ist ein Verhältnis, das schon wiederholt zu manchen Unzuträglichkeiten geführt hat. Herr Lütke kam von sich sagen: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.“

Einbruchdiebstahl in eine Kirche. Das Gotteshaus der Stephanus-Kemende in der Benjaminsallee 39/40 ist in der gestrigen Nacht von Eindringern heimgesucht worden. Die Diebe verschafften sich mit Hilfe von Dietrich und Nachschlüssel den Eingang in die Sakristei, und von hier aus gelangten sie in das Kirchenschiff. Vom Altar stahlen sie die wertvolle Altardecke. Sie ist blau und hat in der Mitte ein mächtiges, in Gold gefärbtes Kreuz. Außerdem fielen den Eindringern drei Sammelbüchse und zwei Kelche in die Hände.

Große Aufregung verursachte ein Eisenbahnunfall, welcher sich gestern auf Bahnhof „Friedrichstraße“ zutrug und der aufs neue zeigt, welche unheilvollen Folgen das leichtsinnige Bestreben bereits in Fahrt befindlicher Züge nach sich ziehen kann. Dort verfuhr ein junger Mann einen eben anbrechenden Stadtbahnzug zu besteigen. Bei dem häufigen Aufsteigen der Tür wurde er nicht rechtzeitig gewahrt, daß ein vierjähriges Kind im Innern des Wagens an der Tür stand. Beim Öffnen der Tür verlor das Kind das Gleichgewicht und stürzte auf den Bahnsteig heraus. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Der Augenzeuge des Vorfalls hatte sich große Aufregung bemächtigt. Glücklicherweise hatte das herabgestürzte Kind, von einigen Hausbesitzerinnen abgesehen, keinen ernstlichen Schaden genommen, auch der vorwärtige Mann, der den Unfall herbeigeführt hatte, war mit dem bloßen Schreden davon gekommen. Der Vorfall mag aber zur Warnung dienen und zugleich auch als Mahnung für Eltern, bei Fahrten auf der Eisenbahn ihre Kinder nicht unbeaufsichtigt an den Abteiltüren stehen zu lassen.

Milch in Strömen floß gestern auf dem Königsplatz. Dort war gegen 1/1 Uhr an der Ecke der Allen- und Bismarckstraße ein Straßenbahnwagen der Linie 15 mit einem Milchwagen zusammengefahren. Die auf dem Milchwagen stehenden gefüllten Fässer rollten auf die Straße und die Milch ergoß sich auf den Fahrdamm. Schade darum, wird mancher Vorübergehende gerufen haben.

Arme Waisenkinder, welche in Privatpflege untergebracht sind und die sich durch einen Ausweis ihres Vormunds legitimieren können, erhalten am Sonntag, den 1. Dezember, freien Eintritt in die Treptow-Sternwarte in der Zeit von 2 bis 6 Uhr abends. Nachmittags 5 Uhr spricht Direktor Dr. Krüger über: „Unser Planetensystem“ und wird der Vortrag dem Verständnis der Kinder angepaßt sein. Bei klarem Wetter ist auch die Beobachtung mit dem großen Fernrohr für die Waisenkinder freigegeben. Abends 7 Uhr spricht Direktor Dr. Krüger über: „Sternhaufen und Nebelstöße“ und Montag, abends 9 Uhr, über: „Astronomische Instrumente“, besonders die Leistungen moderner Refraktoren. Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche am Tage die „Sonne“, abends „Mars“, „Saturn“ und ein „Sternhaufen“ beobachtet.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird am Sonntag, den 30. November, und Sonntag, den 1. Dezember, die englische Bergsteigerin, Frau Bullock-Workmann, über ihre kühnen Berg- und Gletscherfahrten im Gebiete des Nordwest-Himalaja unter Vorführung von Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen sprechen. Die Vorträge finden in deutscher Sprache statt. Billetts sind von heute ab an der Kasse der Urania, Taubenstr. 48/49, erhältlich.

Feuerwehrbericht. Gestern früh kam ein großer Feuer in der Großen Frankfurter Straße 13 aus unbekannter Ursache zum Ausbruch. Als der Brand bemerkt wurde, standen auf dem Hofe Lagerräume der Firma Wintersfeld in großer Ausdehnung in Flammen, die an den Vorräten von Kollabfällen reiche Nahrung gefunden hatten. Die Qualmwindelung war ganz enorm, so daß es schwer hielt, an den Brandherd, der im Keller lag, vorzudringen. Um den Brand zu löschen, mußte der 7. Löschzug mit drei Schlauchleitungen stundenlang tüchtig Wasser geben. Da die Pumpen immer aufs neue Feuer fingen, mußten sie aus dem Keller herausgeholt und auf dem Hofe abgelöscht werden, was viel Arbeit verursachte. Erst nach stundenlanger Arbeit konnte die Wehr wieder abrücken. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Matternstr. 8 zu tun, wo Möbel und Holzwerke brannten. Durch Umfallen einer Petroleumlampe kam in der Oberbergerstr. 40 Feuer aus. In der Lippehnerstr. 29 brannten Möbel, Fußböden u. a. und in der Dunderstr. 80a eine Wohnung. Heute früh um 10 Uhr hatte die Wehr in der Joachimstr. 11 zu tun, wo in einem Keller Späne usw. in Brand geraten waren. Es gelang, diesen Brand mit einer Schlauchleitung zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Gebraudmarkt Verleumdung.

Ueber „Hochverrat und Militarismus“ referierte Genosse Stadthagen in Regel am Montag in einer von etwa 1500 Personen besuchten Versammlung in Tropp's Festsaal. Der Vortragende legte dar, wie Hochverratsaktionen seit je gegen die vortwärts, aufwärts strebende Klasse angeordnet sind, skizzierte den Liebluchtsigen Hochverratsprozess und gezielte die vergeblichen Versuche, durch Prozesse, insbesondere Hochverratsprozesse zu hindern, daß die schädlichen Folgen des Militarismus verhüllt blieben. Der Hochverratsprozess habe nach dieser Richtung aufklärender als Hunderte von Drohschreiben über den Militarismus gewirkt. Im Sinne des mit reichem Verfall begleiteten Vortrages äußerten sich mehrere Diskussionsredner. Unter verschiedenen wurden die Einwürfe des „Zeiger“ gegen Genossen Stadthagen behandelt. Dies „amtliche Publikationsorgan für den Amts- und Gemeindebezirk Regal“ hatte die von der „Post“ und von Blättern, die mit Reichsverband-Spiele genährt werden, aufgewärmten Behauptungen seinen Lesern vorgelegt, Stadthagen sei wegen bewusster Gebührensüberhebung aus dem Anwaltsstande entfernt, er kämpfe gegen Terminhandel, habe aber selbst verurteilt usw. Der Redakteur des „Zeiger“ war zur Versammlung eingeladen, hatte aber abgelehnt. Stadthagen gegenüber persönlich die Einwürfe zu wiederholen. Stadthagen legte an der Hand des sattem bekannten Altematerials den Tatbestand dar. Aus dem Anwaltsstande ist er wegen seiner politischen Betätigung, insbesondere wegen seiner Liebe über „Reinrecht und Juristenrecht“ entfernt, in der der Ehrengerichtshof eine Herabsetzung der höchsten Richter erblickte, die eine fernere gedeihliche Tätigkeit Stadthagens als Anwalt unmöglich machten. In dem Ehrengerichtshofurteil ist auch Stadthagen der Vorwurf bewusster Gebührensüberhebung und Verschleierung eines Rechtsverhältnisses nachgewiesen. Die Anklage hat nie auf bewusste Gebührensüberhebung gelaufen, den Vorwurf erhob erst der Ehrengerichtshof. In beiden Instanzen hatte Stadthagen nachgewiesen, daß er in dem Schreiben an den damaligen Klienten, einem Fabrikanten Lindner, hervorgehoben, daß man zweifelhaft sein könne, wie zu liquidieren sei, er könne ohne Mühe der Allen nicht spezifiziert liquidieren, er nehme an, für etwa 1000 Konten mit je 400 M. sie zu 1/10 Gebühr anzuführen. Er stellte dem Klienten fest, durch drei von ihm zu wählende Vorstandsmitglieder Sätze festsetzen zu lassen, die diese für richtig hielt. Was die festsetzten, sollte für Beklagten bindend sein. Darauf erklärte Lindner, wie er zugehendig zugegeben hat: es fällt mir gar nicht ein, den Weg zu gehen, ich weiß, daß Sie bei der Oberstaatsanwaltschaft schlecht angeschrieben sind, an die werde ich mich wenden. Wegen dieses Erpressungsversuches eruchte Stadthagen den Fabrikanten, sein Bureau zu verlassen. Darauf erfolgte von Lindners Seite Anrufung des Vorstandes. Die erste Instanz (Ehrengericht der Anwälte) lehnte sämtliche Anträge, die Allen einzusehen, ab, nahm an, es hätte Stadthagen nicht für 1800 Sachen mit je 400 M. Objekt, sondern für liquidieren sollen, als ob er einmal für ein Gesamtobjekt von 60 000 M. zu liquidieren hätte, denn 60 000 M. sei wohl das Gesamtobjekt gewesen. Von bewusster Gebührensüberhebung war weder in der Anklage, noch im Erkenntnis des Ehrengerichts die Rede. In der Berufungsschrift an den Ehrengerichtshof legte Stadthagen aus den bei dem Ehrengericht lagernden Akten unter Verweisung der Seiten usw. dar: wenn die Grundsätze, die das Ehrengericht für zutreffend hielt, stimmten, so hätte er etwa das Doppelte von dem, was er liquidiert hatte, zu liquidieren. Denn inhaltlich der Akten betrug das Gesamtobjekt nicht 60 000 M., sondern überstieg bei weitem 400 000 M. Der Ehrengerichtshof lehnte sämtliche Anträge auf Beweiserhebung ab, erklärte, die Verleihen habe er in Berlin gelassen und behauptete dann ohne eine Spur eines Beweises, Stadthagen hätte für die

strittige Tätigkeit überhaupt nichts zu liquidieren gehabt, er habe Beweise überhoben. Sofort, nachdem das Erkenntnis vom 17. November 1892 Stadthagen zugestellt war, beantragte es selbst unter dem 22. Dezember 1892 bei der Staatsanwaltschaft, auf Grund der freilich unwahren Behauptung des Ehrengerichtshofs Anklage gegen ihn wegen angeblicher Gebührensüberhebung zu erheben und das Altematerial vom Ehrengerichtshof und Ehrengericht, bei dem es noch lagerte, einzufordern. Die Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwaltschaft und der Justizminister lehnten es ab, die Genehmigung zur Verfolgung Stadthagens einzuholen. Nummer beantragte Stadthagen, der bereits am 30. Dezember 1892 in „Vorwärts“ den gesamten Sachverhalt klargestellt und das Urteil in seinem vollen Umfange zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht hatte (auch in der „Jur. Wochenschrift“ vom 15. Dezember 1892 ist es wörtlich abgedruckt), von der Justiz unterstügt, unter dem 18. April 1893 beim Reichstag, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Der Reichstagskommission übergab Stadthagen das Urteil. Die Redner aller Parteien sprachen im Reichstag ihr Versehen über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft usw. aus. Es sei verwunderlich, daß der Ehrengerichtshof, wenn er annehme, eine bewusste Gebührensüberhebung liege vor, nicht von Amts wegen selbst die Akten zur Strafverfolgung der Staatsanwaltschaft übermitteln habe, vielmehr sich ferner die Ablehnung des Stadthagens Antrages, die Genehmigung zur Strafverfolgung beim Reichstag einzuholen. Nach Verhandlung im Reichstage am 21. und 26. April 1893 wurde der Antrag Stadthagen einstimmig vom Reichstage angenommen. Nummer mußte endlich Stadthagen vor dem Untersuchungsrichter vernommen werden. Stadthagen lehnte es ab, sich zu seiner Verteidigung auf etwas anderes als die Akten des ehrengerichtlichen Verfahrens zu beziehen. Die Staatsanwaltschaft beschied Stadthagen unter dem 25. August 1894, daß sie es ablehnt, wegen Gebührensüberhebung strafrechtlich einzuschreiten. Daß Stadthagen Gebührensüberhebung begangen habe, wird sich, heißt es in dem staatsanwaltlichen Bescheid, gegenüber der von Ihnen zur tatsächlichen und rechtlichen Begründung Ihrer Liquidation aufgestellten Behauptungen unwavender nachweisen lassen, als die Geschäftsbücher und Skripturen des Lindner von diesem nachträglich vernichtet worden sind“. Wegen diesen Bescheid legte Stadthagen mit dem Antrage Beschwerde ein, den Staatsanwalt anzuzweifeln, gegen ihn Anklage zu erheben, ferner aber strafrechtlich gegen die Beamten vorzugehen, die zur Vernichtung der Aktenstücke beigetragen haben. Der Oberstaatsanwalt lehnte die Beschwerde ab. In einer weiteren ausführlichen Beschwerde an den Justizminister, forderte Stadthagen nochmals energisch gegen ihn einzuschreiten; was ausgereicht habe, in geheimer Sitzung ihn zu verurteilen, müsse doch wohl auch ausreichen, in öffentlicher Sitzung ihn zum mindesten anzufügen. Sei das nicht möglich, so erbehe er den Vorwurf bewusster Rechtsbeugung gegen die richterlichen Mitglieder des Ehrengerichtshofes und gegen die staatsanwaltlichen in Betracht kommenden Beamten. Diese seien anzufügen. Ferner verlange er, daß gegen die Privatpersonen und Beamte vorgegangen werde, die nach der Darlegung des Staatsanwalts des unerhörten Verbrechens sich schuldig gemacht haben, Aktenbestandteile beiseite gebracht, vernichtet, verbrannt zu haben. Die in einschiedener Sprache gehaltenen Beschwerde an den Justizminister wurde in dem von Stadthagen gezeichneten „Vorwärts“ vom 14. Oktober 1894 wortgetreu veröffentlicht. Trotzdem lehnte der Justizminister ab, gegen Stadthagen, aber auch gegen die Beamten einzuschreiten. Eine Anklage wegen des öffentlichen Vorwurfs bewusster Rechtsbeugung und Beiseiteschaffung von Aktenstücken ist gegen St., den die Staatsanwaltschaft mit über 40 anderen Anklagen verfolgt hatte, nicht erhoben. Kein einziges Blatt irgend welcher politischen Richtung hat in den Jahren 1892 bis 1894 das Vorgehen der Behörden zu rechtfertigen, keines St. in der jetzt beliebten Art zu verunglimpfen gesucht. Der angeblich bestreueste Fabrikant hat nie gesagt. Ein Mann, führte St. aus, der im politischen Leben steht, eine Zeitung redigiert, muß diese Tatsachen, die sich in breiter Öffentlichkeit abgespielt haben, kennen. Verschweigt er sie, so macht er sich durch, daß er die verkehrteste Behauptung des Ehrengerichtshofes wiederholt, selbst der Verleumdung schuldig. Kennt der Redakteur des „Zeiger“ den Sachverhalt und schreibt wie er geschrieben, so ist er ein gewerksmäßiger Verleumdung. Statt Auge in Auge ihm gegenüber zu treten, hinterhältig vorzugehen, ist eines Mannes, der ernst genommen werden will, unwürdig. Gegen die „Post“ habe er bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt, sie hat erklärt, ein öffentliches Interesse gegen die „Post“-Leute vorzugehen, liege nicht vor. Wie die höheren Instanzen entscheiden werden, bleibt abzuwarten. Gebracht werden die persönlichen Verdächtigungen, um von dem Ernst der politischen und wirtschaftlichen Sachlage die Aufmerksamkeit der Arbeiter abzulenken. Noch eigenartiger ist der Vorwurf, ich habe Betriedelung betrieben. Herr Müller muß aus den Reichstagsverhandlungen wissen, daß die Vorfälle vorliegen, aber selbst Terminhandel treibt, so mag man das als Doppelzüngigkeit annehmen. Der Vorwurf ihm gegenüber werde ja auch von einigen Blättern mit dem Wörtchen beliedelt, an sich ist ja dagegen vom Standpunkt der Sozialdemokratie nichts einzuwenden. Der „Zeiger“ macht's anders, er imputiert ihm, für das Verbot des Terminhandels eingetreten zu sein — eine durch die Reichstagsakten nachweisbare Unwahrheit. Wie er bereits in seiner Entgegnung hervorgehoben, müsse er das Verdienst von sich ablehnen, durch Terminhandel nach unten die Preise für Brotgetreide gedrückt zu haben. Ein Kommiss der Firma, mit der er zu tun hatte, hat offenbar irgend einen Brief eingesehen, hat was lauten hören und gibt nun als Gewährsmann des „Zeiger“. Stadthagen ging dann noch einige „Post“-Anwürfe durch und endete mit einer Charakteristik der niedrigen Kompfweise der Gegner. In der Diskussion wurde durchweg gegen den „Zeiger Anzeiger“ scharf Stellung genommen.

Rigdorf.

Das Feuerlöschwesen Rigdorf befindet sich in einem Umwandlungsprozess, soweit die Organisationsform in Frage kommt. Der überwiegende Teil der Feuerwehre beruht bis heute auf dem Prinzip der Freiwilligkeit des Feuerlöschwesens. Die Wehrzahl der Feuerwehrmänner gehen über Tag ihrem Verufe im bürgerlichen Leben nach und werden bei einem ausbrechenden Brande mittels einer Autevorrichtung, welche ihre Wohnung mit der Feuerwache verbindet, herbeigerufen. Nun soll gewiß nicht verkannt werden, daß die freiwillige Feuerwehre unter diesen Umständen geleistet hat, was möglich war. Bei aller Opferwilligkeit der Mitglieder dieser Institution darf aber nicht ungesagt bleiben, daß eine solche Einrichtung in einer modernen Großstadt so vollkommen als möglich angefaßt wird, um ihre Zuverlässigkeit aufs äußerste zu steigern. Wehe dem irgendwo ist hier das Wort am Platze: Schnelle Hüfte ist doppelte Hüfte! Seit einiger Zeit hat sich denn auch in der städtischen Verwaltung mehr und mehr der Gedanke auf Umgestaltung der Feuerwehre zu einer Berufsmannschaft durchgesetzt, wozu in erheblichem Maße die unermüdete Kritik der sozialdemokratischen Vertreter im Stadthause den Anstoß gegeben haben dürfte. Bei der Erörterung anfangs dieses Jahres wurde der Antrag mit der Umwandlung gemacht, indem zwölf Feuerwehrmänner sowohl als auch der Oberführer auf Privatdienstvertrag fest gegen Gehalt angefaßt wurden. Ein Ausbau der Wehr erfolgte dann im Oktober durch Einrichtung der zweiten Feuerwache in der Emserstraße. Die ungeheure Entwicklung Rigdorfs drängt nun auf dem Wege vorwärts, so daß die gänzliche Umgestaltung der freiwilligen Feuerwehre in eine Berufswehre nur noch die Frage einer ganz kurzen Spanne Zeit sein kann und — wie wir hinzufügen

vollen — sein darf. Diese Auffassung scheint auch der Magistrat jetzt zu teilen, denn er beantragt in der heute nachmittags stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten die Einsetzung einer besonderen Verwaltungs-Deputation, welcher das Feuerlöschwesen übertragen werden soll. Daneben beschäftigt man dieser Deputation auch das städtische Fuhrwesen, die Straßenreinigung und die Müllbeseitigung zuzuwenden. Es ist dies ein Tätigkeitsgebiet, das genug der Arbeit in Rixdorf bietet, um so mehr, als die Müllbeseitigung immer noch in privaten Händen ruht. Öffentlich trifft die Stadtverordnetenversammlung so die Wahl bei Belegung der Deputation, daß der Fortschritt auf den der letzteren zugewiesenen Gebieten nicht gehemmt, sondern gefördert wird.

Charlottenburg.

Ueber den Sieg des Geldsack bei den Stadtverordnetenwahlen sind die Liberalen aus dem Händchen. Die liberale Fraktion, der neben einigen wirklich liberalen Männern auch Nationalliberale angehören, deren Hauptkontingent aber der berühmte Kommunalratmann stellt, haben es auf 44 von den 72 Mandaten gebracht, die sozialdemokratische Fraktion zählt 12, die Freie Vereinigung 9 und die Fraktion Alt-Charlottenburg 7 Mandate. Die Sozialdemokratie hat ein Mandat verloren, während ihre Stimmenzahl um ein beachtliches gewachsen ist, sie hat in der dritten Abteilung allein mehr Stimmen auf sich vereinigt, als die Liberalen in allen drei Abteilungen zusammen. Trotzdem wagt es das Charlottenburger Winkblattchen, das in Solde der Liberalen steht und nach dem Muster des Reichstagsbotenständig in Sozialistenliteratur arbeitet, von einer „empfindlichen Niederlage“ der Sozialdemokratie zu reden und es so darzustellen, als sei die dritte Wählerabteilung eine Hochburg der Sozialdemokratie. Das mag für Städte mit großer Arbeiterbevölkerung zutreffen, aber die dritte Abteilung einer Bourgeois- und Beamtenstadt wie Charlottenburg eine Hochburg der Sozialdemokratie zu nennen, das besonnt nur Unwissenheit oder Niederträchtigkeit fertigt. Eine freche Lüge ist es, wenn das Blattchen behauptet, die Sozialdemokratie hätte die Wähler durch die unlauteren Nachenschaften irreführen versucht und einen Terrorismus der schlimmsten Art ausgeübt. Wir fordern das, soweit es überhaupt bekannt ist, als Lügner- und Verleumdungsblatt bekannte Blattchen auf, den Beweis der Wahrheit für diese Behauptung anzutreten. Wir sind von vornherein überzeugt, daß es den Beweis ebenso schuldig bleiben wird wie seine Genossen von der liberalen Fraktion des Stadtparlaments bisher den Beweis für die Angriffe in den von ihnen unterzeichneten Flugblättern schuldig geblieben sind. Aus dem sicheren Port eines Redaktionszimmers giftige Pfeile auf politische Gegner zu entfeuern, ist keine Kunst, das ist ein elendes Gewerbe, das nur aufzuehen an das Gewerbe von Strauchrittern und Kuschleppern erinnert, das sich aber für anständige Menschen nicht ziemt.

Lichtenberg.

Seht die Wählerlisten nach!

Arbeiter, Parteigenossen! Nur noch drei Tage, also bis zum Sonnabend, den 30. November, liegen die Wählerlisten zur Einsicht aus. Wer sich bis jetzt noch nicht davon überzeugt hat, ob er in der Liste steht, der komme dieser Pflicht noch nach. Die Einsichtnahme kann erfolgen von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags. Verlasse sich niemand darauf, daß er schon in der Liste stehen werde, sondern überzeuge sich jeder davon; denn wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen. Erfülle also jeder seine Pflicht!

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretung. Nachdem der in einer der letzten Sitzungen festgestellte Vertrag mit der Terracingesellschaft Ober-Schöneweide betreffs Straßenherstellung von der letzteren wegen einiger Bestimmungen nicht gutgeheßen wurde, ist unter Hinzuziehung der Direction genannter Gesellschaft in vertraulicher Sitzung erneut verhandelt worden. Vergebens wurde vom Genossen Brunow darauf hingewiesen, daß die Gemeinde keinen Anlaß habe, die Angelegenheit zu beschleunigen, vielmehr müsse sie bei diesem Millionenobjekt, das der Gemeinde ohnehin nur Lasten bringt, eine abwartende und dikierende Stellung einnehmen. Der Vertrag in seiner neuen Fassung wurde schließlich mit 7 gegen 7 Stimmen angenommen. Hierdurch sind der Gesellschaft wiederum 108 000 M. Kanalisationskostenbeiträge nachgelassen worden, wofür als Kompensation der Gemeinde ein minderwertiges Schulgrundstück überlassen wird.

Eine weitere Vergünstigung, die zu den größten Weiterungen führen kann, ist die Bestimmung, daß die Gesellschaft ermächtigt wird, die ihr zustehende fünfjährige Unterhaltungspflicht der Straßen auf die ausführende Firma übertragen zu können. Das Bestreben der Gesellschaft wird sein, diese Arbeiten zu möglichst niedrigen Preisen zu vergeben, wobei die Gemeinde absolut keinen Einfluß hat.

Brix.

Das Opfer einer Gasvergiftung wäre beinahe in der vorgestrigen Nacht die Familie des Beamten Berger in der Chauffee-straße geworden. Als B. frühmorgens erwachte, machte er die Wahrnehmung, daß das Schlafzimmer vollständig mit Gas angefüllt war. Er stand schleunig auf und öffnete die Fenster. Als er sich nun nach seinen Angehörigen umschah, vernahm er ein starkes Köcheln. Das älteste Kind lag in starkem Köcheln in seinem Bettchen, während das jüngere bereits bewußtlos war. Auch die Ehefrau hatte eine große Menge der ausgeströmten giftigen Gase eingeatmet. Wie der Beamte feststellte, war in der Nähe der Schlauch zum Kochgas nachts in der Mitte durchgedrungen und durch die entstandene Öffnung strömten die Gase heraus. Glücklicherweise gelang es den ärztlichen Bemühungen, die Erkrankten wieder ins Leben zurückzurufen.

Teltow.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen W. Röber und H. Rehler mit 106 Stimmen wiedergewählt. Gegner waren nicht aufgestellt.

Weihensee.

Der Ankauf des Schlosses Weihensee mit seinen prachtvollen Gartenanlagen und großem Baumbestand seitens der Gemeinde ist jetzt ganz fallen gelassen, da die Besitzer die horrenden Forderungen auf 8 Millionen Mark erhöht haben. Um aber für Weihensee trotzdem eine „Lunge“ zu schaffen, ist man willens, ein freies Gelände von 51 Morgen an der Hohenstaubener Straße zu kaufen und dasselbe in eine Parkanlage umzugestalten. Das Gelände ist noch verhältnismäßig billig, der Morgen kostet 6000 M. Die alte Kirchgemeinde handelte ebenfalls um die Ländereien und zwar zur Errichtung eines Friedhofes. Jetzt hat sich die Gemeinde das Vorkaufrecht bis zum 1. Januar 1908 von den Besitzern gesichert.

Tegel.

Ein schwerer Raubfall ist in der Nacht im Tegeler Forst verübt worden. Der Buchhalter Scholz von hier hatte in der Nähe des Heiligensees seinen Wald betreten, als im Dunkel der Nacht vier Männergehaltn auftauchten und ihn umringten. In drohendem Tone forderten sie Sch. auf, sich nicht von der Stelle

zu rühren und sofort sein ganzes Hab und Gut herauszugeben. Im Anbetracht der misslichen Situation kam der Ueberfallene der Anforderung nach und händigte den Begehrten seine Geldbörse und seine Taschenuhr aus. Aber hiermit schienen die Purden noch nicht zufriedengestellt zu sein, denn einer von ihnen stürzte sich über Sch. her und bradte ihm mit einem stumpfen Instrument einen Schlag gegen die Stirn bei, sodaß eine tiefe, stark blutende Verletzung entstand. Sch. rief nun um Hilfe, worauf die Räuber die Flucht ergriffen. Sie eilten in den Forst hinein und waren bald verschwunden. Blutüberströmte langte der Ueberfallene in Tegel an, wo er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Die benachrichtigte Polizei hat die Verfolgung der Täter aufgenommen.

Potsdam.

Bei der vorgestrigen Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung wurden im 1. Wahlbezirk zwei Bürgerliche mit 957 Stimmen gewählt. Zwei andere mit 708 und 684 Stimmen kommen mit Genossen Staab mit 547 und Genossen Zwan mit 588 in die Stichwahl. — Im 2. Wahlbezirk erhielten wie 324 Stimmen gegen 622-887 der Gegner, die gewählt wurden. Die Sozialdemokratie war bisher im Stadtparlament noch nicht vertreten; unsere Stimmen haben aber gegen die Wahl vor zwei Jahren zugenommen. Die Wahlbeteiligung war den Potsdamer Verhältnissen entsprechend ziemlich gut (zirka 30 Proz.), da außer den Beamten sehr wenig Arbeiter und Handwerker wählen gehen. Sie scheuen sich noch immer vor ihren Arbeitgebern, den zahlreichen Postlieferanten usw. Alle Genossen müssen aber bis zur Stichwahl eifrig bemüht sein, auch die Säumigen noch aufzuklären.

Vermischtes.

Ein Eisenbahnunfall. Amlich wird aus Braunschweig vom gestrigen Tage gemeldet: Vier mit Braunkohle beladene Wagen eines von Helmstedt kommenden Güterzuges entgleisten heute morgen infolge vorzeitigen Umwerfens der Weiche zwischen dem hiesigen Hauptbahnhof und dem Ostbahnhof. Zwei der entgleisten Wagen stürzten um. Ein Bremser wurde bei dem Unfall leicht verletzt. Nachmittags war das Gleis wieder frei. Verkehrsstörungen sind nicht entstanden. Der angerichtete Schaden ist nicht bedeutend.

Nach der Katastrophe. Einer Meldung aus Madrid zufolge sind die Opfer der vorgestrigen Eisenbahnkatastrophe noch nicht alle geborgen. Der Zustand einiger Verletzter ist besorgniserregend. Die Zeitungen bringen geharnischte Artikel gegen die Gesellschaft, welche ungenügend und zu spät Hilfe sandte und fordern die Bevölkerung auf, die unglücklichen Verletzten mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Die Behörden haben zwei Franzosen, die sich in hervorragender Weise an den Rettungsarbeiten beteiligten, öffentlich belobt.

In der Grube. Wie aus London gemeldet wird, wurden gestern nachmittags auf dem Schachte „William“ der Kohlengrube Whitehaven (Grafschaft Cumberland) durch Explosion schlagender Wetter sieben Arbeiter getötet und viele schwer verletzt, darunter fünf tödlich. 35 Mann konnten unverletzt geborgen werden.

Der Sicherheitsbeamte. Der Gen darmetwachtmeister Koller in Larnow, welcher kürzlich einen Einwohner und dessen jährige Tochter, welche seinen Werbungen Widerstand entgegengesetzt hatte, mit Bajonettschiffen ermordet hatte, erschloß sich bei seiner Verhaftung.

Der befreiende Herzschlag. In Debreczin wurde nach einer Meldung von dort der Modewarenhändler Licht wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet. Angeblich sollen auch Berliner Firmen beteiligt sein. Sein Kompagnon Stern wurde von einem Herzschlage getroffen, als er von der Verhaftung Lichts Kunde erhielt.

Die unhaltbaren sozialen Zustände in Staat und Kirche beleuchtet in geistvoller, treffender und packender Weise die hochinteressante soeben erschienene Broschüre:

„Sittliches Faustrecht“!!!

von Felix Weichbrodt.

Preis 1,60 M.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlage Alfred Pulvermacher u. Co., Berlin W. 30, Rollendorffstr. 33.

Die Mischung der Josetti Vera Cigaretten vereint alle Eigenschaften feinsten Türkischer Tabake in vollkommener Weise. Aromatisch, rein im Geschmack, gehaltvoll und doch milde.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

bieten zu mässigem Preis die Qualitäten, welche für Cigaretten zu doppelten Preisen als deren hervorragende Eigenschaften in Anspruch genommen werden,

Josetti

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.



Knorr's Hafermehl
Reismehl
Grünkernmehl
Tapioka-Julienne
Suppen-Würstchen
Hahn-Maccaroni.

Grösste Ergiebigkeit und höchster Wohlgeschmack als Folge sorgfältigster Fabrikation u. Verwendung bester Rohprodukte sind die unbestrittenen Vorzüge der Knorr'schen Fabrikate.

Koche mit „Knorr“.

Reichste, beste und billigste Bezugsquelle für **Glas-Christbaum schmuck.** für Händler und Private!

Für alle Parteigenossen und Arbeitervereine!

Viele Anerkennungs schreiben im vorigen Jahre! Die im Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands organisierten Glasbläser des Meininger Oberlandes haben sich unter der Firma:

Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes

e. G. m. b. H. in Steinach (S.-H.)

in das Genossenschaftsregister eingetragen lassen und versenden unter obiger Firma auch in diesem Jahre wieder zur bevorstehenden Weihnachtszeit **Sortimentskisten** in sonderbar reichhaltiger, gesamtervoller Zusammenstellung und sorgfältiger Ausarbeitung, enthaltend: **Vögel, Zische, Weihnachtsmänner, Glocken, Luftballons, Reitere, Frucht, Engel, prachtvolle Baumzweige** mit braun und weißeligen Edelweissküssen, sowie andere prachtvolle Neuheiten in verblühten und besponnenen Artikeln, **Kranzperlen** usw., zusammen weit über 200 Stück bessere, größere und auch feinste ausgeführte Brillantsachen, franko für 20. —

Auf Wunsch auch über 300 Stück kleinere Sachen zum Preise von 10. — franko gegen Nachnahme; Doppelposten 20. 40. Bei Vereinstellung des Betrages 25 M. billiger. 10 Sortimentskisten an eine Adresse in Bahnabteilung für 10. — franko.

Händler bitten wir bei Bezügen in Bahnlisten von 20. — ab Offerte zu verlangen.

Bestellungen bitten wir nur zu richten an:

Glasbläsergenossenschaft des Meininger Oberlandes, e. G. m. b. H. in Steinach.

